



B E K B | B C B E

175 Jahre Berner Kantonalbank AG

Die Jahre 1985 bis 2009

1 8 3 4 > 2 0 0 9



**175 Jahre
Berner Kantonalbank AG**

Die Jahre 1985 bis 2009

Inhaltsverzeichnis

| | |
|-----|---|
| 5 | Die Berner Kantonalbank – seit 175 Jahren mit der Bevölkerung verbunden |
| 7 | 175 Jahre im Überblick |
| 15 | Eine Brücke zwischen Gestern und Heute |
| | Politische und wirtschaftliche Entwicklung |
| 30 | Meilensteine der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung von 1985 bis 2009 |
| 31 | Öffnung der Märkte |
| 36 | Digitale Evolution |
| 40 | Politische und wirtschaftliche Entwicklung Europas |
| 43 | Verhältnis der Schweiz zu Europa und internationalen Organisationen |
| 51 | Schweizer Innenpolitik, Espace Mittelland und Expo.02 |
| 55 | Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz |
| 66 | Entwicklungen im schweizerischen Finanzsektor |
| | Entwicklung der Berner Kantonalbank |
| 72 | Meilensteine der Berner Kantonalbank von 1985 bis 2009 |
| 73 | Geschäftsentwicklung der Kantonalbank von Bern |
| 74 | Zusammenschluss der beiden bernischen Staatsbanken |
| 76 | Herausforderungen nach dem Zusammenschluss |
| 77 | Standortbestimmung, Neuausrichtung und Zukunftssicherung |
| 82 | Aufbau eines soliden Fundaments |
| 83 | Unternehmensauftrag und Geschäftspolitik |
| 84 | Erste privatrechtlich organisierte Kantonalbank |
| 86 | Stärkung von Ertragskraft und Eigenmitteln, Risikopolitik |
| 89 | Fokussierung auf Wertschöpfung als langfristiges Ziel |
| 90 | Zwei Kerngeschäftsfelder: Private und Firmenkunden, Vermögensberatung |
| 97 | Kundennähe und Vertriebswege |
| 102 | Logistik, Produktion und Nachhaltigkeit |
| 107 | Wichtige Arbeitgeberin und Ausbildungsbank |
| 109 | Breite Verankerung im Aktionariat – finanzielle Stärkung des Kantons |
| 111 | Ausblick |
| | Anhang |
| 113 | Bankorgane |
| 116 | Niederlassungen und mobile Bankstellen |
| 120 | Kennzahlen |
| 126 | Quellenangaben |
| 128 | Impressum |

In der vorliegenden Publikation werden für die Berner Kantonalbank verschiedene Firmenbezeichnungen verwendet, die sich aus der Chronologie der Geschichte ableiten. Von der Gründung 1834 bis 1990 firmierte die Bank als Kantonalbank von Bern und ab 1991, nach dem Zusammenschluss mit der Hypothekarkasse des Kantons Bern, als Berner Kantonalbank. 1996 wurde die Marke BEKB | BCBE eingeführt. Adäquat zur 1998 erfolgten Umwandlung in eine privat-rechtliche Aktiengesellschaft lautet die juristische Firmenbezeichnung heute Berner Kantonalbank AG.

Die Berner Kantonalbank – seit 175 Jahren mit der Bevölkerung verbunden



Am 31. Juli 1831 nahmen die Berner Stimmbürger mit grossem Mehr die neue, liberale Staatsverfassung an. Damit wurde die Grundlage für ein demokratisches Staatswesen geschaffen. Die Verfassung brachte den Bürgern politische Rechte und verfassungsmässige Freiheitsrechte. Zu diesen gehörte die Handels- und Gewerbefreiheit. So konnte sich das freie Unternehmertum entfalten, welchem wir unseren beachtlichen Wohlstand verdanken. Damit sich die initiativen Leute in Handel und Gewerbe betätigen konnten, brauchte es eine Bank, welche die für die Finanzierung der Betriebe erforderlichen Mittel zur Verfügung stellte. Die Kantonalbank von Bern wurde 1834 – als erste Kantonalbank – genau zu diesem Zweck gegründet. Sie sollte das kreditpolitische Rückgrat der bernischen Volkswirtschaft bilden und gleichzeitig eine sichere Anlage der Ersparnisse ermöglichen. Die Kantonalbank stand von Anfang an im Dienst der Bevölkerung und des freien Unternehmertums.

Mit der Gründung der Hypothekarkasse im Jahre 1846 entwickelte sich die Kantonalbank mehr und mehr zu einer Handelsbank und zu einer Universalbank. 1991 fusionierten die Kantonalbank und die Hypothekarkasse zur Berner Kantonalbank BEKB | BCBE. 1998 wurde die BEKB | BCBE als erste Kantonalbank in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft umgewandelt. Ihre Aktien sind an der Börse kotiert. Heute ist die Berner Kantonalbank eine moderne und solide Universalbank mit einem umfassenden Dienstleistungsangebot. Mit über 500 000 Kundinnen und Kunden ist die Bank im Publikum breit verankert. Sie verfügt über 78 Niederlassungen, 16 mobile Bankstellen und eine Cyberbank und beschäftigt 1400 Mitarbeitende. Der Aktienkurs hat sich seit der Umwandlung in eine AG im Jahr 1998 mehr als verdreifacht. Er hat sich damit deutlich besser entwickelt als der Index. Besonders stolz sind wir auf die breite Streuung der Aktien. Die Bank hat heute über 60 000 Aktionärinnen und Aktionäre. Sie gehört, gemessen an der Grösse des Aktionariats, zu den zehn grössten Gesellschaften der Schweiz.

Die BEKB | BCBE verfolgt eine vorsichtige Geschäftspolitik. Sie ist auf eine erfolgreiche, nachhaltige Entwicklung ausgerichtet. Das Ergebnis konnte in den letzten Jahren regelmässig verbessert werden. Mit einer Eigenmittelquote von über 7 Prozent der Bilanzsumme und Rückstellungen auf den Ausleihungen von fast 4 Prozent besteht eine gute Risikovorsorge.

Wir dürfen mit Zuversicht in die Zukunft blicken.

Die vorliegende Publikation wurde aus Anlass des 175-jährigen Bestehens der Bank verfasst. Verfasser ist Herr Reto C. Padrutt. Die Schrift schliesst an die vorangehenden Publikationen an und gibt einen Überblick über die letzten 25 Jahre. Diese Zeit hat der Welt und unserem Land viele Veränderungen gebracht. Die politische, die wirtschaftliche und die technische Entwicklung waren beeindruckend. Wir dürfen mit Genugtuung festhalten, dass heute in Europa Frieden herrscht und dass sich der Wohlstand der Bevölkerung deutlich verbessert hat.

An dieser Stelle danken wir unseren Aktionärinnen und Aktionären sowie unseren Kundinnen und Kunden für ihre Treue in den zurückliegenden Jahren. Wir danken auch unseren Mitarbeitenden für ihren grossen Einsatz für die Bank und die Kunden. Wir freuen uns auf eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit auch in der Zukunft.

Dr. Jürg Rieben
Präsident des Verwaltungsrats

Jean-Claude Nobili
Leiter der Geschäftsleitung

1834 Am 1. Oktober öffnet die Kantonalbank von Bern im früheren Salzkammergebäude an der Brunnengasse 146 (heute 48) ihre Schalter.

Das Dekret vom 20. Juni 1834 ermächtigt die Kantonalbank von Bern, Bankscheine (Banknoten) bis höchstens 2 Millionen französische Franken herauszugeben. Die Scheine sind durch das Gesamtvermögen des Staates Bern gesichert.

1846 Gründung der Hypothekarkasse des Kantons Bern.

1858 Die Kantonalbank von Bern eröffnet die ersten Niederlassungen in St-Imier, Burgdorf und Biel.

1865 Die Kantonalbank von Bern erhöht ihr Kapital durch die Ausgabe von Obligationen mit Gewinnanteil. Sie werden 1879 wieder zurückgekauft.

1882 Die Banknotenausgabe wird national geregelt. Die Kantonalbank von Bern erhält vom Bundesrat das Recht, Banknoten herauszugeben.

1886 Das revidierte Bankgesetz verpflichtet die Kantonalbank von Bern, den Geldverkehr der Staatskasse zu regeln.

1895 In Form von Einlagescheinen wird das Sparheft eingeführt.

1897 Nach Annahme des Eisenbahnsubventionsgesetzes durch die Stimmbürger wird die Kantonalbank von Bern zur Hauptgeldgeberin des bernischen Eisenbahnnetzes.

1906 Die Kantonalbank von Bern bezieht am Bundesplatz ein neues Bankgebäude, das nach seiner Errichtung im Jahre 1869 als Musik- und Theatergebäude diente.

Die Kantonalbank von Bern ist massgeblich an der Finanzierung der Berner Alpenbahn-Gesellschaft Bern-Lötschberg-Simplon (BLS) beteiligt und trägt damit wesentlich zum Zustandekommen des bernischen Eisenbahnnetzes bei.

1905 und 1906 kauft die Kantonalbank von Bern aus Emission und von Privaten Aktien der Gesellschaft der Vereinigten Kander- und Hagneckwerke, der späteren Bernischen Kraftwerke AG, und tritt einen grösseren Aktienposten an den Kanton Bern ab. Der Kanton und die Kantonalbank von Bern besitzen nach 1906 nahezu alle Aktien des Elektrizitätsunternehmens.

- Das Recht, Banknoten zu emittieren, geht an die Schweizerische Nationalbank über. **1907**
- Die Kantonalbank von Bern engagiert sich bei der Gründung des Verbandes Schweizerischer Kantonalbanken.
- Die Kantonalbank von Bern übernimmt eine Reihe kleinerer Landbanken und Sparkassen, die in Schwierigkeiten geraten sind. **1910–1913**
- Das neue Bankgesetz ermöglicht der Kantonalbank von Bern die Ausübung sämtlicher Bankgeschäfte. **1914**
- Die Kantonalbank von Bern übernimmt die Einheitliche Dienst- und Besoldungsordnung für das Bankpersonal, die erste gesamtarbeitsvertragliche Regelung im schweizerischen Bankgewerbe. **1920**
- Die Kantonalbank von Bern und die Hypothekarkasse des Kantons Bern gründen die gemeinsame Pensionskasse der Kantonalbank von Bern und der Hypothekarkasse des Kantons Bern. **1921**
- Die Kantonalbank von Bern wird mit der Geschäftsführung der Bernischen Kreditkasse, einer Hilfsorganisation für krisengeschwächte Gemeinden, betraut. **1933**
- Die Kantonalbanken gründen – auf Betreiben der Kantonalbank von Bern – eine Reisescheckzentrale in der Form einer einfachen Gesellschaft. Der Zweck des Unternehmens ist die Herausgabe eines gemeinsamen Reiseschecks, einlösbar bei allen Niederlassungen der Schweizer Kantonalbanken. **1938**
- Wegen der vom Kanton übernommenen hohen Verpflichtungen aus dem Bau des bernischen Eisenbahnnetzes muss die Kantonalbank von Bern ihre Bilanz bereinigen. **1939**
- Das neue Kantonalbankgesetz ermöglicht der Kantonalbank von Bern, eine den «bank- und bilanztechnischen Erfordernissen Genüge leistende Reservepolitik» zu verfolgen. **1943**
- Die Bilanzsumme der Kantonalbank von Bern übersteigt erstmals die Milliardengrenze. **1958**
- Das Verbot von Auslandgeschäften wird mit einer Revision des Kantonalbankgesetzes beschränkt. **1964**
- Zusammen mit anderen Banken gründet die Kantonalbank von Bern die Datenverarbeitungsunternehmung RTC Real-Time Center AG mit Sitz in Bern. **1973**
- 1978** Der Kantonalbank von Bern wird erlaubt, die Tätigkeit im Ausland den gestiegenen Anforderungen ihrer Kundschaft anzupassen.
- 1979** Nach der Gründung des Kantons Jura werden die Niederlassungen Delémont (mit Zweigbüro in Bassecourt) und Porrentruy sowie die Zweigbüros Le Noirmont und Saignelégier an die neu gegründete Banque Cantonale du Jura übertragen.
- 1981** Die Kantonalbank von Bern erhöht ihr Eigenkapital erstmals durch Ausgabe von Partizipationsscheinen.
- 1983** Zusammen mit den anderen Kantonalbanken gründet die Kantonalbank von Bern die Prevista-Vorsorge AG, eine Vorsorgeeinrichtung der zweiten Säule.
- 1985** Die Kantonalbank von Bern ergänzt ihr Sparsortiment mit Sparen 3.
- 1988** Der Grosse Rat des Kantons Bern beschliesst am 16. Mai mit 136 zu 0 Stimmen den Zusammenschluss der Kantonalbank von Bern mit der Hypothekarkasse des Kantons Bern.
- Als Broker und Clearingmember beteiligt sich die Kantonalbank von Bern an der SOFFEX (Swiss Options and Financial Futures Exchange AG).
- 1991** Die aus der Fusion von der Kantonalbank von Bern und der Hypothekarkasse des Kantons Bern entstandene Berner Kantonalbank nimmt am 1. Januar ihre Geschäftstätigkeit auf.
- Aufgrund der sich verschärfenden Immobilienkrise und notleidender Ausleihungen leitet die Berner Kantonalbank im vierten Quartal eine Konsolidierung und Neuausrichtung der Geschäfts- und Kreditpolitik ein.
- 1993** Trennung zwischen der gesunden Bank und der neu gegründeten Dezennum-Finanz AG (DFAG): Aktiven, die nicht der 1991 formulierten Geschäfts- und Kreditpolitik der Berner Kantonalbank entsprechen, werden zur Abwicklung in die DFAG überführt.
- Die Swisscanto Holding AG mit Sitz in Bern wird gegründet: Die Kantonalbanken bringen den grössten Teil ihres Fondsgeschäfts in die Finanzholding ein.

Die Berner Kantonalbank unterstellt sich der umfassenden Aufsicht der Eidgenössischen Bankenkommission. **1994**

Nach dem Wechsel des Laufentals zum Kanton Baselland tritt die Berner Kantonalbank ihre Niederlassungen in Laufen und Grellingen per 1. Januar an die Basellandschaftliche Kantonalbank ab.

Die Berner Kantonalbank bedient die Kundschaft ab Februar in Ins und Büren a.d.A. sowie ab September in Wangen a.d.A. erstmals mit mobilen Bankstellen (zwei Fahrzeuge).

Die Berner Kantonalbank formuliert ihre neue Unternehmenskultur mit offener Kommunikation und Eigenverantwortung. «Ich bin zuständig» und die «Ja gärn!»-Haltung charakterisieren die gelebten Werte der Bank.

Der Geschäftsbericht der Berner Kantonalbank erscheint zum ersten Mal mit der Logo-Kurzform BEKB | BCBE. **1996**

Angesichts des seit 1993 kontinuierlich aufgebauten soliden Fundaments sowie der guten Ertrags- und Vermögenssituation nimmt die BEKB | BCBE die Gewinnausschüttung wieder auf.

Am 23. November heissen die Bernerinnen und Berner die Umwandlung der BEKB | BCBE in eine Aktiengesellschaft mit 53 Prozent der Stimmen gut. Die BEKB | BCBE wird damit per 1. Januar 1998 zur ersten Kantonalbank der Schweiz in der Rechtsform einer privaten Aktiengesellschaft nach Art. 620 Obligationenrecht. **1997**

Die BEKB | BCBE eröffnet am 7. 7. 1997 einen dritten Vertriebsweg: die Cyberbank BEKB | BCBE net.

Im März schliesst sich die BEKB | BCBE systemtechnisch der Elektronischen Börse Schweiz (EBS) an.

Die BEKB | BCBE leistet gegenüber dem Kanton Bern erstmals eine Abgeltung für die Staatsgarantie. **1998**

An der ersten Generalversammlung der BEKB | BCBE wird beschlossen, die Partizipationsscheine in Namenaktien umzuwandeln. **1999**

Ab Mai werden Aktien der BEKB | BCBE an der Telefonbörse Bern (TBB) gehandelt (später BX Berne eXchange).

1999 Fünf Jahre nach der Auflösung der Solothurner Kantonalbank eröffnet die BEKB | BCBE im Mai den ersten ausserkantonalen Standort: An der Hauptgasse 14 in Solothurn nimmt ein Team des Private Banking seine Tätigkeit auf.

Im Sommer platziert die BEKB | BCBE erstmals Aktien aus dem Bestand des Kantons bei institutionellen Anlegern.

2000 Im Sommer platziert die BEKB | BCBE weitere Aktien der Bank bei institutionellen und privaten Anlegern.

Anfang August lässt die BEKB | BCBE als erste privatrechtlich organisierte Kantonalbank ihre Namenaktien an der SWX Swiss Exchange Zürich kotieren.

Die BEKB | BCBE lanciert mit www.trade-net.ch eine Online-Handelsplattform für private Anlegerinnen und Anleger.

Die BEKB | BCBE führt das Aktionärs-Sparkonto mit Vorzugskonditionen ein.

Ende Jahr zählt die Bank über 25 000 Aktionärinnen und Aktionäre.

2001 Die BEKB | BCBE ergänzt mit www.money-net.ch ihre Internetplattform.

2002 Im September wird die Dezennium-Finanz AG (DFAG) nach zehnjähriger Tätigkeit plangemäss liquidiert und im Herbst 2003 im Handelsregister gelöscht.

Von 1993 bis 2002 erarbeitet die BEKB | BCBE netto erarbeitete Mittel (NEM) in der Höhe von 1,221 Milliarden Franken. Dies entspricht 120 Prozent der erforderlichen Eigenmittel.

Als erste grössere Schweizer Bank erhält die BEKB | BCBE Ende 2002 das Qualitätsmanagement-Zertifikat nach ISO 9001:2000 für sämtliche Prozesse, Bereiche und Niederlassungen.

2003 Ende Oktober wird die Betriebsökologie der BEKB | BCBE nach ISO 14001 zertifiziert und in das Qualitätsmanagementsystem (QMS) integriert.

Die BEKB | BCBE führt die Over-the-Counter-Handelsplattform OTC-X für Aktien von kleinen und mittleren Unternehmen ein. **2004**

Im Juni zählt der Aktionärskreis der BEKB | BCBE über 50 000 Aktionärinnen und Aktionäre.

Als erste Schweizer Bank lanciert die BEKB | BCBE im September eine Hypothek mit integriertem Lohnausfallschutz. **2005**

Per 1. Januar wird in einem ersten Schritt die Staatsgarantie auf Spargelder bis 100 000 Franken je Kunde und auf Obligationen anleihen reduziert. Der definitive Wegfall der Staatsgarantie erfolgt Ende 2012. Für Anleihen, die vor diesem Datum ausgegeben werden, bleibt die Staatsgarantie bis zu deren Endfälligkeit bestehen. Die BEKB | BCBE unterstützt den Entscheid zur Aufhebung der Staatsgarantie. **2006**

In Zusammenarbeit mit der Versicherungsgruppe Die Mobiliar entwickelt www.money-net.ch das Familienpaket www.familynet.ch, umfassend eine Familienhypothek, ein Haushaltskonto, eine Hausratversicherung und einen Steuerservice.

Die BEKB | BCBE publiziert als erste Kantonalkbank ein Nachhaltigkeitsleitbild. **2007**

Die BEKB | BCBE lagert die Wertschriftenverwaltung und den Zahlungsverkehr in die von ihr und der RBA-Holding gegründete Produktionsgesellschaft Entris AG aus.

Seit der Änderung von Art. 950 des Obligationenrechts führt die Berner Kantonalkbank im Firmennamen die Rechtsformbezeichnung «AG». **2008**

Im März lanciert die BEKB | BCBE die Internet-Immobilienplattform www.immo-net.ch, einen für Anbieter und Interessierte kostenlosen Immobilienmarktplatz. **2009**

Im Juni wechselt die BEKB | BCBE auf die neue IBIS3G®-IT-Plattform der RTC Real-Time Center AG, eine auf der Programmiersprache Java basierende Bankensoftware der dritten Generation.

Im November lanciert die BEKB | BCBE, in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Umwelt BAFU, den Handel von CO₂-Emissionsrechten auf der Over-the-Counter-Handelsplattform für nichtkotierte Nebenwerte OTC-X.

2009 Die BEKB | BCBE gehört mit über 59 000 Aktionärinnen und Aktionären zu den zehn schweizerischen Gesellschaften mit dem breitesten Kreis an Miteigentümerinnen und Miteigentümern.

Die BEKB | BCBE sucht für die RTC Real-Time Center AG eine langfristige Zusammenarbeit mit einem international tätigen Kooperationspartner. Im April 2010 unterzeichnet RTC mit Hewlett-Packard Enterprise Services einen Anwendungs- und Infrastruktur-Dienstleistungsvertrag.



Familie beim Frühstück, um 1910



Familie beim «Zvieri», Thun, 2009



Schulklasse, La Neuveville, 1931



Schulklasse, La Neuveville, 2009



Erntearbeiten von Hand, um 1930



Mähdrescher im Einsatz, 2009



Handarbeit, Courtelary, um 1950



Maschinelle Verarbeitung, Courtelary, 2009



Seilschaft an der Gertrudspitze, Engelhörner, um 1920



Sologänger, Eigernordwand, 2008



Privatflugstunde, Flugplatz Grenchen, 1946



Airshow, Airport Grenchen, 2006



Paul Klee, Bern, 1938



Markus Raetz, Bern, 2005

Meilensteine der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung von 1985 bis 2009

Das Ende des Kalten Kriegs und die zunehmende Globalisierung, die rasante digitale Evolution, der Vertrag über die Europäische Union und die Einführung des Euro, neue Herausforderungen für die Schweizer Aussen- und Innenpolitik, der Börsencrash vom Herbst 1987 und die anschliessende Immobilienkrise, Konsolidierung und Aufbruch ins neue Jahrtausend, Strukturwandel im Bankensektor, Pionierleistungen der Schweizer Effekten- und Derivatbörsen – auf dem nationalen und internationalen Parkett war das letzte Vierteljahrhundert politisch und wirtschaftlich von markanten Veränderungen geprägt.

Öffnung der Märkte



Fall der Berliner Mauer und Öffnung Chinas

Nach dem während Jahrzehnten andauernden Kalten Krieg zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und ihren im Rahmen der Nato verbündeten Staaten einerseits und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) andererseits entspannte sich gegen Ende der 1980er-Jahre das Verhältnis zwischen den Machtblöcken. Ausgehend von der UdSSR, deren Regierung mit Perestrojka (gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Reformen) und Glasnost (weitreichende Rede-, Meinungs- und Pressefreiheit) Veränderungen anstrebte und vor diesem Hintergrund den sozialistischen Bruderstaaten freie Entwicklungsmöglichkeiten zusicherte, weckte der politische Aufbruch bei der Bevölkerung dieser Länder entsprechende Erwartungen.

Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer. Ein knappes Jahr später, am 3. Oktober 1990, konnten sich die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) nach vorgängigen Verhandlungen mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges wiedervereinigen. Der Fall der innerdeutschen Grenze und die Auflösung des Eisernen Vorhangs veränderten die politische Situation in Mittelost- und Osteuropa. 1991 löste sich die Sowjetunion in einzelne Staaten auf, wobei Russland in der internationalen Staatengemeinschaft den Platz der ehemaligen UdSSR übernahm. In den unabhängigen mittelosteuropäischen Ländern wurden demokratische Verfassungen eingeführt. Manche dieser Länder sind inzwischen Teil der erweiterten Europäischen Union (EU).

Die Volksrepublik China, neben der damaligen UdSSR das zweite grosse kommunistische Land, löste sich schrittweise von der zentralen Planwirtschaft. Mit der Einführung von Sonderwirtschaftszonen legte die starke zentrale politische Führung den Grundstein für eine Wirtschaftspolitik mit zwei verschiedenen Wirtschaftssystemen, mit welcher das Land die bis anhin verpasste wirtschaftliche Entwicklung in Rekordzeit nachholte. Ende 2009 zählt China gemessen am Bruttoinlandprodukt zu den grössten Wirtschaftsnationen der Welt.

Die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen in Mittelost- und Osteuropa sowie Asien eröffneten Politik und Wirtschaft eine neue Grundlage der Zusammenarbeit.

Globalisierung

Die politische Entspannung zwischen den ehemaligen Machtblöcken und der Markteintritt neuer Länder mit einem grossen Nachhol- und Investitionsbedarf sowie die Deregulierung einzelner Wirtschaftszweige und die Reprivatisierung zahlreicher Staatsunternehmen in verschiedenen westlichen Staaten veränderten die Marktkräfte. Der grosse technische Fortschritt der Informationstechnologie, der schrittweise Abbau von Handelsschranken und Zöllen auf der Basis der internationalen Vereinbarungen über den Welthandel (General Agreement on Tariffs and Trade, GATT) und ab 1995 der Welthandelsorganisation WTO (World Trade Organization) veränderten die Struktur der Weltmärkte. Die Globalisierung, verstanden als eine Annäherung und Verflechtung auf verschiedenen Ebenen, hauptsächlich in den Bereichen der Politik und der Wirtschaft, führte zu einem steigenden Welthandel und einer besseren Zusammenarbeit zwischen den Nationen. Auf der einen Seite profitierten die Hightechgüter exportierenden Nationen, darunter auch die Schweiz, von der Nachfrage der neuen Marktteilnehmer. Auf der anderen Seite entwickelten sich verschiedene Schwellenländer, wie beispielsweise China und Indien, dank relativ tiefen Löhnen und aufgebautem Know-how zu gesuchten Produktionsstandorten.



China, früher ein Agrarland, entwickelte sich in der Zeit nach 1985 zu einer aufstrebenden Wirtschaftsnation mit hohen Wachstumsraten. Westliche Unternehmungen, darunter auch Schweizer Unternehmen, entdeckten das wirtschaftliche Potenzial Chinas. Sie gingen in China Joint Ventures ein, bauten mit ihrem Know-how Fabrikationsbetriebe oder gründeten Vertriebsorganisationen, um entweder konkurrenzfähige Produkte für den Weltmarkt herzustellen oder am grossen Binnenmarkt teilzuhaben.

Indien schuf im Bereich Computerprogrammierung gezielt Bildungsmöglichkeiten und legte den Grundstein für einen neuen, wichtigen Industriezweig von internationaler Bedeutung. Indien verfügt in den Technologieparks, den indischen Silicon Valleys, über eine Vielzahl junger, gut ausgebildeter Programmiererinnen und Programmierer, die für Unternehmungen rund um den Erdball Software entwickeln oder warten. Auch Schweizer Unternehmen gehören



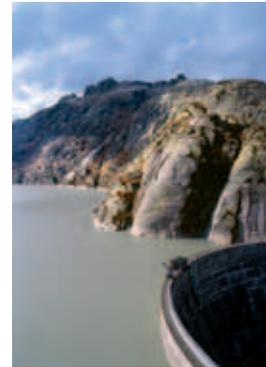
zur Kundschaft. Sie lassen die Software entweder direkt in Indien schreiben oder beschäftigen indische Spezialistinnen und Spezialisten in der Schweiz.

Gemäss Schätzungen der Vereinten Nationen lebten im Jahre 1985 ungefähr 4,9 Milliarden Menschen auf der Erde. 25 Jahre später sind es schätzungsweise 6,7 Milliarden. Rund ein Drittel davon lebt in Indien und China. Weil das bedeutende Bevölkerungswachstum nicht mehr in den industrialisierten Staaten stattfindet, haben die schnell wachsenden Schwellenländer als Handelspartner an Bedeutung gewonnen. Für die Schweiz sind diese Nationen wichtig, weil einerseits die Nachfrage nach Präzisionsmaschinen gestiegen und andererseits ein neuer Mittelstand entstanden ist, der sich langlebige Konsumgüter wie etwa Uhren leisten kann. Wie vor 25 Jahren sind die westlichen Industriestaaten, allen voran Deutschland, immer noch die wichtigsten Handelspartner der Schweiz. Die ostasiatischen und seit dem Mauerfall auch die mittelost- und osteuropäischen Staaten gewinnen aber im bilateralen Handel mit der Schweiz an Bedeutung.

Steigende Nachfrage nach Rohstoffen und Energieträgern

Die Nachfrage nach Rohstoffen und Energieträgern hing nach dem Zweiten Weltkrieg in erster Linie von der wirtschaftlichen Entwicklung der Industrieländer ab. Sie bestimmten massgeblich die Preise auf dem Weltmarkt, was sich aber mit dem Erdölchock 1973/74 schlagartig änderte und die westlichen Industriestaaten vor Probleme stellte. Hinzu kam, dass sich gestützt auf den Bericht «Die Grenzen des Wachstums» (1972) des Club of Rome politische Kreise und Teile der Bevölkerung in den nachfolgenden Jahren mit der Frage des grenzenlosen Wachstums auseinandersetzten. Die Erkenntnis, dass fossile Brennstoffe endlich sind und das Wachstum nicht unendlich sein kann, beeinflusste die Denkweise der Politiker und der Bevölkerung auch in der Schweiz. In den Jahren nach der ersten Erdölkrise war die Schweizer Regierung bestrebt, die Abhängigkeit vom Öl zu reduzieren. Sie setzte vermehrt auf Erdgas aus Europa und, trotz Widerstand in der Bevölkerung gegen Atomkraftwerke, auf Atomstrom.

In den 1980er- und später in den 1990er-Jahren gaben die Preise für fossile Energieträger zum Teil wieder nach. Die tiefsten Preise von ungefähr 10 US-Dollar (USD) für ein Barrel (ca. 159 Liter) Rohöl wurden im Frühjahr 1986 und zwölf Jahre später Ende 1998 notiert. Mit der fortschreitenden industriellen Entwicklung verschiedenster Schwellenländer und dem Einsetzen des weltweiten Wirtschaftsaufschwungs ab 2003 stieg die Nachfrage nach Rohstoffen, Grundnahrungsmitteln und Energieträgern enorm an. Die Rohstoffpreise, insbesondere die Preise für Rohöl und Ölderivate, erreichten zwischenzeitlich neue Höchstwerte.



In der Schweiz standen ab Mitte der 1980er-Jahre die Themen Energiesparen und Förderung alternativer Energien bei den meisten politischen Parteien nicht zuoberst auf der Traktandenliste. Die Verfügbarkeit von Erdöl und Erdgas war hoch. Zudem konnte die Schweiz in der Vergangenheit, dank den zahlreichen Speicherkraftwerken, die mit Wasserkraft erzeugte Überschusselektrizität in die europäischen Nachbarstaaten exportieren. Damit war sie in einer sehr komfortablen Lage, was sich aber nach dem Jahr 2000 änderte. In den Jahren 2005 und 2006 importierte die Schweiz erstmals mehr Elektrizität, als sie exportierte. Damit gewann die Diskussion um eine zukunftsorientierte Energiepolitik und die Umsetzung Energie sparerer Massnahmen an Bedeutung. Einerseits ging es darum, die vorhandene Energie effizienter zu nutzen, und andererseits, die fossilen Energieträger durch alternative Energien zu ersetzen. Themen wie die CO₂-Reduktion im Rahmen des Kyoto-Protokolls (Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen mit dem Ziel des Klimaschutzes), die Ablösung bestehender Kernkraftwerke, der Einsatz alternativer Energieträger und das Umsetzen Energie sparerer Massnahmen standen von nun an auf den Agenden der Gemeinde- und Kantonsregierungen, der Landesregierung und der politischen Parteien.

USD/Fass



Rohöl (Brent)

Quellenangabe Seite 126

Personal Computer

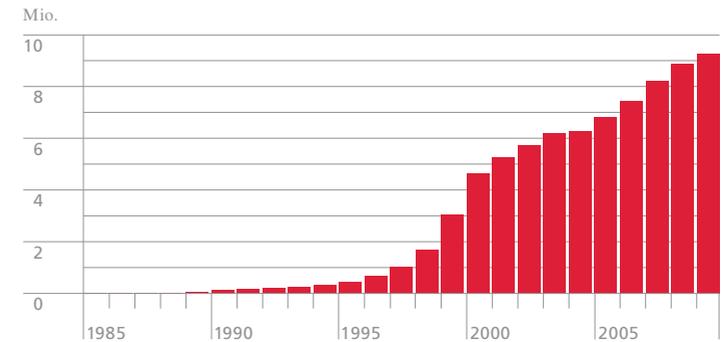
Mitte der 1970er-Jahre kamen die ersten Tischcomputer auf den Markt, auf denen die Nutzer einfache Programmierungen vornehmen konnten. IBM (International Business Machines), der grösste Bürogeräte- und Grosscomputerhersteller der Welt, lancierte 1981 den ersten erfolgreichen Personal Computer (PC), der mit einem 8088-Prozessor von Intel ausgerüstet war. Die Anwender erkannten rasch das technische und wirtschaftliche Potenzial des für damalige Begriffe leistungsfähigen Tischcomputers, wie die Vorteile der elektronischen Textverarbeitung im Vergleich zu den herkömmlichen Schreibmaschinen, die Möglichkeiten der grafikfähigen Tabellenkalkulation und die Effizienz einer Datenverarbeitung mit frei definier- und verknüpfbaren Datenbanken. Entscheidend für den Durchbruch der PCs war indessen, dass die Nutzer den PC mit einem einfachen und verständlichen Betriebssystem bedienen konnten. Alle IBM-PCs wurden exklusiv mit dem Betriebssystem PC-DOS (Disk Operating System) von Microsoft ausgeliefert. Da IBM im Marktsegment für Datenverarbeitungsanlagen eine starke Marktstellung hatte, orientierten sich viele PC-Hersteller an diesem Standard und stellten IBM-kompatible PCs her. Mitte der 1990er-Jahre brachen Microsoft und IBM die Zusammenarbeit ab. Microsoft lancierte das Betriebssystem Windows NT, das in Konkurrenz zu IBM OS/2 stand. Microsoft und Intel verzeichneten während Jahren eindrucksvolle Wachstumsraten und gehören seit Ende der 1990er-Jahre zum Kreis der grössten Unternehmungen Nordamerikas.



Mobiltelefonie

Wie die Personal Computer benötigen auch die modernen, multifunktionalen Mobiltelefone einen kleinen Rechner und ein Betriebssystem. Ausgangspunkt der Mobilkommunikation in der Schweiz war das Jahr 1978, als das NATEL®-A-Netz (Nationales Autotelefonnetz) seinen Betrieb aufnahm. Schon bald nach seiner Einführung erreichte das A-Netz die Kapazitätsgrenze, sodass die damalige PTT (Post Telephone Telegraph) ein weiteres Netz, das B-Netz, entwickelte und ab 1984 operativ betrieb. Der eigentliche Durchbruch der Mobiltelefonie bei der breiten Bevölkerung in der Schweiz erfolgte schliesslich ab 1987 mit der Einführung des NATEL®-C-Netzes. Es basierte auf einem dichten Versorgungszellennetz und einer neuen Technologie, welche die Herstellung von immer kleineren und leichteren Mobiltelefonen ermöglichte. Die als Handys bezeichneten modernen Handtelefone waren nicht mehr mit den 10 bis 15 kg schweren und zwischen 8000 und 12 000 Franken teuren tragbaren Funktelefonen der ersten Generation vergleichbar. Kaum jemand hätte Anfang der 1980er-Jahre vorauszusagen gewagt, dass 25 Jahre später Jung und Alt Besitzer von Handys sein werden und die Benutzer rund um die Uhr und in weiten Teilen der Erde drahtlos kommunizieren, «surfen» oder fernsehen können.

Anzahl Mobilfunkbenutzer in der Schweiz inkl. Prepaid-Karten
 Quellenangabe Seite 126



Internet

Eine andere zukunftssträchtige und historische Errungenschaft auf dem Gebiet der Informatik war das 1989 durch einen britischen Physiker am Europäischen Forschungszentrum für Teilchenphysik (CERN) in Genf entworfene System für Informationsmanagement, die Basis für das spätere World Wide Web (www), welches ab 1993 dank grafikfähigen Webbrowsers den kommerziellen Durchbruch schaffte. Auftrieb erhielt das Internet in der Folge durch den weltweiten Aufbau von Glasfaserleitungen und Satellitenverbindungen sowie durch die Einführung fixer Grundgebühren für DSL- und ADSL-Leitungen der Telekommunikationsunternehmen. Damit wurde der Zugang zum Netz auch für Privatpersonen erschwinglich, und den Unternehmen eröffnete sich weltweit ein neuer, kommerziell interessanter Absatz- und Kommunikationskanal. Unternehmen, Vereine, Privatpersonen usw. konnten von nun an mit ihrer Website ungeachtet geografischer Einschränkungen oder Zeitzonen während 24 Stunden im World Wide Web präsent sein.

Die Kommunikation mittels E-Mails und insbesondere die Informationsbeschaffung und der Informationsaustausch über das Internet, über das Extranet (Internet für eine definierte Gruppe externer Benutzer) oder das Intranet (nicht öffentliches, innerbetriebliches Netzwerk) sind Teil der fortschreitenden Globalisierung. Die Anzahl der Internetsurfer stieg alljährlich. Im Jahre 2004 hatten 61 Prozent der Haushalte in der Schweiz einen eigenen Internetzugang. Mit den neuen technischen Möglichkeiten begann eine steigende Anzahl von Konsumentinnen und Konsumenten ihre Einkäufe, Bankgeschäfte, Flugreservierungen oder Ferienbuchungen usw. übers Internet abzuwickeln. Die Fachwelt sprach von E-Banking (Electronic Banking) und E-Commerce, von B2B (Business-to-Business), B2C (Business-to-Consumer) oder C2C (Consumer-to-Consumer) und erwartete, dass die Kundinnen und Kunden zunehmend ihre Geschäfte unabhängig von Öffnungszeiten und Sprachgrenzen, rund um die Uhr, tätigen würden. Das Zeitalter der New Economy war angebrochen.



New Economy und Dotcom-Blase

Junge, im Technologiebereich, insbesondere auf dem Gebiet von Hard- und Software, tätige Unternehmungen drängten mit innovativen Ideen und Erfindungen auf die Märkte. Zahlreiche Eigentümer solcher Unternehmen strebten ein IPO (Initial Public Offering) an und liessen ihre Aktien nach dem Going-public an der NASDAQ (National Association of Securities Dealers Automated Quotations) oder anderen spezialisierten Aktienbörsen für Technologieunternehmen in Europa oder Japan kotieren. Einige von ihnen wurden durch den Verkauf ihrer Aktienpakete sehr vermögend. Angetrieben vom Zeitgeist der New Economy, verbunden mit einem ausgeprägten Shareholder-Value-Denken in einem guten konjunkturellen Umfeld, stiegen die Aktienkurse, insbesondere die Papiere der Technologieunternehmen, Ende der 1990er-Jahre auf immer höhere Werte. In kurzen zeitlichen Abständen platzte in den Jahren 2000/2001 an den verschiedenen Börsenplätzen die sogenannte Dotcom-Blase (.com). Die Aktienbörsen traten in eine starke Korrekturphase, die erst im Frühling 2003 ihr Ende fand.



Von der Montanunion zur Europäischen Union

Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande gründeten 1951 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), auch Montanunion genannt, und legten den Grundstein für die heutige Europäische Union (EU) und die Währungsunion. Der gemeinsame Markt und die Unterstellung der kriegswichtigen Güter wie Kohle und Stahl sollten einen weiteren Krieg in Europa verunmöglichen. Sechs Jahre später schufen die sechs Mitgliedsstaaten der Montanunion in Rom die Basis für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die erste Organisation des europäischen Integrationsprozesses mit dem Ziel einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik. 1967 wurden mittels Fusionsvertrag zwischen der EWG, der Montanunion und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) die Europäischen Gemeinschaften geschaffen.



Mit dem Vertrag über die Europäische Union unterzeichneten die Mitgliedsstaaten in Maastricht (1992) Kooperationen in weiteren Politikbereichen, umfassend eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres. Sie schufen einen Wirtschaftsraum mit freiem Verkehr für Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital. Damit wurde die Idee der EWG aus den 1950er-Jahren Wirklichkeit.

Der Vertrag von Maastricht wurde später mit den Verträgen von Amsterdam (1997) und Nizza (2001) umgestaltet. Mit dem Ziel, die bisherigen Verträge in einem einzigen Vertragswerk zusammenzufassen, unterzeichnete der Europäische Rat im Jahre 2004 den Vertrag über eine Verfassung für Europa, der aber an den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden scheiterte. 2007 unterzeichneten die EU-Staaten den Vertrag von Lissabon, einen Reformvertrag mit institutionellen Neuerungen. Er trat nach der vollständigen Ratifizierung durch die Mitgliedsländer im Spätherbst 2009 in Kraft. Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung Deutschlands eröffnete sich der EU die Möglichkeit der Osterweiterung: 2004 traten acht mittelosteuropäische Staaten sowie Malta und Zypern der EU bei, 2007 folgten Bulgarien und Rumänien. Ende 2009 umfasst die EU insgesamt 27 Staaten.

Einführung des Euro

1972 wurde der Europäische Wechselkursverbund geschaffen und 1979 das Europäische Währungssystem (EWS) eingeführt. Mit dem EWS wollten die europäischen Regierungen die Wechselkursstabilität ihrer Währungen verbessern. Zu diesem Zweck wurde im März 1979 die als künstliche Korbwährung konzipierte europäische Rechnungs- und Währungseinheit Ecu (European Currency Unit) geschaffen. Die spezifischen Mengen der nationalen Währungen im Korb wurden aufgrund verschiedener gesamtwirtschaftlicher Kriterien festgelegt. Das Ziel war, die Wechselkurse der nationalen Währungen mittels koordinierter Interventionen der Zentralbanken in einer definierten Bandbreite von $\pm 2,25$ Prozent zum Ecu zu halten. Für Italien, Spanien (Beitritt 1989), Grossbritannien (1990) und Portugal (1992) galten vorübergehend ± 6 Prozent. Weil sich die Volkswirtschaften der einzelnen Mitgliedsländer nicht im Gleichschritt entwickelten, mussten die Mengen der Währungen im Währungskorb periodisch neu festgelegt werden. In den Jahren 1992 und 1993 brachten spekulative Attacken gegen verschiedene Währungen Unruhe ins EWS. Insbesondere das britische Pfund und die italienische Lira kamen im September 1992 derart unter Druck, dass sich Grossbritannien und Italien gezwungen sahen, das EWS zu verlassen. Erst mit der Erhöhung der Bandbreiten auf ± 15 Prozent im August 1993 entspannte sich die Lage.



1988 wurde unter der Leitung des damaligen Vorsitzenden der Europäischen Kommission ein Bericht ausgearbeitet, der die Schaffung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion in drei Schritten vorsah. Die darin enthaltenen Massnahmen wurden in den nachfolgenden Jahren planmässig umgesetzt:

- Ab Juli 1990 mussten die Mitgliedsländer den uneingeschränkten Kapitalverkehr zulassen, die verstärkte Zusammenarbeit der nationalen Zentralbanken intensivieren, die freie Verwendung des Ecu ermöglichen und die Verbesserung der wirtschaftlichen Konvergenz (Annäherung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Mitgliedsländer) vorantreiben. 1992 verabschiedeten die Länder der EU in Maastricht entsprechende Konvergenzkriterien, welche die Staaten unter anderem auf einen ausgeglichenen Staatshaushalt und eine beschränkte Neuverschuldung verpflichteten. Die Staaten mussten die klar definierten Kriterien erfüllen, wollten sie der Europäischen Währungsunion beitreten.
- 1994 wurde das Europäische Währungsinstitut (EWI), Vorgängerin der Europäischen Zentralbank, gegründet. Die Ziele des EWI waren unter anderem, die Zusammenarbeit der Zentralbanken zu verbessern und deren bis anhin national ausgerichtete Geldpolitik zu koordinieren. Ende 1998 wurden die Aufgaben des EWI an die inzwischen neu gegründete Europäische Zentralbank (EZB) übertragen.
- 1999 erfolgte die Ablösung des Ecu durch den Euro mit einem Umtauschverhältnis von 1:1. Drei Jahre später wurden die Noten und Münzen der nationalen Währungen der Euroländer eingezogen und die Euronoten und -münzen ausgegeben. Mit einer logistischen Meisterleistung wurde der Bargeldumtausch innert kürzester Zeit vollzogen.



Verhältnis der Schweiz zu Europa und internationalen Organisationen

Schweizer Aussenpolitik vor neuen Herausforderungen

Ab Mitte der 1980er-Jahre begannen die EFTA-Staaten (European Free Trade Association) die Beziehung zu den Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) neu zu definieren. Verursacht wurde dies durch die Ankündigung der EWG, bis zum Jahr 1993 den europäischen Binnenmarkt zu realisieren. Die damit ausgelöste Dynamik bewog die EFTA-Staaten, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Die bis anhin vorherrschende Meinung der Schweizer Bevölkerung, am europäischen Integrationsprozess wirtschaftlich ohne politische Öffnung des Landes teilhaben zu können, galt es zu überdenken, wobei bei den Debatten stets die Fragen der Neutralität und der Bewahrung der nationalen Identität im Vordergrund standen.

Mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Kalten Krieges gehörte das ausgeprägte Ost-West-Denken der Vergangenheit an. Dies hatte letztlich auch Auswirkungen auf die Schweizer Aussenpolitik. Die bis anhin von den Grossmächten geschätzten «guten Dienste» der neutralen Staaten verloren an Bedeutung, was sich auf die Stellung der Schweiz als gleichberechtigter Partner auf dem internationalen Politparkett auswirkte. Hinzu kam, dass Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre die Schweizer Regierung und die Bevölkerung sich eher mit innenpolitischen als mit aussenpolitischen Themen beschäftigten.

Beziehung der Schweiz zur Europäischen Union

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger lehnten am 6. Dezember 1992 bei einer historisch hohen Stimmbeteiligung von 78,3 Prozent den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) mit 50,3 Prozent Neinstimmen ab und verzichteten damit, im Gegensatz zu den anderen EFTA-Staaten, auf den Zugang zum europäischen Binnenmarkt als gleichberechtigter Staat. Um den Unternehmungen in der Schweiz trotzdem einen diskriminierungsfreien Marktzugang zu gewährleisten, nahm der Bundesrat mit der EU bilaterale Verhandlungen auf. Das Ziel war, einerseits die negativen wirtschaftlichen Folgen eines Nichtbeitritts zum EWR zu umgehen und andererseits die strittigen Punkte, die zur Ablehnung des EWR-Vertrages geführt hatten, auszuklammern.

Die Verhandlungen mit der EU führten über zwei Schritte zur Annäherung an die EU. Gegen die Bilateralen Verträge I (1999) wurde das Referendum ergriffen. Die Schweizer Bevölkerung stimmte aber am 21. Mai 2000 den Verträgen zu, welche die Bereiche Personenfreizügigkeit, Land- und Luftverkehr, technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen, Landwirtschaft und Forschung betrafen. Das Abkommen trat am 1. Juni 2002 in Kraft.

In einer zweiten Phase ging es um das Aushandeln und die anschliessende Ratifizierung des zweiten Vertragspakets, der Bilateralen Verträge II (2004). Grundsätzlich stiess das Abkommen in der Schweiz bei Bevölkerung, Wirtschaft und Politik auf breite Zustimmung. Gegen das Dossier Schengen/Dublin hingegen ergriffen verschiedene politische Gruppierungen erfolglos das Referendum. Nach der Abstimmung vom 5. Juni 2005 trat am 1. März 2008 das Assoziierungsabkommen formell und am 12. Dezember 2008 operationell in Kraft. Als Letztes wurden am 29. März 2009 die europäischen Binnengrenzen an den Flughäfen abgeschafft.

Gleichzeitig mit dem Abschluss des zweiten bilateralen Abkommens einigte sich die Schweiz mit der EU über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die zehn im Jahre 2004 der EU beigetretenen Mitgliedsstaaten. Für diese neuen EU-Mitglieder wurde eine separate Übergangsregelung abgeschlossen, die eine schrittweise gegenseitige Öffnung der Arbeitsmärkte ermöglichte.



Einwanderungsland Schweiz

Das Bevölkerungswachstum in der Schweiz von 6,456 Millionen Menschen Ende 1984 auf 7,786 Millionen Ende 2009 beruhte hauptsächlich auf dem Zustrom von Personen aus dem Ausland, der den seit Jahren anhaltenden Geburtenrückgang in unserem Land überkompensierte. Die Schweiz brauchte Arbeitskräfte und holte sie je nach Bedarf unter dem Saisonierstatut ins Land. Nach mehreren Saisonarbeitsjahren durften die Familien der Arbeitenden in die Schweiz nachziehen und sich hier niederlassen. Daneben fanden auch immer wieder Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten Zuflucht in der Schweiz. Hinzu kommt, dass sich seit dem Abschluss der bilateralen Verträge mit der EU und der Einführung der Personenfreizügigkeit aufgrund vorteilhafter Arbeitsbedingungen vermehrt gut ausgebildete EU-Bürger in der Schweiz niederlassen. So stieg der Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz von 14,8 Prozent Ende 1984 auf 22,0 Prozent Ende 2009.

Die Lebenserwartung der Bürgerinnen und Bürger stieg in den vergangenen Jahren kontinuierlich an. So lag die durchschnittliche Lebenserwartung für 65-jährige Frauen und Männer im Jahre 1985 bei 19,0 Jahren (entspricht Alter 84) resp. 14,9 Jahren (Alter 79,9). 2008 betragen die Durchschnittswerte 22,0 Jahre und 18,7 Jahre. Vor dem Hintergrund der älter werdenden Bevölkerung bildet die künftige Finanzierung der auf dem Umlageverfahren basierenden Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) eine grosse Herausforderung.

Beitritt zu internationalen Institutionen

Am 29. Mai 1992 stimmte das Schweizer Stimmvolk den Beitritten zum Internationalen Währungsfonds (IWF) und zur Weltbank zu. Der Schweiz gelang es, von Beginn weg eine Stimmrechtsgruppe zu vertreten, der die Länder Aserbaidschan, Kirgistan, Polen, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan angehörten. Damit nahm sie Einsitz in den Exekutivräten beider Institutionen.

Den Beitritt zur UNO (United Nations Organization) als 190. Mitglied der Organisation hiessen die schweizerischen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 3. März 2002 an der Urne gut, nachdem eine erste Vorlage 1986 an der Frage der Neutralität gescheitert war. Seit dem 10. September 2002 ist die Schweiz Vollmitglied der Vereinten Nationen, Mitglied der Kern-UNO und der Generalversammlung, was ihr ermöglicht, ihre Anliegen direkt in diesen Gremien einzubringen. Bis 2002 hatte sie lediglich einen Beobachterstatus in den Hauptorganen der UNO inne.



Nachrichtenlose Vermögenswerte

Anfang 1996 gründeten die Schweizerische Bankiervereinigung und jüdische Organisationen das Independent Committee of Eminent Persons (ICEP), in unserem Land besser bekannt unter dem Namen Volcker Committee. Die Aufgabe und das Ziel des Volcker Committee war, bei den Schweizer Banken eine Sonderrevision über noch vorhandene Ansprüche von Holocaust-Opfern durchzuführen und zu prüfen, ob die Banken mit diesen Vermögenswerten nach dem Zweiten Weltkrieg korrekt umgegangen waren. Die umfangreichen Untersuchungen durch ausländische Revisionsgesellschaften bei den Schweizer Banken dauerten insgesamt drei Jahre. Rund 4,1 Millionen Konten aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs wurden durch die Revisoren überprüft. Die dabei verursachten externen Kosten beliefen sich auf rund 600 Millionen Schweizer Franken. Im Dezember 1999 legte das Volcker Committee seinen Schlussbericht vor. Den Schweizer Banken wurde im Bericht attestiert, dass sie sich «insgesamt fair verhalten hatten und dass keine Kunden aufgrund ihrer Herkunft systematisch diskriminiert wurden» (Schweizerische Bankiervereinigung: Tätigkeitsbericht 2000/2001, Internetversion, S. 61).

Zur selben Zeit suchten die beiden Schweizer Grossbanken den Dialog zu jüdischen Organisationen und den Anwälten der Sammelkläger in den Vereinigten Staaten von Amerika. Im August 1998 mündeten die Verhandlungen in einen Vergleich. Die beiden Banken zahlten zusammen 1,25 Milliarden US-Dollar in einen Settlement Fund ein. Im Sommer 2000 genehmigte der zuständige US-Bundesrichter den Vergleich, der auch von allen anderen im ICEP-Prozess involvierten Schweizer Banken akzeptiert wurde. Mit dem Vergleich wurden sämtliche Ansprüche gegen Schweizer Finanzinstitute wie auch alle öffentlichen und privaten Institutionen in unserem Land im Zusammenhang mit nachrichtenlosen Vermögen einerseits und mit ihren Tätigkeiten während des Zweiten Weltkriegs andererseits abschliessend abgegolten.

Zwecks einer umfassenden historischen und rechtlichen Aufarbeitung, vor allem bezüglich des Goldhandels und der Devisengeschäfte zwischen der Schweizerischen Nationalbank und den privaten Geschäftsbanken in der Schweiz, der Verflechtungen schweizerischer Industrie- und Handelsunternehmen mit der nationalsozialistischen Wirtschaft sowie der damaligen schweizerischen Flücht-

lingspolitik, setzten die Bundesversammlung und der Bundesrat im Jahre 1996 die Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK), auch Bergier-Kommission genannt, ein. Die Untersuchungsergebnisse wurden in 25 themenspezifischen, mehrere tausend Seiten umfassenden Studien und Beiträgen aufgearbeitet und mündeten im Jahre 2002 in einen umfangreichen Schlussbericht.

Bankkundengeheimnis und OECD-Musterabkommen

Der Schutz der Privatsphäre, abgesichert in der Bundesverfassung und mehreren Gesetzen, ist den Schweizerinnen und Schweizern seit Generationen wichtig. Darunter fällt auch das schweizerische Bankkundengeheimnis, das den unberechtigten Einblick in Bankkundendaten seitens der Behörden oder anderer Personen verhindern soll. Verschiedene gesetzlich definierte Bestimmungen schränken das Bankkundengeheimnis ein, wobei die schweizerische Gesetzgebung, im Gegensatz zur Gesetzgebung anderer Staaten, zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung unterscheidet. Dies war aus Schweizer Sicht bis Anfang 2009 insofern von Wichtigkeit, als die Schweiz zum Artikel 26 des OECD-Musterabkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Besteuerung von Einkommen und Vermögen stets einen Vorbehalt angebracht hatte. Damit deckten die bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) nur den Austausch von Informationen bei Verdacht auf Steuerbetrug, nicht aber bei Verdacht auf Steuerhinterziehung ab.

Auf internationaler Ebene bieten sich zwei Möglichkeiten, Informationen mit der Schweiz auszutauschen: einerseits zwischen den Steuerbehörden im Rahmen der Amtshilfe, welche sich auf die bilateralen Doppelbesteuerungsabkommen abstützen, und andererseits zwischen den Justizbehörden auf dem Weg der Rechtshilfe, das heisst auf der Grundlage des Bundesgesetzes über internationale Rechtshilfe in Strafsachen.

Aufgrund der globalen Finanzkrise 2008/2009, welche die Staatshaushalte verschiedenster Staaten sehr belastete, bekam die internationale Zusammenarbeit im Steuerbereich höheres Gewicht. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) setzte im Frühjahr 2009 die als Steuerparadiese bezeichneten Staaten auf eine schwarze Liste. Die sogenannten teilweise kooperierenden Staaten, darunter auch die Schweiz, wurden auf eine graue Liste gesetzt. In der Folge sah sich der Bundesrat gezwungen, den Standard des Artikels 26 des OECD-Musterabkommens im Rahmen internationaler Amtshilfe in Steuersachen zu übernehmen, und zog den Vorbehalt zurück. Zudem musste die Schweizer Regierung aufgrund der OECD-Vorgaben eilends mit ausländischen Staaten neue DBA aushandeln. Im Herbst 2009 hatte die Schweiz mit mehr als zwölf Staaten neue DBA abgeschlossen. Damit hatte

sie die gesetzten Bedingungen der OECD erfüllt und wurde wieder von der grauen Liste gestrichen. Die Diskussion um eine langfristige Lösung des Problems dauert indessen weiter an.



Meilensteine der Schweizer Innenpolitik

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hiessen in der Zeit von 1985 bis 2009 verschiedene zukunftsorientierte Abstimmungsvorlagen gut:

1987 sagten die Schweizerinnen und Schweizer Ja zur Bahn 2000 und damit zu milliardenschweren Investitionen in den öffentlichen Verkehr. Auf diese Weise konnten der 1982 eingeführte Stundentaktfahrplan und später das Konzept der S-Bahnen auf der erweiterten Infrastruktur umgesetzt werden. Ohne diese Massnahmen hätten in den nachfolgenden Jahren die täglichen Pendlerströme kaum effizient bewältigt werden können. 1992 bestätigten die Stimmberechtigten an der Urne die eingeschlagene Verkehrspolitik und hiessen die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) in der Abstimmung gut. Im November 1998 befürwortete der Souverän die Finanzierung der Grossprojekte des öffentlichen Verkehrs: den Bau der Bahn 2000 in Etappen sowie die Realisierung der NEAT durch den Gotthard und den Lötschberg. Die beiden Tunnels bilden das Herzstück des europäischen Güterverkehrskorridors Rotterdam – Milano / Genua. Finanziert wurden die Bauwerke zu einem grossen Teil aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA), deren Einführung die Schweizer Bevölkerung an der Urne ebenfalls im Jahre 1998 guthiess, und aus der Mineralölsteuer. Mit den zwei neuen Basistunneln will die Schweiz rund einen Drittel des alpenquerenden Schwerverkehrs in unserem Land von der Strasse auf die Schiene verlagern.

Angebote SBB-Zugkilometer

- 23. Mai 1982: Einführung Taktfahrplan Schweiz
- 12. Dezember 2004: Inbetriebnahme 1. Etappe Bahn 2000
- Quellenangabe Seite 126

Mio. Zugkilometer

| 1981 | 1982 | 1983 | 1993 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 |
|------|------|------|------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 67,0 | 74,1 | 79,3 | 94,4 | 105,0 | 109,3 | 125,5 | 127,6 | 130,7 | 131,4 | 137,0 |

Weil die Kompetenzen des Bundes zur Erhebung der Warenumsatzsteuer (WUST) und der direkten Bundessteuer im Jahre 1994 endeten, legte der Bundesrat Ende 1991 eine Botschaft zur Neuordnung der Bundesfinanzen vor. Bis anhin hatte der Souverän die Ablösung der WUST durch das modernere Konzept der Mehrwertsteuer (MWST) bereits dreimal an der Urne abgelehnt. Am 28. November 1993, sechzehn Jahre nach der ersten Abstimmung, wurde die von der Bundesversammlung stark abgeänderte Vorlage von Volk und

Ständen angenommen. Zwei Jahre später wurde die MWST mit Inkrafttreten der Verordnung eingeführt. Das Gesetz trat am 1. Januar 2001 in Kraft.

Das Gesetz über die Krankenversicherung (KVG) hiessen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 4. Dezember 1994 gut. Seit der Einführung des Gesetzes riss die Diskussion um die Finanzierung des schweizerischen Gesundheitswesens nie ab. Im Gegenteil: Seit Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 1996 wurde das KVG bis Ende 2009 mehr als dreissigmal mit einem Erlass geändert. Kein politisches Thema wurde in der Schweiz in den letzten Jahren lebhafter diskutiert als die laufenden Kostensteigerungen im Gesundheitswesen und die alljährlichen Krankenkassenprämien erhöhungen.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein in der Schweizer Geschichte war die Einführung der total revidierten Bundesverfassung, die nach der Zustimmung des Soveräns im Jahre 1999 am 1. Januar 2000 in Kraft trat. Die Totalrevision der Verfassung drängte sich insofern auf, als die letzte ganzheitliche Revision von 1874 zeitlich weit zurücklag und das Grundgesetz in der Zwischenzeit viele Änderungen und Ergänzungen erfahren hatte. Ausserdem fehlten gewisse auf Bundesgerichtsentscheiden beruhende Grundrechte, die in der neuen Verfassung berücksichtigt wurden.



Espace Mittelland

1994 beschlossen die Regierungen der Kantone Bern, Freiburg, Jura, Neuenburg und Solothurn, ihre Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten zu intensivieren, die gemeinsamen Interessen in einem partnerschaftlichen Verbund besser zu koordinieren und die bestehenden Verbindungen zu stärken. Als deutsch-französischsprachige Region der Schweiz gab sich der Verbund den zweisprachigen Namen Espace Mittelland, Sinnbild für die Brücke zwischen der Romandie und der Deutschschweiz. Die Kantone Waadt und Wallis wirkten zu Beginn als Beobachter im Regierungsausschuss mit und beteiligten sich, wie auch der Kanton Aargau, an verschiedenen Projekten. Das Wallis und die Waadt wurden im Jahre 2000 Vollmitglieder. Die Zusammenarbeit im Verbund erfolgte auf verschiedenen Gebieten, so zum Beispiel im Bereich des öffentlichen Verkehrs, des Strassennetzes, der Fach- und Hochschulen und der Kultur.

2005 kamen die Regierungsvertreter der Kantone zum Schluss, dass die ursprüngliche Idee einer permanenten Zusammenarbeit innerhalb der beteiligten Kantone bis hin zur Schaffung gemeinsamer Strukturen nicht erreicht wurde. Die Kantone Bern, Freiburg, Solothurn und Wallis gründeten in der Folge einen neuen Verein mit gleichem Namen, an welchem sich nebst den Kantonen auch Städte, Gemeinden, Unternehmen, Verbände und Privatpersonen beteiligen konnten. Eine Standortbestimmung im Jahre 2008 zeigte auf, dass sich die Organisation nicht als Plattform etablieren konnte. Der Verein wurde im Juni 2009 aufgelöst.

In statistischer Hinsicht ist der Espace Mittelland gemäss dem Bundesamt für Statistik zu einem festen Bestandteil der räumlichen Ordnung der Schweiz geworden. Im Zuge des europäischen Integrations- und wirtschaftlichen Konzentrationsprozesses sowie der Globalisierung schuf die Schweizer Statistik sieben grossregionale, mit der europäischen Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) abgestimmte Gebiete, die Regionalvergleiche auf nationaler und internationaler Ebene ermöglichen. Die sieben Grossregionen sind: Région lémanique (mit den Kantonen GE, VD, VS), Espace Mittelland (BE, FR, JU, NE, SO), Nordwestschweiz (AG, BL, BS), Zürich (ZH), Ostschweiz (AI, AR, GL, GR, SG, SH, TG), Zentralschweiz (LU, NW, OW, SZ, UR, ZG) und Tessin (TI).

Expo.02

Vom 15. Mai bis 20. Oktober 2002 verwandelte die Expo.02 das Drei-Seen-Gebiet für eine kurze Zeit zum grössten Kultur-, Kunst- und Erlebnispark der Schweiz. Die Arteplages an den Seeufern in Biel, Neuenburg, Murten, Yverdon und die Arteplage Mobile du Jura mit insgesamt rund 1500 Projekten unterschiedlichster Art, mit mehr als 10 000 Vorstellungen und Aufführungen wie Theatern, Schauspielen, Konzerten, Strassenspektakeln und anderen kulturellen Darbietungen, an denen mindestens 20 000 Künstlerinnen und Künstler auf 22 Bühnen und verschiedenen Plätzen auftraten, lockten über 10 Millionen Besucherinnen und Besucher aus dem Inland und dem nahen Ausland an. Nebst Kulturellem konnten die Besucherinnen und Besucher auch Kulinarisches aus der Seelandregion und anderen Teilen der Schweiz geniessen.



Die Schweizer Kantonalbanken waren mit einem eigenen Pavillon in Biel vertreten. Die Ausstellung mit dem Titel «Territoire imaginaire» befasste sich mit möglichen Traumbildern eines neuen Lebensraums in der Schweiz. Landwirtschaftspolitik, Raumplanung, Sicherheit und Kultur wurden als Aspekte im Umgang mit der «Mutter Erde» befragt und inszeniert. Das Ganze war ein Spiel der Fantasie. Die Besucherinnen und Besucher wurden beim Betreten des 800 m² grossen Pavillons zu Touristen im eigenen Lande und durchwanderten Träume einer anderen Schweiz.

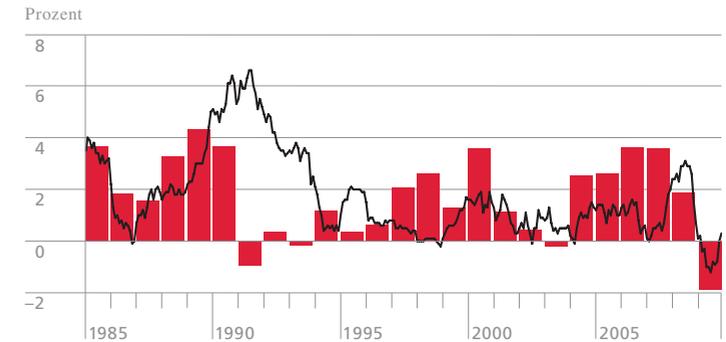


Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz

Zweite Hälfte der 1980er-Jahre

Mitte der 1980er-Jahre hatte die Schweizer Wirtschaft die turbulenten Jahre nach den Erdölkrisen von 1973/74 und 1979/80 überwunden. Die sinkenden Rohölpreise nach dem zweiten Erdölchock und eine steigende Nachfrage nach Schweizer Exportgütern begünstigten die Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz. Das reale Bruttoinlandprodukt wuchs in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts um durchschnittlich über 3 Prozent pro Jahr. Die Arbeitslosenrate lag in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre unter 1 Prozent, was im europäischen Vergleich vorzüglich war. Die Teuerung bildete sich bis Ende 1986 laufend zurück. Grundsätzlich waren dies gute Rahmenbedingungen für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum. Allerdings neigte der Schweizer Franken weiterhin zur Stärke, und im Verlaufe des Jahres 1987 wurden erste Schwächeanzeichen der Weltwirtschaft erkennbar.

Bruttoinlandprodukt und Inflationsrate
Bruttoinlandprodukt real ■ (Jahresveränderungen in %)
Konsumentenpreisindex ■ (Jahresteuerrate in %)
Quellenangabe Seite 126



Börsencrash im Oktober 1987

Weil die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre laufend steigende Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite auswies, kam der US-Dollar gegenüber den wichtigsten Handelswährungen ab März 1985 unter Druck. Die Investoren befürchteten eine steigende Inflation in den USA und folglich eine restriktive Geldpolitik des Federal Reserve Board (FED, Zentralbank der USA) mittels Leitzinserhöhungen. Zudem waren die Aktienkurse relativ hoch und nahmen weiter steigende Unternehmensgewinne zum Teil vorweg. Vor diesem Hintergrund begannen sich die ersten Aktienbesitzer Mitte Oktober 1987 von ihren Anlagen zu trennen oder sicherten die Aktienpositionen gegen Kursrisiken ab. Der Optionenverfall vor dem Schwarzen Montag brachte bereits Unruhe in den Markt. Die Aktienkurse standen unter Druck. Bei Börseneröffnung am Montag, dem 19. Oktober 1987, war der Verkaufsdruck an der New York Stock Exchange (NYSE) derart gross, dass der Handel in gewissen Titeln gar nicht erst aufgenommen werden konnte. Im Verlaufe des Tages erfuhr der Handelsverlauf eine kaum aufzuhaltende Eigendynamik, einerseits bedingt durch Verkäufer, die ihre Gewinne realisieren wollten, und andererseits durch jene, die wegen Überschreitungen ihrer Wertpapierkreditlimiten zu Verkäufen gezwungen wurden. Das für damalige Verhältnisse riesige Verkaufsvolumen führte dazu, dass die Handelssysteme nicht mehr in der Lage waren, die Geschäfte zeitgerecht zu verarbeiten, was die Unsicherheit zusätzlich erhöhte und den Verkaufsdruck weiter ansteigen liess. Allein am 19. Oktober 1987 verlor der Dow Jones Industrial Average Index 508 Punkte oder 22,6 Prozent. Damit wurde der Tagesverlust von 12,8 Prozent vom 28. Oktober 1929, der als Auslöser der grossen Depression in die Geschichte einging, übertroffen.

Weil der damalige Konjunkturzyklus der US-Wirtschaft dem europäischen zeitlich vorausging, rechneten die hiesigen Investoren mit einem verzögerten Eintreten der Konjunkturabschwächung in Europa. Das hiess für die Aktienbesitzer, sich möglichst rasch von den Aktien zu trennen und die Buchgewinne zu realisieren. Folglich verhielten sich die Investoren am Schwarzen Montag auf allen Börsenplätzen gleich, auch in der Schweiz. Der Bankverein-Index verlor an diesem Montag 11,3 Prozent, was für damalige Begriffe sehr viel war. Um das grosse Handelsvolumen zu verarbeiten, musste der Handel am Ring über die offizielle Handelszeit hinaus verlängert



werden. Allein im Oktober 1987 gaben die Aktienkurse in der Schweiz im Durchschnitt um 25 Prozent nach. Bis Ende Jahr erhöhten sich die Verluste, von leichten Korrekturen abgesehen, kontinuierlich weiter. Der Bankverein-Index stand Ende 1987 31 Prozent unter dem Vorjahresstand. Bei den Anlegern sass der Schock tief.

Die Angst vor einer Rezession war allgegenwärtig. Die Schweizerische Nationalbank reagierte daher umgehend auf die Verwerfungen an den Schweizer Wertpapiermärkten. Sie versorgte den Geldmarkt mit zusätzlicher Liquidität und reduzierte bis Ende Jahr in zwei Schritten sowohl den Lombard- als auch den Diskontsatz.

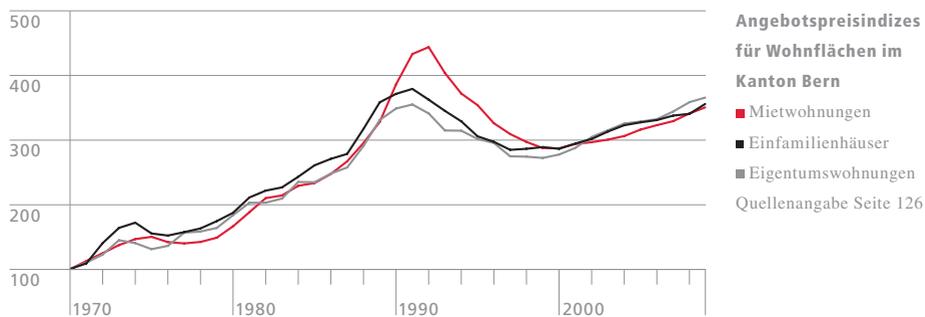
Immobilienkrise

Das erfreuliche Wirtschaftswachstum in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre wurde ab 1987/88 durch eine steigende Inflation getrieben. Wer konnte, schützte sich mit Realwerten gegen die Geldentwertung und kaufte Land oder Immobilien. Der Preisauftrieb wurde durch Immobilieninvestoren und -spekulanten verstärkt, was zu Übertreibungen bei den Bauland- und Liegenschaftspreisen sowohl für Wohneigentum als auch für gewerblich-industrielle Immobilien führte. Die Situation veranlasste den Bundesrat, dem Parlament im Juni 1989 drei bis Ende 1994 befristete dringliche Bundesbeschlüsse vorzulegen, die im Oktober 1989 in Kraft traten.

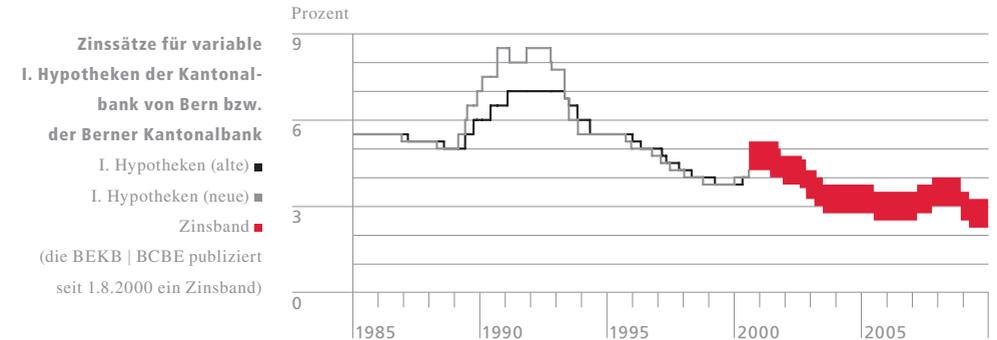


Hinzu kam, dass technische und regulatorische Neuerungen das Verhalten der Marktteilnehmer am Geld- und Kapitalmarkt veränderten. Am 10. Juni 1987 wurde das elektronische Interbankzahlungssystem SIC (Swiss Interbank Clearing) eingeführt. Anfang 1988 trat die Revision der bankengesetzlichen Liquiditätsvorschriften in Kraft. Beides führte zu einem Rückgang der Nachfrage nach Notenbankgeld seitens der Banken, was sie veranlasste, die freiwerdenden Mittel auszuleihen. In den nachfolgenden Monaten musste die Schweizerische Nationalbank (SNB) feststellen, dass sie die Liquiditätswirkung, bedingt durch die Einführung des SIC und der neuen Liquiditätsvorschriften sowie durch die Effekte der Liquiditätszufuhr nach dem Börsensturz, unterschätzt hatte. Die Geldmenge wuchs zu stark. Die Konjunktur drohte zu überhitzen. In der Folge schlug die SNB eine restriktive Geldpolitik ein. Sie erhöhte die Leitzinsen ab 1989 mehrere Male, was sich zunächst auf den Geldmarkt auswirkte und sich später auf die übrigen Zinssätze, wie jene

Index (1970 = 100)



für Hypotheken, übertrug. Im Kanton Bern stiegen die Zinssätze für Althypotheken von 5 Prozent im Sommer 1988 schrittweise auf 7 Prozent per 1. Februar 1991 und jene für Neuhypotheken von 5 Prozent auf 8,5 Prozent im 4. Quartal 1990.



Damit trafen die Übertreibungen am Immobilienmarkt in der Schweiz zeitlich mit der eingeleiteten restriktiven Zinspolitik der SNB zusammen. Die Folge war, dass sich zunächst vereinzelt, mit der Zeit vermehrt, professionelle Immobilienbesitzer mit hohem Fremdkapitalanteil, aber auch private Hauseigentümer, ausser Stande sahen, die steigenden Zinskosten zu bezahlen. Die Nachfrage nach Land und Immobilien ging markant zurück. Es setzte ein Preiszerfall ein, der durch Zwangsversteigerungen zusätzlich verstärkt wurde. Die Banken erlitten dadurch erhebliche Verluste. Zudem wurden sie teilweise ungewollt Besitzerinnen ersteigter Liegenschaften. Es dauerte Jahre, bis sich die Preise für Wohneigentum und gewerblich-industrielle Immobilien wieder erholt hatten. Diese Phase war sowohl für die Kreditinstitute als auch für die Immobilienbesitzer eine schwierige Zeit.

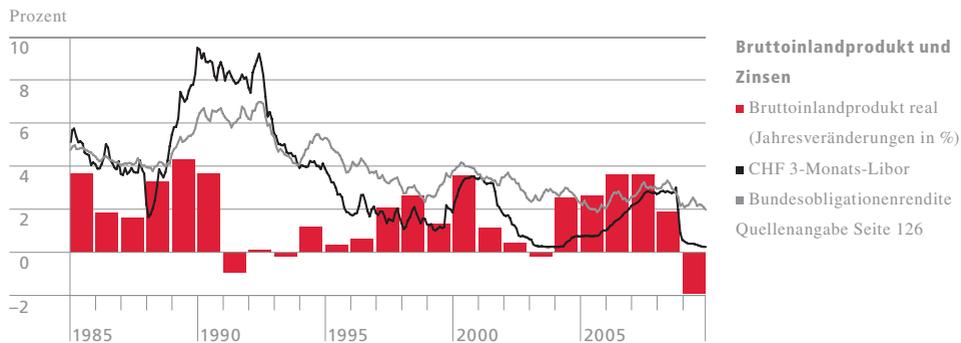
Konsolidierung

In der ersten Hälfte der 1990er-Jahre standen in der Schweiz gleichzeitig verschiedene Herausforderungen an: Die Schweizerische Nationalbank hatte den Inflationsdruck zu meistern, die Banken mussten die Korrekturen im Zusammenhang mit dem Immobilienboom auffangen und die Wirtschaft litt unter der schlechteren Konjunktur. Unter diesem Druck versuchten die Unternehmen, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen, reorganisierten, legten neue Strukturen fest und konzentrierten sich auf ihre Kernkompetenzen. Die Restrukturierungen und Konkurse der Unternehmungen liessen die Arbeitslosenrate auf neue Höchstwerte steigen. Ende 1993 lag die Arbeitslosenquote bei 5 Prozent, später kurzzeitig leicht darüber.

Die öffentliche Hand reagierte: Bund, Kantone und Gemeinden waren bestrebt, mit zusätzlichen Aufträgen die missliche Lage zu entschärfen. Die Landesregierung lancierte Investitionsprogramme, von denen sie sich mittelfristig positive Impulse für die Wirtschaft erhoffte. Da aber die Steuereinnahmen infolge der schlechten Konjunktur rückläufig waren und die Ausgaben für die Wirtschaftsstimulierung stiegen, schrieb die öffentliche Hand – besonders die Eidgenossenschaft – alljährlich beachtliche Defizite. Der Finanzhaushalt des Bundes stabilisierte sich erst wieder mit der sich verbessernden Wirtschaftslage in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre und mit dem erklärten politischen Willen, die Verschuldung nicht eskalieren zu lassen. Im Dezember 2001 nahm das Schweizer Stimmvolk die Schuldenbremse an. Ziel des Gesetzes über den eidgenössischen Finanzhaushalt ist, den Bundeshaushalt künftig vor strukturellen Defiziten zu bewahren.



Retrospektiv betrachtet bleiben die 1990er-Jahre nicht nur in negativer Hinsicht in Erinnerung, sondern auch als Jahre der Konsolidierung, der Bereinigung und der Vorbereitung zum Aufbruch ins neue Jahrtausend. Ab der zweiten Hälfte des Jahrzehnts verzeichnete die Schweiz ein höheres Wirtschaftswachstum, sinkende Zinsen, eine moderate Inflation und steigende Aktienkurse.



Die Herausforderung «Y2K»

Ab Mitte der 1990er-Jahre war allgemein bekannt, dass die herkömmliche Computerinfrastruktur, also Hard- und Software, in vielen Fällen nicht Jahr-2000-tauglich war. Die Problematik bestand darin, dass Computerprogramme und Rechner das zweistellige Jahres-Datumsfeld «00» als 1900 und nicht als 2000 interpretierten. Aus diesem Grund mussten die bestehenden Softwares umgeschrieben und veraltete Rechner ausgetauscht werden. Die Datumsumstellung war sowohl für Unternehmungen und Institutionen als auch für Private mit erheblichen Kosten verbunden, weil nicht nur Grosscomputer, sondern auch PCs, datumsabhängige computergesteuerte Kassen, automatische Türen, Fahrstühle, Maschinen und vieles mehr davon betroffen waren. Nach den umfangreichen Anpassungsarbeiten und Investitionen, die sich positiv auf das weltweite Wirtschaftswachstum auswirkten, wurde der Datumswechsel mit Spannung erwartet, der zur Überraschung vieler weltweit ohne nennenswerte Probleme verlief.



Start ins neue Jahrtausend

In den Jahren 2000/2001 überschritt der Konjunkturzyklus seinen Höhepunkt. Der darauf folgende Wirtschaftsrückgang wurde durch das Ereignis vom 11. September 2001 zusätzlich verstärkt, als Terroristen Passagierflugzeuge entführten und mit je einem Flugzeug in die beiden Türme des World Trade Center in New York flogen. Die westliche Welt war vom Anschlag, seither bekannt unter dem Begriff «nine-eleven», schockiert. Die Sicherheitsmassnahmen in Flughäfen, an Bahnhöfen und weiteren exponierten Stellen wurden massiv erhöht. Unzählige Personen verzichteten daraufhin für eine gewisse Zeit aufs Reisen. Transportunternehmungen, speziell Fluggesellschaften, sahen sich in der Folge mit einem Umsatzrückgang konfrontiert und schrieben rote Zahlen. Die Swissair, die schon vor dem Ereignis mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, musste Nachlass anmelden.

Die Situation änderte sich erst im Frühjahr 2003 wieder, als sich die Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten von Amerika zu stabilisieren begann. Verstärkt durch die Einflüsse der Globalisierung, verbesserte sich die konjunkturelle Lage auf den übrigen Kontinenten. Auch die Schweiz spürte den globalen Wirtschaftsaufschwung: Die vom Export abhängige Maschinen- und Uhrenindustrie profitierte von einer gestiegenen Auslandnachfrage, die Finanzbranche von der Erholung der Aktienmärkte und dem lukrativen Vertrieb von Finanzprodukten sowie die binnenmarktorientierten Betriebe vom Wirtschaftsaufschwung und von der guten Konsumentenstimung in der Schweiz.

Im Schatten von US-Immobilien- und Finanzkrise

Bedingt durch die tiefe Sparquote als Folge einer hohen Konsumneigung der amerikanischen Bürgerinnen und Bürger war es in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) seit Jahrzehnten üblich, dass Banken ihre gewährten Hypotheken an Drittparteien veräusserten, welche die Forderungen in hypothekengesicherte Obligationen (Mortgage Backed Securities, MBS) verbrieften und sie entweder direkt oder über Vermittler an Investoren verkauften. Diesem System wurden verschiedene Vorteile zugesprochen: Unabhängig von Kundengeldern oder vom Interbankenmarkt konnten Banken Kredite sprechen, ohne diese in ihrer Bilanz führen und mit Eigenkapital hinterlegen zu müssen. Durch die Verbriefung der Hypotheken hatten Grossinvestoren relativ einfachen Zugang zu Anlagen im Immobilienbereich, und das Ausfallrisiko wurde auf viele verschiedene Marktteilnehmer verteilt, was theoretisch die Stabilität des Finanzsystems hätte verbessern sollen.

In den Jahren vor dem Platzen der Immobilienblase wurden die MBS in einem zweiten Schritt über weitere Zweckgesellschaften in andere Anlagepapiere verbrieft und versicherungstechnisch so konzipiert, dass sie, mit einem Rating von namhaften Rating-Agenturen versehen, als Anlageprodukte vertrieben werden konnten. Dieser weitere Schritt der Verbriefung war nun auch für nichtamerikanische Banken interessant, konnten sie doch nun am provisionsträchtigen Verbriefungsgeschäft und am Handel mit den entsprechenden Papieren teilhaben. Bedingt durch die steigende Nachfrage nicht-amerikanischer Investoren gelangten die amerikanischen Hypothekarschulden in die globalen Finanzmärkte.

Aufgrund der kurzen Rezession in den Jahren 2002/2003 in den USA, der grossen Nachfrage nach US-Staatspapieren asiatischer Staaten – bedingt durch die Exporteinnahmen in US-Dollars – und der über eine längere Zeit moderaten Inflationsrate in den USA hielt das Federal Reserve Board (FED) die Leitzinsen lange auf tiefem Niveau, was sich auf das ganze Zinsgefüge – auch auf die Langfristzinsen – auswirkte. Durch die historisch tiefen Refinanzierungskosten und staatliche Fördermassnahmen für private Eigenheime konnten sich in den USA auch untere Einkommenschichten ein Eigenheim leisten, was zu einer höheren Immobiliennachfrage, steigenden Immobilienpreisen, einer Belebung der Bauindustrie und zu einer grösseren Nachfrage nach Konsumgütern führte.



2006 begann die US-Immobilienblase zu platzen. Die Zahlungsausfälle im Subprime-Hypothekenmarkt (Forderungen mit schlechter Bonität) und später auch im Prime-Hypothekenmarkt (Forderungen mit guter Bonität) häuften sich im Frühjahr 2007. Viele Immobilien verloren an Wert. Damit sank auch der Wert der verbrieften Anlagepapiere. Im Juni 2007 erlitten die ersten Hedge Funds grosse Verluste. Es folgten Hedge-Funds-Schliessungen. Gleichzeitig vermeldeten die ersten Investmentbanken hohe Abschreibungen. Mit dem Konkurs des Bankhauses Lehman Brothers am 15. September 2008 brach der Interbankenmarkt praktisch zusammen. Die Zentralbanken mussten in koordinierten Aktionen unter Einsatz grosser finanzieller Mittel einen Kollaps der Finanzsysteme verhindern. Es war zu befürchten, dass sich die Finanzkrise zur grössten Wirtschaftskrise seit der grossen Depression der 1930er-Jahre entwickeln könnte.

Nicht nur die US-Banken, sondern auch die Finanzinstitute auf den anderen Kontinenten spürten den Wertzerfall der Wertpapiere, die in der Branche bald einmal als toxische Wertpapiere bezeichnet wurden. In den USA, in Grossbritannien, Deutschland und weiteren Staaten mussten die Regierungen und Zentralbanken verschiedene Bankinstitute und Versicherungen finanziell unterstützen. Einzelne Banken wurden verstaatlicht. In Island führte die Verstaatlichung von drei grossen Banken im Herbst 2008 faktisch zur Insolvenz des Staates.

Die zwei Schweizer Grossbanken, die über Jahre ein starkes Investmentbanking in den USA aufgebaut hatten, litten wie andere Institute unter der Situation. Die UBS war gar auf die finanzielle Unterstützung der Eidgenossenschaft und der Schweizerischen Nationalbank angewiesen.

Weil im Gegensatz zur Börsenkrise von 1987 die Wirtschaftszyklen auf den Kontinenten nahezu synchron verliefen, begann die US-Immobilienkrise rasch auf die ganze Welt auszustrahlen. Der Konsumrückgang in den USA wirkte sich mit kurzer Zeitverzögerung auf die exportorientierten Nationen wie China, Deutschland und die Schweiz aus. In den Schweizer Finanzzentren und in den Wirtschaftsregionen mit vom Export abhängigen Unternehmungen stieg die Arbeitslosigkeit markant an. Um die Situation des Wirtschaftsabschwungs in der Schweiz zu mildern, beschloss die Legislative, im November 2008, im März und im September 2009 die Konjunktur mit drei Ausgabenpaketen zu stützen.

Strukturveränderung im Bankensektor

Im April 1989 veröffentlichte die Schweizerische Kartellkommission den Bericht über «Die gesamtschweizerisch wirkenden Vereinbarungen im Bankgewerbe» (Konventionen) und stellte fest, dass die Preisabsprachen unter den Banken den freien Markt behinderten. Daraufhin wurden die nationalen und regionalen Konventionen schrittweise abgeschafft. Durch die Freigabe der Preise und Gebühren verschärfte sich die Konkurrenzsituation unter den Banken. Nicht wenige Institute begannen im Zuge ihrer Expansionsstrategie das Dienstleistungsangebot zu erweitern, Liegenschaften bis zu 100 Prozent des geschätzten Verkehrswertes – in Einzelfällen sogar darüber – zu belehnen oder das Marktgebiet zu vergrössern. Da es in diesen Jahren üblich war, die Banken in den Statistiken der Grösse ihrer Bilanzsummen nach einzuordnen, waren die Institute bestrebt, am Jahresende eine möglichst hohe Bilanzsumme auszuweisen.



Ab 1989 bekämpfte die Schweizerische Nationalbank die akute Inflationsgefahr und die Überhitzung der Konjunktur mit mehreren Leitzinserhöhungen. Dadurch sahen sich die Banken nebst der verschärften Konkurrenzsituation mit zwei weiteren Herausforderungen konfrontiert: der veränderten Marktlage bei der Refinanzierung und den sich häufenden Kreditausfällen, insbesondere aus der Finanzierung von Immobilien. Diese markante Verschlechterung des Marktumfeldes führte zu ersten Bankenübernahmen und Fusionen. 1991 verfügte die Eidgenössische Bankenkommission (EBK) die Schliessung der Spar- und Leihkasse Thun (SLT), was im In- und Ausland für erhebliches Aufsehen sorgte. In den nachfolgenden Jahren waren weitere Regionalbanken wirtschaftlich nicht mehr in der Lage, alleine zu überleben, oder sie suchten Alternativen zum Alleingang. Sie fusionierten mit Konkurrenten, schlossen sich zu grösseren Bankengruppen zusammen oder wurden von Grossbanken übernommen. 1994 organisierten sich die Regionalbanken in der RBA. Auch bei den Kantonalbanken gab es Veränderungen. Einzelne mussten die Staatsgarantie beanspruchen, wurden übernommen oder fusionierten mit einem anderen Institut. Allein im Kanton Bern verloren zwischen 1990 und 2005 gegen 80 Bankinstitute ihre Selbstständigkeit.

Die Rezessionsjahre in Verbindung mit der Immobilienkrise hinterliessen in den Erfolgsrechnungen und Bilanzen der Banken deutliche Spuren. Die EBK veröffentlichte im Jahresbericht 1997 die Resultate einer Erhebung über die vier wichtigsten im inländischen Kreditgeschäft tätigen Bankengruppen. Die unter dem Begriff «Verluste» aufgeführten Beträge umfassen Wertberichtigungen, Abschreibungen und Verluste für die Jahre 1991 bis 1996. Insgesamt schrieben diese Banken 42,3 Milliarden Franken ab, was 8,45 Prozent des durchschnittlichen inländischen Kreditbestandes von rund 500 Milliarden Franken betrug.

| Wertberichtigungen, Abschreibungen und Verluste der Schweizer Banken 1991–1996 | Bankengruppen | Verluste in Mio. Franken | Anteil am Total | Anteil der Verluste am inl. Kreditgeschäft |
|---|--------------------|-----------------------------|--------------------|---|
| | Grossbanken | 30 129 | 71,3 % | 12,5 % |
| | Kantonalbanken | 10 536 | 24,9 % | 5,6 % |
| Die Beträge sind gerundet. | RBA-Regionalbanken | 1 337 | 3,2 % | 3,9 % |
| Deshalb weicht das Total | Raiffeisenbanken | 254 | 0,6 % | 0,7 % |
| der Verluste von der Summe der einzelnen Werte ab. | Total | 42 257 | 100,0 % | Durchschnitt: 8,45 % |

Quellenangabe Seite 127

Auch im Ausland war der Konkurrenzkampf unter den global tätigen Banken mit aller Schärfe entbrannt. Bankstrategen vertraten die Ansicht, dass im weltweiten Bankenmarkt nur Finanzinstitute ab einer kritischen Grösse auf die Dauer überleben würden. Die Credit Suisse Holding reagierte in der Schweiz als Erste und wuchs durch die Eingliederung von zwei damaligen Grossbanken, der Bank Leu (1990) und der Schweizerischen Volksbank (1993), sowie von weiteren inländischen Instituten. Die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) und der Schweizerische Bankverein (SBV) fusionierten 1997 zur UBS. Von den ursprünglich fünf Grossbanken in der Schweiz gab es Ende der 1990er-Jahre noch deren zwei.

Verschiedene internationale und nationale Banken oder Bankengruppen entwickelten sich ab den späten 1980er-Jahren in Richtung Allfinanz und boten in Ergänzung zu ihren Bankdienstleistungen ihrer Kundschaft Versicherungsprodukte an. Dieser Trend hatte aber keinen Bestand. Einige Jahre später trennten sich die meisten Banken wieder von ihren Versicherungseinheiten. Die Synergien hatten sich nicht im gewünschten Masse eingestellt. Zudem wurden die Institute in den Rezessionsjahren 2003 und 2008/2009 zu Redimensionierungen gezwungen.

Gegen Ende der 1990er-Jahre hatten etliche Banken und später auch andere Unternehmungen in der Schweiz versucht, Internetbanken zu realisieren. Einige dieser Banken waren erfolgreich. Andere mussten ihre Projekte wegen zu hoher Kosten abbrechen. Wieder andere entschieden sich während der Börsenbaisse am Anfang dieses Jahrzehnts, ihre Internetbank aufgrund ungenügender Rentabilität zu verkaufen oder einzustellen.

Nach dem Jahr 2000 passten vermehrt auch Privatbanken ihre Strukturen den Marktveränderungen an. Traditionsreiche Vermögensverwalter fusionierten, kauften andere Privatbanken auf oder gingen strategische Kooperationen im Vertrieb von Produkten und Dienstleistungen mit Dritten ein.

Die Raiffeisenbanken verzeichneten in den vergangenen 25 Jahren ein beachtliches Bilanzwachstum. Als Einheit betrachtet, gehört diese Bankengruppe, gemessen an der Bilanzsumme Ende 2009, zu den grössten Banken in der Schweiz.

| Bankengruppen | 1985 | | | 2009 | | |
|--------------------------------|------------------|--------------------------|---------------------|------------------|--------------------------|---------------------|
| | Anzahl Institute | Bilanzsumme ¹ | Anteil ² | Anzahl Institute | Bilanzsumme ¹ | Anteil ² |
| Kantonalbanken | 29 | 144,0 | 18,5 % | 24 | 403,5 | 15,1 % |
| Grossbanken | 5 | 394,6 | 50,7 % | 2 | 1444,8 | 54,1 % |
| Regionalbanken u. Sparkassen | 216 | 64,4 | 8,3 % | 70 | 92,3 | 3,5 % |
| Darlehens- u. Raiffeisenkassen | 2 | 20,7 | 2,7 % | 1 | 139,5 | 5,2 % |
| Übrige Banken | 189 | 114,4 | 14,7 % | 181 | 525,0 | 19,7 % |
| Finanzgesellschaften | 112 | 19,4 | 2,5 % | | | |
| Filialen ausländischer Banken | 16 | 16,0 | 2,1 % | 33 | 23,9 | 0,9 % |
| Privatbanken | 24 | 4,2 | 0,5 % | 14 | 39,2 | 1,5 % |
| Total alle Banken | 593 | 777,7 | 100,0 % | 325 | 2668,2 | 100,0 % |

Veränderungen im schweizerischen Bankensektor 1985–2009

¹ Bilanzsummen in Mrd. Franken

² Bilanzsummen in Prozenten vom Total aller Banken

Quellenangabe Seite 127

Ein Vergleich der aggregierten Bilanzsummen für die verschiedenen Bankengruppen zeigt ansatzweise den Strukturwandel der Banken in der Schweiz auf. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Rechnungslegungsvorschriften in den letzten 25 Jahren Änderungen erfahren haben.

PostFinance entwickelte sich ab 1997 zu einem bankähnlichen Finanzinstitut. Insbesondere in der Rezession 2008/2009 – im Zuge der weltweiten Finanzkrise – verzeichnete sie einen hohen Neugeldzufluss. Mehrmals schon wurde seitens von PostFinance und von politischen Kreisen die Erteilung einer Banklizenz gefordert. Dieser Forderung ist das Parlament bislang nicht nachgekommen.

Pionierleistungen der Schweizer Effekten- und Derivatbörsen

Die SOFFEX (Swiss Options and Financial Futures Exchange) war bei ihrer Eröffnung am 19. Mai 1988 die weltweit erste vollelektronische Börse mit integriertem Clearingsystem für derivative Finanzprodukte wie Traded Options (standardisierte, börsengehandelte Optionen) auf ausgewählte Schweizer Beteiligungspapiere und Financial Futures. Die Betriebsaufnahme der SOFFEX bedingte einen permanenten Handel der an der Derivatbörse gehandelten Basistitel. Die Handelszeiten wurden ausgedehnt und eine fixe Schlusszeit eingeführt. Der permanente Handel ermöglichte die laufende Indexberechnung der neu geschaffenen Swiss-Index-Familie (Swiss Performance Index, SPI, und Swiss Market Index, SMI). 1998 fusionierte die SOFFEX mit der Deutschen Terminbörse (DTB) zur Eurex (European Exchange), die sich in den nachfolgenden Jahren zur weltweit grössten Derivatbörse entwickelte.



Als logischer Schritt folgte, nach dem erfolgreichen Start der SOFFEX, 1995/96 die Lancierung der Elektronischen Börse Schweiz (EBS), welche aus einem Zusammenschluss der drei Börsen Basel, Genf und Zürich hervorging. Die vollelektronische Börse mit automatischem Papier- und Geldfluss vereinfachte die Verarbeitung der Börsengeschäfte enorm. Das Bild der wild gestikulierenden Händler am Börsenring gehörte der Vergangenheit an. Mit dem Start der EBS, die technisch weiterentwickelt und später in SWX Swiss Exchange beziehungsweise SIX Swiss Exchange umbenannt wurde, stellten die regionalen Präsenzbörsen in Neuenburg, Lausanne und St. Gallen die Geschäftstätigkeit ein. Einzig die Berner Börse überlebte. Sie führte einen Telefonhandel für die in Bern kotierten Aktien ein. Seit 2002 ist sie mit einer eigenen elektronischen Handelsplattform unter dem Namen BX Berne eXchange erfolgreich am Markt präsent.



SIX Swiss Value Chain

2008 schlossen sich die SWX Group (Wertschriftenhandel), die SIS Group (Wertschriftendienstleistungen) und die Telekurs Group (Finanzinformationen) unter einem gemeinsamen Holdingdach mit Namen SIX Group zusammen. Damit entstand einer der führenden Börsen- und Infrastrukturbetreiber in Europa im schweizerischen und grenzüberschreitenden Effektenhandel, in der Abwicklung und der Verwahrung von Wertschriften, in der Beschaffung, der Veredelung und der Verbreitung von internationalen Finanzinformationen und einer breiten Palette von Dienstleistungen im Bereich des Zahlungsverkehrs. Der Zusammenschluss versetzte die Finanzinstitute, die zugleich Eigentümer und Nutzer der angebotenen Dienstleistungen sind, in die Lage, sich durch eine vermehrte Auslagerung von Dienstleistungen noch besser auf ihre Kernkompetenzen zu konzentrieren. Dank höherer Effizienz und gesteigerter Innovationskraft verstärkte sich die Stellung des Finanzplatzes Schweiz im weiterhin intensiven Wettbewerb unter den Finanzzentren.

Meilensteine der Berner Kantonalbank von 1985 bis 2009

Der Zusammenschluss der beiden bernischen Staatsbanken, die Turbulenzen und deren Überwindung zu Beginn des letzten Jahrzehnts im 20. Jahrhundert, die langfristige Ausrichtung auf einem soliden Fundament, die Umwandlung als erste Kantonalbank zu einer privatrechtlichen AG, die Entwicklung zu einer der zehn Schweizer Publikumsgesellschaften mit dem breitesten Aktionariat, der Markteintritt im Kanton Solothurn, der Wegfall der Staatsgarantie, und parallel zu alledem die Einführung zahlreicher innovativer Produkte und Dienstleistungen – auf dem Weg durch das letzte Vierteljahrhundert hat die Berner Kantonalbank viele bedeutende Marksteine gesetzt.

Geschäftsentwicklung der Kantonalbank von Bern



Das Wirtschaftsumfeld in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre bewirkte bei den meisten Banken in der Schweiz eine eindruckliche Zunahme des Geschäftsvolumens. Die Bilanzsumme der Kantonalbank von Bern stieg von 1985 bis 1990 nominal um über 45 Prozent. Bedingt durch die gute konjunkturelle Wirtschaftslage suchten Unternehmen Finanzierungsmöglichkeiten für ihre anvisierte Geschäftsexpansion, und ein immer grösserer Teil der Bevölkerung interessierte sich für Wohneigentum und somit für Hypotheken.

Ab 1988 lagen die jährlichen Wachstumsraten der Ausleihungen der Kantonalbank von Bern über jenen der Kundengelder. Auch die ab 1989 deutlich steigenden Zinssätze vermochten die Kreditnachfrage vorerst nicht zu bremsen. Die Kantonalbank von Bern musste Ausleihungen teilweise mit kurzfristigen Geldern finanzieren, weil die Kunden ihre Spargelder in höher verzinsliche Kassenobligationen und Festgelder umlagerten. Zudem sah sie sich aus Konkurrenzgründen veranlasst, vereinzelt Kredite – vor allem Hypotheken – mit ungenügender Zinsmarge zu gewähren.

In dieser schwierigen Situation auf dem Geld- und Kapitalmarkt sah sich die Kantonalbank von Bern mit zwei Herausforderungen konfrontiert: Einerseits stieg die Anforderung, die Bilanz fristenkongruent auszurichten, und andererseits sank die Rentabilität im Zinsdifferenzgeschäft.

Im Gleichschritt mit dem Bilanzsummenwachstum wurde das Eigenkapital der Kantonalbank von Bern mehrmals dem gestiegenen Geschäftsvolumen angepasst. In der Zeit von 1985 bis 1990 erhöhte die Bank dreimal das Partizipationsscheinkapital, und der Kanton stockte zweimal das Dotationskapital auf.

Zusammenschluss der beiden bernischen Staatsbanken

Der Grosse Rat des Kantons Bern beschloss am 16. Mai 1988 mit 136 zu 0 Stimmen den Zusammenschluss der Kantonalbank von Bern mit der Hypothekarkasse des Kantons Bern. Er beauftragte den Regierungsrat, die erforderlichen Massnahmen einzuleiten. Mitte Februar 1989 stellte die Finanzdirektion den Gesetzesentwurf der Öffentlichkeit vor. In der Herbstsession desselben Jahres beriet der Grosse Rat das Gesetz über die Berner Kantonalbank und nahm es in der darauf folgenden Session am 7. Februar 1990 mit 99 zu 3 Stimmen an. Damit war der Zusammenschluss der beiden Staatsinstitute zur Berner Kantonalbank beschlossen. Nach Ablauf der dreimonatigen Referendumsfrist verabschiedete der Regierungsrat am 12. September 1990 die Vollzugsvorschriften zur Übergangsordnung und zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes.

Die beiden kantonalen Bankinstitute bildeten für die Vorbereitung des Zusammenschlusses auf wirtschaftlicher und organisatorischer Ebene eine gemeinsame Projektorganisation. Es wurden drei Projektgruppen mit gut 20 Arbeitsgruppen geschaffen, welche die Geschäftsstrategie, die technische Abwicklung des Zusammenschlusses und Fragen im Personalbereich bearbeiteten. Als externe Bankorganisationsberaterin wurde die ATAG, Allgemeine Treuhand AG, verpflichtet.

Die Berner Kantonalbank nahm ihre Geschäftstätigkeit am 1. Januar 1991 auf. Sie bekam im Wesentlichen drei Zielsetzungen mit auf den Weg: «Sie soll erstens eine moderne Universalbank sein, zweitens volkswirtschaftliche und soziale Aufgaben im Interesse der Öffentlichkeit und des Staates erfüllen und drittens sich im Marktgeschehen bewähren, indem sie konkurrenzfähig ist und sich neuen Entwicklungen beweglich anpasst.»

Der Zusammenschluss der beiden Banken erfolgte aus technischer Sicht reibungslos und für die Kundinnen und Kunden ohne Einschränkungen. Dank den guten Vorarbeiten durch das Rechenzentrum RTC Real-Time Center AG war es den Kundinnen und Kunden ab dem ersten Arbeitstag im Fusionsjahr möglich, ihre Bankgeschäfte bei allen Niederlassungen der neuen Berner Kantonalbank zu tätigen. Die umfangreichen Übertragungsarbeiten und der Umtausch der Geschäftsdokumente stellten die Bank vor grosse organisatorische und logistische Herausforderungen.

Ausserdem erforderte der partnerschaftliche Zusammenschluss der beiden Staatsinstitute ein neues Erscheinungsbild. Zwei Berner Gestalter schufen die neue Corporate Identity und das neue Logo in den Kantonsfarben Schwarz und Rot, welches die Verbundenheit mit Bern und zugleich die Mitwirkung der Berner Kantonalbank im Verbund der Schweizerischen Kantonalbanken unterstreicht. Alle Niederlassungen wurden auf die Fusion hin mit dem Schriftzug der Berner Kantonalbank neu beschriftet. Gleichzeitig wurden Briefpapier und Bankformulare kundenfreundlicher gestaltet und zahlreiche Publikationen überarbeitet. Die Kurzform BEKB | BCBE wurde 1996 eingeführt.

Im Fusionsjahr 1991 sah sich die Berner Kantonalbank, wie praktisch alle anderen Universalbanken in der Schweiz, mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert. Das stark gestiegene Zinsniveau, die rezessive Wirtschaftslage, verbunden mit einer steigenden Zahl von Konkursen, der zusammenbrechende Immobilienmarkt und der markante Rückgang der Bodenpreise bewirkten bei der Berner Kantonalbank einen grossen Wertberichtigungsbedarf. Zudem hatten die im Interesse der bernischen Volkswirtschaft übernommenen Verpflichtungen für in Schwierigkeiten geratene Regionalbanken die Berner Kantonalbank stark beansprucht, was zusätzliche Wertberichtigungen erforderte. Engagements, die in der Phase des Wachstums- und Zukunftsglaubens und hoher Geldflüssigkeit eingegangen worden waren, erwiesen sich als verlustreich. Insbesondere im Baubereich wurden teilweise Kredite gewährt, die aus Sicht der im vierten Quartal 1991 angepassten Kreditpolitik nicht im gleichen Ausmass oder überhaupt nicht eingeräumt worden wären. Für die Berner Kantonalbank war die Situation schwierig, weil es sich bei zahlreichen dieser Kredite, zum Teil bedingt durch die Fusion der beiden Staatsinstitute, um Grossengagements von über 50 Millionen Franken handelte, die eine ausserordentlich starke Hebelwirkung auf das Ergebnis der Berner Kantonalbank hatten. Ausserdem erlitt die Berner Kantonalbank Verluste, weil die Omni Holding AG wegen Liquiditätsschwierigkeiten am 7. März 1991 ein Gesuch um Nachlassstundung einreichen musste, was den Zerfall der ganzen Omni-Gruppe zur Folge hatte. Aufgrund dieser Situation drängte sich Ende 1991 eine Standortbestimmung und Neuausrichtung auf.

Standortbestimmung

Die neu formierte Geschäftsleitung und der Bankrat präsentierten mit dem Geschäftsbericht 1991 eine gläserne Bilanz, die einen detaillierten Einblick in die tatsächliche Vermögens- und Ertragslage der Bank gab. Damit erfüllte sie das Rundschreiben der Eidgenössischen Bankenkommision (EBK) vom 25. September 1990 über die Bildung und die Auflösung stiller Reserven. Die Rechnungslegung richtete sich nun im Wesentlichen nach den EG-Richtlinien (EG-Bankrichtlinie 86/635) sowie nach den international anerkannten Grundsätzen der Rechnungslegung (International Accounting Standards, IAS, insbesondere IAS Nr. 30). Mit dem transparenten Jahresabschluss gab die Berner Kantonalbank ihren Kundinnen und Kunden, ihren Partizipationsscheininhaberinnen und -inhabern, den Behörden und der breiten Öffentlichkeit ihr Bekenntnis zu einer neuen Informationspolitik ab. Die Bankleitung versprach, die Öffentlichkeit künftig laufend offen und ohne Vorbehalte über die aktuelle Lage der Bank zu informieren.

Ende 1991 war die Eigenmittelunterlegung nach den Vorschriften des Bankengesetzes zu tief. Die Bankleitung musste beim Kanton eine Erhöhung des Dotationskapitals beantragen. Generell war das Dotationskapital, gemessen an der Grösse der neuen Bank, zu klein. Im Geschäftsbericht von 1991 wurde festgehalten: «In Zukunft wird die Kantonalbank in finanzieller und volkswirtschaftlicher Hinsicht nur erfolgreich sein können, wenn der Staat auch unter den gegenwärtigen schwierigen Bedingungen zu <seiner> Bank steht. Er wird darum die Berner Kantonalbank mit Eigenmitteln gleich hoch dotieren müssen, wie dies bei anderen vergleichbaren Kantonalbanken der Fall ist, die über ein im Verhältnis zur Bilanzsumme rund doppeltes Dotationskapital verfügen.»

Im Vorfeld zur Debatte über die Erhöhung des Dotationskapitals der Berner Kantonalbank stellte sich die Frage, wie gross der effektive Kapitalbedarf der Berner Kantonalbank sei. Am 11. September 1992 informierte der Präsident der Geschäftsleitung über die vorhandenen Risiken von bis zu rund 3 Milliarden Schweizer Franken. Bei diesen Risiken handelte es sich um Engagements in der Höhe von etwa 5 bis 7 Milliarden Franken der Kantonalbank, der Hypothekarkasse und der Bank in Thun, welche grösstenteils ab 1988 eingegangen worden waren und zur Hälfte aus Grossengagements von über 50 Millionen Franken im baunahen Bereich stammten.

Etwa ein Fünftel davon waren ausserkantonale Grossengagements. Aufgrund der schlechten Wirtschaftslage und der verhaltenen konjunkturellen Aussichten rechnete die Bankleitung im schlechtesten Fall mit einem Abschreibungsbedarf von 40 bis 50 Prozent dieser Engagements. Obwohl der Cashflow im ersten Halbjahr 1992 durch Effizienzsteigerungen und Kosteneinsparungen nahezu verdoppelt werden konnte, war es aufgrund der Analyse klar, dass die Berner Kantonalbank die Wende nicht ohne Aufstockung des Dotationskapitals und nur mit zusätzlicher Hilfe des Kantons schaffen konnte.



PS. Die Berner Kantonalbank (BEKB) hat nach den Worten von Generaldirektionspräsident Peter Kappeler die Konsequenzen aus den 1991 aufgetretenen Problemen gezogen und den Übergang vom quantitativen zum qualitativen Wachstum eingeleitet. Die BEKB will «die Bank der Bernerinnen und Berners» sein.

Neuaustrichtung

Im vierten Quartal 1991 leitete die Geschäftsleitung der Berner Kantonalbank, mit Zustimmung des Bankrates, eine Phase der Konsolidierung ein. Durch eine Neuaustrichtung der Geschäftspolitik wurde die Bank wieder auf ihre ureigensten Aufgaben fokussiert: auf das sichere Anlegen von Ersparnissen sowie auf die Gewährung von Krediten und Hypotheken vor allem an bernische Kreditnehmer.

Mit der Neuaustrichtung der Berner Kantonalbank wurde auch die Kreditpolitik neu definiert. Im Rahmen des angestrebten qualitativen Wachstums richtete sich der Umfang der Gewährung neuer Kredite nach dem Zufluss der Kundengelder und der Rückzahlung von bestehenden Krediten. Ziel war es, in erster Linie kleinere Engagements bei Privaten sowie kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Kanton Bern einzugehen. Die Berner Kantonalbank begann, vermehrt junge Unternehmungen gezielt zu fördern. Alle kommerziellen Kunden wurden eng betreut und unbenutzte Kreditlimiten auf ihre wirtschaftliche Verhältnismässigkeit überprüft. Alte Grossengagements wurden abgebaut. Neue Grossengagements wurden keine mehr eingegangen. Ausleihungen an einzelne Kundinnen und Kunden wurden auf unter 10 Prozent der eigenen Mittel beschränkt.

Weiter schenkte die neue Bankleitung der Rentabilitätsverbesserung besondere Aufmerksamkeit, die auf einer gezielten Nutzung der Synergien aus dem Zusammenschluss der beiden Banken basierte. Hierzu lancierte sie im vierten Quartal 1991 eine Produktivitäts- und Ertragssteigerungsanalyse, die mit externer Unterstützung durchgeführt wurde. Ziel der Analyse waren das Aufzeigen von Ertragssteigerungs- und Kostensenkungsmöglichkeiten sowie die Erhöhung der Qualität sowohl der Kundenbetreuung als auch der Leistungserstellung. Die Berner Kantonalbank war bestrebt, ihre Kundinnen und Kunden persönlich zu betreuen, was fachlich kompetente und gut geschulte Mitarbeitende voraussetzte. Die interne und die externe Weiterbildung erhielten dadurch einen neuen Stellenwert.

Mit der Neuaustrichtung der Berner Kantonalbank wurden die Voraussetzungen für eine Erfolg versprechende Weiterführung der Bank der Bernerinnen und Berner geschaffen. Für jene Kredite, die der neu formulierten Geschäfts- und Kreditpolitik nicht entsprachen, hatte die Bank noch eine Lösung zu finden.

Zukunftssicherung und Gründung der Dezenium-Finanz AG

Vor dem Hintergrund der akkumulierten Kreditrisiken, der anhaltenden Krise im Immobilienbereich sowie der bankengesetzlichen Eigenmittelvorschriften wurde 1993 zur Sicherung der Zukunft der Berner Kantonalbank eine Lösung mit folgenden Zielsetzungen realisiert: die Bereinigung der vorhandenen Verlustrisiken, die Gewährleistung der dauernden Einhaltung der bankengesetzlichen Vorschriften und die Trennung der der neuen Kreditpolitik widersprechenden Engagements vom gesunden Geschäft. Damit wurde volle Transparenz geschaffen, um jene Lösung zu finden, die mit den geringsten Kosten für die Bank, den Kanton und die bernische Volkswirtschaft realisiert werden konnte.

Nach Prüfung der Zweckmässigkeit und der Realisierbarkeit von vier Varianten wurde dem Regierungsrat des Kantons Bern die Lösung «Auffanggesellschaft als Tochter der Berner Kantonalbank» vorgeschlagen. Dieser unterstützte den von der Eidgenössischen Bankenkommission (EBK) am 23. Februar 1993 genehmigten Vorschlag und gab die entsprechende Botschaft am 3. März 1993 in die Vernehmlassung. Die Gründung der Auffanggesellschaft als privatrechtliche Aktiengesellschaft und hundertprozentige Tochter der Berner Kantonalbank wurde vom Bankrat am 28. Januar 1993 rückwirkend auf den 1. Januar 1993 beschlossen und im März 1993 unter dem Namen Dezenium-Finanz AG (DFAG) vollzogen. Diese Lösung hatte die folgenden Vorteile: Die Berner Kantonalbank war nach Ausgliederung der Altlasten eine gesunde Bank und erfüllte wieder die gesetzlichen Vorschriften. Die Bank wie auch die betroffenen Kundinnen und Kunden mit den zu bereinigenden Krediten standen nicht mehr unter Zeitdruck, sodass die anstehenden Probleme sukzessive – innerhalb eines Zeitrahmens von zehn Jahren – gelöst werden konnten.

Die nicht der Kreditpolitik der Berner Kantonalbank entsprechenden Engagements wurden per 1. Januar 1993 auf die DFAG übertragen. Davon ausgenommen waren Kredite mit noch vertretbaren Überbelehnungen im volkswirtschaftlichen Interesse in den Bereichen Gewerbe, junge Unternehmen, Touristik, Bergbahnen, selbst bewohnte Liegenschaften sowie langfristige Engagements gegenüber bernischen Regionalbanken. Finanziert wurde die Auffanggesellschaft mit den bis Ende 1992 gebildeten Wertberichtigungen von rund 1,1 Milliarden Franken und einem Darlehen der Berner Kan-

tonalbank. Zehn Jahre nach ihrer Gründung stellte die DFAG am 30. September 2002 wie geplant ihre Tätigkeit ein. Insgesamt wickelte die DFAG 6615 Engagements im Umfang von 6,55 Milliarden Franken ab. Der Verlust für die Berner Kantonalbank betrug 1,14 Milliarden Franken. Die Beanspruchung der vom Kanton Bern gebildeten Rückstellungen belief sich auf 1,45 Milliarden Franken. Dank der Abwicklungstätigkeit der DFAG konnten im Kanton Bern über 2300 Arbeitsplätze gerettet und konnte die Zukunft der Bank gesichert werden.

Mit dem Konzept der Auffanggesellschaft wurde nicht nur die Aktivseite der Berner Kantonalbank, sondern auch die Passivseite saniert. Die überjährigen Kundengelder hatten aufgrund der 1989 bis 1991 vereinbarten festen Zinssätze zu einem hohen Satz verzinst werden müssen, der für die Verzinsung des Darlehens an die DFAG massgebend war. Mit dem Abbau des DFAG-Darlehens war es der Berner Kantonalbank möglich, die ursprünglich ausschliesslich bei der Hypothekarkasse angelegten und ebenfalls hoch verzinsten Gelder der beiden bernischen Versicherungskassen vollständig zurückzuzahlen.

Nach der Standortbestimmung und der Realisierung des Massnahmenpakets zur erfolgreichen Sanierung der Bilanz mit der Gründung der Dezennium-Finanz AG, der Kapitalbereinigung von 1992 und der zweimaligen Erhöhung des Dotationskapitals um 250 Millionen Franken im Jahre 1992 und 300 Millionen Franken im Jahre 1993 stand die Berner Kantonalbank wieder als entwicklungsfähige Bank mit einer gesunden Basis da. Sie konnte 1993 erstmals nach der Fusion wieder einen Gewinn ausweisen.

Die Geschäfts- und Kreditpolitik der Berner Kantonalbank wurde «im Grossen» konsequent angewendet, «im Kleinen» galt das Kulanziprinzip. Die Risiken wurden mit dem Ertrag und den Eigenmitteln in Einklang gebracht, die Kundenausleihungen auf den Kanton Bern, den kantonsnahen Raum und Kreditnehmer ausserhalb des Kantons mit Bezug zum Kanton Bern beschränkt.

Die gewonnenen Erkenntnisse aus der Produktivitäts- und Ertragssteigerungsanalyse wurden mit gezielten Massnahmen umgesetzt. Beispielsweise führte die Bank verschiedene Funktionen in der Verarbeitung in neuen regionalen Zentren zusammen. Durch die Rationalisierung und die Automatisierung der Abläufe nahm der Personalbestand in den verarbeitenden Bereichen in der Folge ab. Die Fachbereiche mit Kundenkontakt hingegen wurden mit dem Ziel einer noch besseren Beratung und Betreuung der Kundschaft kontinuierlich personell verstärkt.

Die BEKB | BCBE, inzwischen mit vollständig erneuertem Bankrat, stellte im Geschäftsbericht 1993 erstmals den Verfassungsauftrag als Unternehmensauftrag ausführlich vor: «Die BEKB | BCBE will mit einer erfolgreichen Unternehmensführung unter professioneller Aufsicht ihren Beitrag zur eigenständigen Entwicklung des Kantons Bern und seiner Lebensgrundlagen leisten. Sie fördert dadurch die volkswirtschaftliche und soziale Entwicklung. Gemäss Gesetz besorgt die Bank alle banküblichen Geschäfte und ist nach marktwirtschaftlichen und anerkannten kaufmännischen Grundsätzen zu führen.» Ebenso gelten die seit Jahren festgelegte Geschäftspolitik und der bewährte Weg für die Bank unverändert, nämlich:

1. Für sämtliche Kundensegmente verfügt die Bank über ein spezifisches Angebot an Basis-Dienstleistungen, das sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten rentabel anbieten kann.
2. Die Bank deckt Geld- und Kreditbedürfnisse der lokalen Bevölkerung, der Wirtschaft und der Öffentlich-rechtlichen Körperschaften zu konkurrenzfähigen Bedingungen und erbringt Leistungen für die öffentliche Hand zu Marktbedingungen.
3. Zielsetzung der BEKB | BCBE ist insbesondere die Förderung von kleinen und mittleren Engagements bei Privaten, kleinen und mittleren Unternehmungen sowie Öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Für grössere Kunden werden Risikolimiten festgelegt.
4. Besondere Beachtung schenkt die BEKB | BCBE den kleinen Kreditbegehren, dem preisgünstigen Wohnungsbau, den Bedürfnissen der Arbeitnehmer, des Gewerbes und der Landwirtschaft. Die Entwicklung von Handel, Industrie und Tourismus unterstützt sie mit zeitgemässen Bankdienstleistungen.
5. Die BEKB | BCBE fördert das Sparen und die Vermögensbildung und unterstützt die Eigentumsbildung mit dem Ziel einer regional, sozial und wirtschaftlich ausgeglichenen Entwicklung.
6. Zukunftsorientierte Neuunternehmen werden gezielt gefördert, ebenso ökologische und energetisch fortschrittliche Projekte. Die BEKB | BCBE setzt ein Förderkonzept ein, das aus drei Säulen besteht (Finanzierung von Neuunternehmen und Wachstum, Finanzierung von Nachfolgeregelungen sowie Seed-Finanzierungen).
7. Der seit Jahren bewährte Weg eines qualitativen Wachstums wird entschlossen weiterverfolgt. Wichtig sind der Bank dabei: das Knüpfen enger persönlicher Bande zu ihren Kundinnen und Kunden, ein ertragsorientiertes Handeln sowie das bewusste und kontrollierte Eingehen verantwortbarer Risiken.

Erste privatrechtlich organisierte Kantonalbank

Als erste Kantonalbank in der Schweiz liess sich die BEKB | BCBE 1994 der umfassenden Aufsicht der Eidgenössischen Bankenkommision (EBK) unterstellen. Mit dieser Unterstellung hatte die Bank die gleiche professionelle Aufsicht wie jede privatrechtlich organisierte Bank.

Im Oktober 1995 eröffnete der Regierungsrat des Kantons Bern das Vernehmlassungsverfahren zur Umwandlung der BEKB | BCBE in eine Aktiengesellschaft. Der Bankrat und die Geschäftsleitung unterstützten das Vorhaben. Die EBK und die Handelsregisterbehörde hatten die Realisierbarkeit des vorgeschlagenen Wechsels der Rechtsform aus banken-, gesellschafts- und registerrechtlicher Sicht bestätigt.

Am 23. November 1997 stimmten die Bernerinnen und Berner der Umwandlung der BEKB | BCBE in eine Aktiengesellschaft mit einem Anteil von 53 Prozent Jastimmen zu und sagten einmal mehr Ja zu einer eigenständigen Berner Kantonalbank mit Entscheidungszentrum im Kanton Bern.

Mit dem Eintrag ins Handelsregister am 20. Oktober 1998 wurde die Umwandlung der BEKB | BCBE als erster Kantonalbank in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft nach Art. 620 ff. Obligationenrecht vollzogen. Das Gesetz über die Aktiengesellschaft Berner Kantonalbank (AGBEKKBG) wurde rückwirkend auf den 1. Januar 1998, das neue Geschäftsreglement auf den 1. Januar 1999 in Kraft gesetzt. Durch die klare Trennung der Verantwortung zwischen Eigentümer und Bankführung wurde der politische Einfluss auf die BEKB | BCBE zurückgenommen und die unternehmerische Ausrichtung der Bank gestärkt.

Am 1. Oktober 1999 trat der revidierte Art. 3a des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen (Bankengesetz, BankG) in Kraft. Seit diesem Zeitpunkt gelten als konstitutive Elemente einer Kantonalbank die Grundlage im kantonalen Recht und eine Beteiligung des Kantons von mehr als einem Drittel an Kapital und Stimmen. Die konkrete Ausgestaltung (Rechtsform, Auftrag, Staatsgarantie) ist nach wie vor Sache der Kantone.

Im Bereich der Corporate Governance wurden im Geschäftsbericht 2003 erstmals Grundsätze publiziert, die in den nachfolgenden Jahren ergänzt wurden. Ende 2009 lauten sie wie folgt:

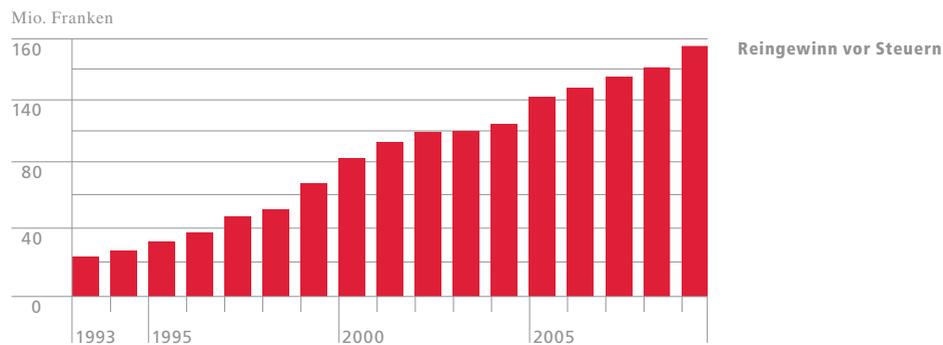


1. Der Verwaltungsrat, die Geschäftsleitung und die Mitarbeitenden sind verantwortlich für eine langfristige und nachhaltige Entwicklung der Bank.
2. Die Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung und die Mitarbeitenden vertreten die Interessen der Bank. Sie treten in den Ausstand bei Geschäften, die eigene Interessen oder jene von nahestehenden Personen oder Organisationen betreffen.
3. Die Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung legen alle wesentlichen Tätigkeiten in Führungs- und Aufsichtsgremien anderer Organisationen offen.
4. Die Verantwortungsbereiche von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung sind getrennt.
5. Mitglieder der Geschäftsleitung nehmen nicht Einsitz in Verwaltungsräten von Unternehmen, in denen ein Verwaltungsrat der BEKB | BCBE Geschäftsleitungsmitglied ist.
6. Die Amtsdauer der Mitglieder des Verwaltungsrates ist auf 12 Jahre beschränkt. Die Altersgrenze beträgt 70 Jahre.
7. Das Entschädigungsmodell der Mitglieder des Verwaltungsrates wird vom Gesamtverwaltungsrat festgelegt und vollständig publiziert. Der Verwaltungsrat partizipiert im Rahmen des Entschädigungsmodells am Gewinn oder Verlust der Bank.
8. Die Vergütungen der Geschäftsleitung werden vom Entschädigungsausschuss festgelegt, dem keine Geschäftsleitungsmitglieder angehören. Die höchste Gesamtentschädigung beträgt maximal das Zwanzigfache der tiefsten Gesamtentschädigung.
9. Die BEKB | BCBE bezahlt keine Abgangsentschädigungen.
10. Nebst den gemäss Entschädigungsmodell des Verwaltungsrates entrichteten Zahlungen werden keine weiteren Entschädigungen oder Beratungshonorare geleistet.

Mit der zeitgemässen Rechtsform und den Corporate-Governance-Richtlinien schufen der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung der BEKB | BCBE die Grundlage für eine klar definierte Führung der Bank.

Stärkung von Ertragskraft und Eigenmitteln, Risikopolitik

Die neue, langfristig ausgerichtete Geschäftsstrategie mit dem Fokus auf das Privat- und Firmenkundengeschäft und die Vermögensberatung, der klar definierte Leistungsauftrag und die rasche Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse aus den Produktivitäts- und Ertragssteigerungsanalysen brachten die BEKB | BCBE auf nachhaltigen Erfolgskurs. Auch ohne Personalentlassungen gelang es der Bankleitung ab 1992, die Aufwandseite zu optimieren und die Kosten im Griff zu halten.



Ab 1993 wies die BEKB | BCBE Jahr für Jahr steigende Betriebsergebnisse aus. Das Wiedererlangen der Ertragskraft gestattete der BEKB | BCBE, die Eigenmittel laufend zu stärken. Sie war damit in der Lage, ihr künftiges Wachstum aus eigener Kraft zu finanzieren. Angesichts des kontinuierlich aufgebauten soliden Fundaments sowie der Ertrags- und Vermögenssituation der BEKB | BCBE beantragte der Bankrat im Jahre 1996 beim Regierungsrat zuhänden des Grossen Rates die Wiederaufnahme der Gewinnausschüttung. Für das Geschäftsjahr 2009 konnte zum dreizehnten Mal in Folge eine erhöhte Dividende ausgeschüttet werden.

Die BEKB | BCBE orientiert ihr Handeln an den folgenden risikopolitischen Grundsätzen. Die Strategie, der Unternehmensauftrag und die Geschäftspolitik setzen dabei den Rahmen. Die auf Eigenverantwortung basierte Unternehmenskultur der BEKB | BCBE bestimmt das menschliche Verhalten in jeder Funktion. Damit bildet die Unternehmenskultur eine wesentliche Grundlage für das Gesamtrisikomanagement sowie die interne Kontrolle und Überwachung.

Die BEKB | BCBE verfolgt eine Low-Risk-Strategie, die mit folgenden risikopolitischen Grundsätzen unterstrichen wird:

- Die BEKB | BCBE verfügt als privatrechtliche Aktiengesellschaft über klare Verantwortlichkeiten nach Aktienrecht und über einen unabhängigen Verwaltungsrat. Sie leistet mit einer erfolgreichen Unternehmensführung unter professioneller Aufsicht ihren Beitrag zur eigenständigen Entwicklung des Kantons und seiner Lebensgrundlagen. Die Strategie der BEKB | BCBE konzentriert sich auf zwei Kerngeschäftsfelder: das Geschäft mit Privaten und Firmenkunden (insbesondere kleine und mittlere Unternehmen) sowie die Vermögensberatung für private und institutionelle Kunden. Der Eigenhandel in Wertschriften und derivativen Finanzinstrumenten ist auf 30 Millionen Franken limitiert und fällt unter die De-Minimis-Regel für Aktien und Zinsinstrumente gemäss Art. 71 der Verordnung über die Eigenmittel und Risikoverteilung für Banken und Effekthändler.
- Aufgrund ihrer Geschäftspolitik hat sich die BEKB | BCBE als inlandorientierte Bank ein langfristiges Renditeziel von 4 Prozent über einer risikofreien Anlage (Bundesobligationen) gesetzt. Dieses Renditeziel entspricht und erlaubt die Führung einer anspruchsvollen Low-Risk-Strategie.
- Die BEKB | BCBE führt ein Kreditportefeuille, dessen Risiken sie mit ihrer Ertragskraft tragen kann. Die Gewährung neuer Kredite richtet sich nach der Rückzahlung bestehender Vorschüsse, dem Zufluss von Kundengeldern (Spareinlagen, Kassenobligationen, Kreditoren) und der Aufnahme von Pfandbriefdarlehen. Das Kreditportefeuille muss durch die Kundengelder und Pfandbriefdarlehen gedeckt sein. Die Risiken stehen im Einklang mit dem Ertrag und den vorhandenen Eigenmitteln.
- Das Ziel-Eigenkapital (derzeit 1 Milliarde Franken) beträgt rund 120 Prozent der gesetzlich erforderlichen Eigenmittel. Zusätzlich verfügt die BEKB | BCBE über Reserven für allgemeine Bankrisiken zur Deckung von allgemeinen strategischen Risiken wie politischen Risiken, Regulierungsrisiken, operationellen Risiken, Marktrisiken, Reputationsrisiken und Goodwill-Abschreibungen.
- Zur Beschränkung der Risiken im Bilanz- und Ausserbilanzgeschäft bestehen Belehnungsnormen und ein Limitensystem. Dieses

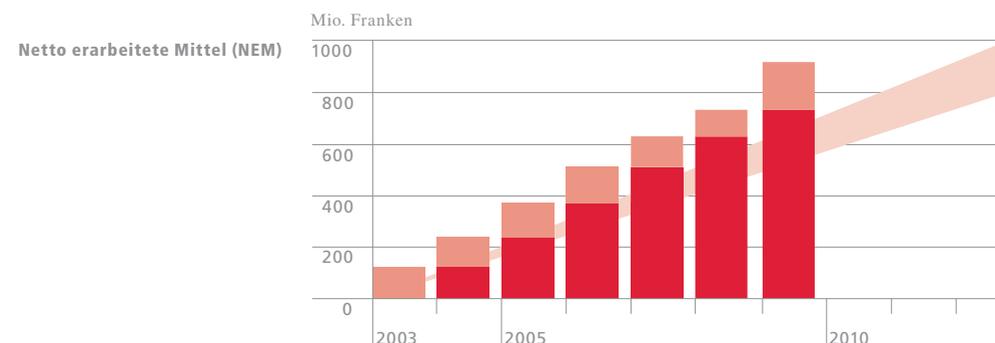
basiert auf der Aussetzung von Limiten aufgrund des Gesamtengagements der Gegenparteien, des Gesamtengagements in Branchen und Ländern sowie für das Gesamtvolumen von ausgewählten Produkten.

- Die Liquidität wird in Form von Geldmarktbuchforderungen bei der Eidgenossenschaft, Anlagen auf Repo-Basis sowie in Liquiditätsdepots in den Finanzanlagen sicher angelegt. Für das gesamte ungesicherte Engagement bei Banken sowie für Repo-Anlagen mit Gegenpartei und Collateral Bank sind Zielgrössen festgelegt.

Fokussierung auf Wertschöpfung als langfristiges Ziel

Die finanzielle Zielsetzung der Bankleitung ist nicht von kurzfristigen Gewinnüberlegungen geprägt. Vielmehr basiert sie auf der Vorstellung, langfristig Mehrwert zu erarbeiten.

Die BEKB | BCBE erwirtschaftete in der Zeitdauer von 1993 bis 2002 netto erarbeitete Mittel in der Höhe von 1,221 Milliarden Franken. Ein Drittel der erarbeiteten Mittel wurde in der erwähnten Zeitspanne an die Aktionärinnen und Aktionäre ausgeschüttet. Zwei Drittel wurden für die Stärkung der Eigenmittel und der Entwicklung der BEKB | BCBE verwendet.



Nach der erfolgreichen ersten Zehnjahresperiode setzte sich die Bankleitung für die Geschäftsjahre 2003 bis 2012 erneut das Ziel, netto erarbeitete Mittel im Umfang von 800 Millionen bis 1 Milliarde Franken zu erwirtschaften. Die eine Hälfte fliesst in Form von Dividenden, Nennwertrückzahlungen oder Bezugsrechten an die Aktionärinnen und Aktionäre, die andere Hälfte wird für die Entwicklung der BEKB | BCBE verwendet. Ende 2009, nach sieben Jahren, liegen die NEM über dem Zielpfad.

Damit auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Erfolg der BEKB | BCBE partizipieren können, präziserte die BEKB | BCBE im Jahre 2003 die Bedingungen eines erstmals für die Zehnjahresperiode 1993 bis 2002 angewendeten Entschädigungsmodells. Das in Ergänzung zum Basissalar dreistufige, variable Entschädigungsmodell besteht aus einer Nachhaltigkeitsprämie für alle Mitarbeitenden bei Erreichen des Zehnjahreszieles, einer Aktienbeteiligung für alle Mitarbeitenden und einer jährlichen variablen Entschädigung für rund einen Viertel der Mitarbeitenden.

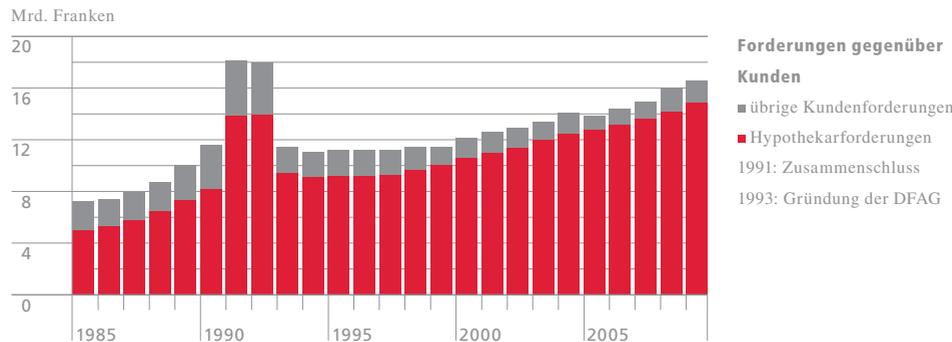
Zwei Kerngeschäftsfelder: Private und Firmenkunden, Vermögensberatung

Die erfolgreiche Strategie der BEKB | BCBE konzentriert sich seit der Neupositionierung der Bank auf zwei Kerngeschäftsfelder:

- Das Geschäft mit Privaten und Firmenkunden, insbesondere mit kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), sowie
- die Vermögensberatung für private und institutionelle Kunden.

Geschäft mit Privaten und Firmenkunden

Im Kreditgeschäft fördert die BEKB | BCBE, entsprechend der 1992 definierten Kreditpolitik, in erster Linie Engagements bei Privaten sowie kleinen und mittleren Unternehmen. Sie strebt ein breit diversifiziertes Kreditportefeuille an. Der Anteil an Hypotheken, festen Vorschüssen und Darlehen bis zu einer Million Franken erhöhte sich, gemessen am Total der Ausleihungen, von 69,3 Prozent im Jahre 1993 kontinuierlich auf 86,5 Prozent Ende 2009. Der Anteil an Engagements von über 30 Millionen Franken wurde sukzessive reduziert und macht Ende 2009 weniger als 5 Prozent der gesamten Ausleihungen aus.



Nicht nur Banken, sondern auch die Kunden haben das Bedürfnis, ihre finanziellen Risiken begrenzen zu können. Als erste Bank in der Schweiz lancierte die BEKB | BCBE im Oktober 2005 eine Hypothek mit integriertem Lohnausfallschutz. Damit können sich Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer gegen finanzielle Folgen, bedingt durch Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit, absichern.

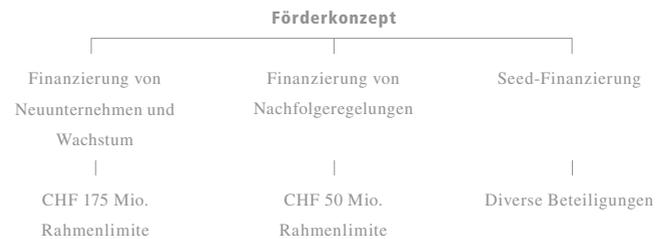


Förderkonzept für Klein- und Mittelbetriebe

Die BEKB | BCBE schuf im Rahmen der Neuausrichtung der Kreditpolitik ein auf drei Säulen beruhendes Förderkonzept für Neuunternehmen und innovative Klein- und Mittelbetriebe (KMU):

- 1. Säule: Finanzierung von Neuunternehmen und Wachstum kleinerer Betriebe
- 2. Säule: Finanzierung von Nachfolgeregelungen
- 3. Säule: Seed-Finanzierungen

Dreisäulenkonzept der BEKB | BCBE



Mit der ersten Säule finanziert die BEKB | BCBE Neuunternehmen und innovative Betriebe mit Erfolg versprechenden Wachstumsmöglichkeiten. Die dafür vorgesehene Rahmenlimite wurde seit Einführung des Konzepts in mehreren Schritten erhöht. Sie liegt Ende 2009 bei 175 Millionen Franken. Die gewährten Kredite liegen zwischen zehntausend und einigen Millionen Franken, verteilt auf das gesamte Geschäftsgebiet der BEKB | BCBE.

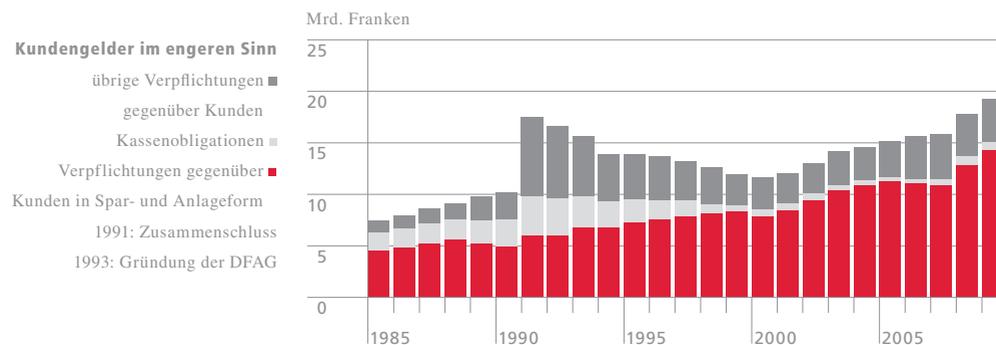
Die BEKB | BCBE stellt für die Finanzierung von Nachfolgeregelungen in der zweiten Säule eine Rahmenlimite von 50 Millionen Franken bereit. Im Marktgebiet der BEKB | BCBE befinden sich rund 45000 KMU. Jedes Jahr stellt sich bei etwa 1500 Betrieben die Frage der Nachfolgeregelung. Oft kann ein Unternehmen der nächsten Generation übergeben werden. Damit bleibt es in der Familie. Als weitere Möglichkeiten bieten sich ein Management-Buy-out der Unternehmensleitung oder eine Geschäftsübernahme durch Aussenstehende. In allen Fällen stellt die BEKB | BCBE Instrumente für die Nachfolgefiananzierung zur Verfügung.

Die dritte Säule des Förderkonzepts umfasst das Engagement für sogenannte Seed-Finanzierungen: die Finanzierung von Gründungen und der Entwicklung von innovativen KMU. Zu diesem Zweck ist die BEKB | BCBE verschiedene Partnerschaften eingegangen:

- 2005 gründete die BEKB | BCBE zusammen mit der Hochschule für Technik und Informatik (HTI) in Biel die Stiftung für technologische Innovationen (STI). Absolventen, wissenschaftliche Mitarbeitende sowie Dozierende der Berner Fachhochschule werden zur Gründung von Spin-off-Unternehmen ermutigt und entsprechend gefördert. Die erfolgreichen Unternehmen aus diesem Engagement für technologische Innovationen leisten einen wichtigen Beitrag zum qualitativen wirtschaftlichen Wachstum im Espace Mittelland.
- Eine zweite Partnerschaft ging die BEKB | BCBE im Bereich von Biomedizin, Biotechnologie, Medizinaltechnik und Diagnostik ein. Etablierte KMU, die sich in einer Expansionsphase befinden, haben oftmals Finanzierungslücken. Dieses Bedürfnis deckt die BioMedCredit AG ab.
- Eine dritte Partnerschaft besteht seit 1998 mit der CGS Management und Beteiligungs AG. Sie engagiert sich in industriell tätigen KMU mit guten Marktchancen. 2007 baute die BEKB | BCBE ihr Förderkonzept mit der Errichtung einer Stiftung zur Stärkung von Branchenclustern aus. Die Stiftung gründete die AM-Tec Kredit AG, welche die vielen kleinen und hoch spezialisierten Unternehmen auf den Gebieten von Fördertechnik, Robotik, Steuerungstechnik, Feinmechanik und Oberflächenveredelung im Espace Mittelland unterstützt.

Solide Refinanzierung durch Kundengelder

Seit der Neuausrichtung der Kreditpolitik richtet sich der Umfang der Gewährung neuer Kredite nach dem Zufluss der Kundengelder und der Rückzahlung von bestehenden Krediten. Dieser in den vergangenen Jahren konsequent angewandte Grundsatz brachte die BEKB | BCBE in die komfortable Lage, über ein solides Fundament und eine gesunde Refinanzierung zu verfügen. Die Kundenausleihungen sind seit 2002 vollständig durch Kundengelder im engeren Sinne (Spareinlagen, Kassenobligationen und übrige Verpflichtungen gegenüber Kunden) finanziert. Sie erreichen Ende 2009 16,6 Milliarden Franken. Allein die Spareinlagen betragen über 70 Prozent der Kundengelder im engeren Sinne. Die BEKB | BCBE führt für ihre Kundinnen und Kunden rund 766 000 Sparhefte und -konti sowie über 47 000 Aktionärs-Sparkonti.



Vermögensberatung für private und institutionelle Kunden

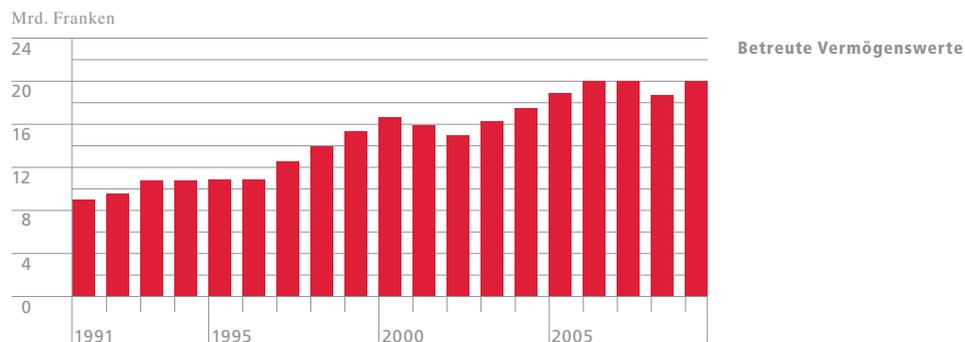
Das zweite Kerngeschäftsfeld der BEKB | BCBE – die Vermögensberatung – umfasst die Beratung und Betreuung der privaten Anlagekundinnen und -kunden sowie das Geschäft mit den institutionellen Anlegern, das seit Anfang der 1990er-Jahre kontinuierlich ausgebaut wurde. Seit dem 1. Januar 1993 verdoppelten sich die betreuten Kundenvermögen bis Ende 2009 von 9,6 auf 20,3 Milliarden Franken.

Im Private Banking wurden die Teams gut ausgebildeter Kundenberaterinnen und Kundenberater entsprechend dem positiven Geschäftsverlauf laufend verstärkt. 2009 standen der in- und ausländischen Kundschaft 70 Vermögensberaterinnen und -berater für Anlagefragen zur Verfügung, die dank einer kontinuierlichen Weiterbildung über ein hohes Fach- und Verkaufswissen verfügen, das regelmässig mittels interner Checks überprüft wird. Im Auftrag des Schweizer Wirtschaftsmagazins «Bilanz» prüfte im Oktober 2009 eine unabhängige Jury die Anlage- und Vermögensberatung verschiedener Schweizer Banken in den Kategorien Privatbanken, Universalbanken National und Universalbanken Regional. Ende Februar 2010 wurden die Bewertungen und Ranglisten des Private-Banking-Ratings 2010 publiziert. Die BEKB | BCBE belegte in ihrer Kategorie den ersten Platz und schwang auch in der Gesamtwertung obenauf. Dies ist kein Zufall, sondern bestätigt nach dem zweiten Rang im Vorjahr die professionelle Art und Weise der Beratungsleistung unserer Vermögensberaterinnen und -berater. Darüber hinaus stehen den Kundinnen und Kunden spezialisierte Finanzberatungsteams zur Verfügung, die Fragestellungen auf dem Gebiet der Finanz-, Steuer- und Pensionierungsplanung, der Nach-



folgeregelung und der Vorsorgeberatung bearbeiten, massgeschneiderte Lösungen erarbeiten und den Kundenwünschen entsprechend umsetzen.

Parallel zum Auf- und Ausbau des Private Banking wurde die Vermögensverwaltung für institutionelle Anleger und private Anlagekundinnen und -kunden weiter professionalisiert. Seit 2007 erfüllt das Asset Management der BEKB | BCBE sowohl für die institutionelle als auch für die private Kundschaft die Global Investment Performance Standards (GIPS). Investoren legen Wert auf diese Zertifizierung, weil nur die unter diesen Standards ausgewiesenen Performances miteinander vergleichbar sind. Die Anzahl der Vermögensverwaltungsmandate konnte kontinuierlich erhöht werden. Die betreuten Mandate stiegen von 1,7 Milliarden Franken im Jahre 1996 auf 4,4 Milliarden Franken Ende 2009.



Einziges Handelszentrum im Wirtschaftsraum

Als 1988 die Swiss Options and Financial Futures Exchange (SOFFEX) mit Sitz in Zürich ihren Betrieb aufnahm, war die Kantonalbank von Bern als Broker und Clearing Member von Beginn weg an der neuen Börse beteiligt. Die SOFFEX wurde später in die Eurex (European Exchange) überführt, an der die BEKB | BCBE als Vollmitglied nicht nur Aufträge für ihre Kundinnen und Kunden, sondern auch für Drittbanken ausführt. Auf der Grundlage der SOFFEX-Plattform entwickelten die Mitglieder der Basler, Genfer und Zürcher Börse die Elektronische Börse Schweiz (EBS), an die die BEKB | BCBE seit März 1997 angeschlossen ist. Die EBS ist die Vorläuferin der Schweizer Börse SIX Swiss Exchange.

Die BEKB | BCBE war, was die Entwicklung von Anschlusssystemen zu elektronischen Handelsplattformen anbelangt, stets bei den Ersten im Lande. Damit hatte sie gegenüber anderen mittelgrossen Banken im Bereich der Abwicklung von Börsengeschäften einen Wettbewerbsvorteil.

Mit der Einführung der EBS verschwanden die regionalen Börsen. Einzig die Berner Börse konnte sich im Markt halten, indem sie eine eigene elektronische Handelsplattform entwickelte, die sie seit 2002 unter dem Namen BX Berne eXchange betreibt.

Im Februar 2004 lancierte die BEKB | BCBE die elektronische Over-the-Counter-Handelsplattform OTC-X für nichtkотиerte Schweizer Aktien, die auf der bewährten Technologie der Berner Börse basiert. In Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule HSW entwickelte die BEKB | BCBE für diese Aktienkategorie eine Indexfamilie mit mittlerweile dreizehn Aktienindizes, die über trade-net.ch abrufbar sind. Da seit 2005 auch die Valiant Bank ihre Transaktionen mit Aktien nichtkotierter Gesellschaften über die elektronische Handelsplattform der BEKB | BCBE abwickelt, werden über diese Handelsplattform Aktien von rund 330 kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gehandelt, was die Transparenz und die Liquidität in diesem Segment verbessert.

Im November 2009 lancierte die BEKB | BCBE, in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Umwelt BAFU, den Handel von CO₂-Emissionsrechten auf der Handelsplattform für nichtkотиerte Nebenwerte OTC-X.



Kundennähe und Vertriebswege

Gelebte Kundennähe mit hoher Servicequalität und Kompetenz

Im Auftrag der BEKB | BCBE führt das Marktforschungsunternehmen DemoSCOPE AG seit 1997 regelmässig repräsentative Marktumfragen durch. 2008 zählen sich rund ein Drittel der Bevölkerung des Kantons Bern und 6 Prozent der Solothurnerinnen und Solothurner zur Kundschaft der BEKB | BCBE. Für fast 20 Prozent der Bernerinnen und Berner ist sie die Hauptbank. Über ein Viertel der KMU stehen in geschäftlicher Verbindung mit der BEKB | BCBE.

Grundlage für die Verbundenheit mit den über 500 000 Kundinnen und Kunden ist das dichte Niederlassungsnetz. Entscheide werden im Rahmen klarer Grundsätze möglichst nahe bei den Kundinnen und Kunden gefällt. So werden über 95 Prozent aller Kreditgesuche vor Ort behandelt.

Eine kundenfreundliche Bank zeichnet sich durch einen schnellen, kompetenten und zuvorkommenden Service aus. 1989 lancierte die BEKB | BCBE das Projekt «Speed» mit dem Ziel, Arbeitsabläufe in den Bereichen Privat- und Firmenkundengeschäft zu vereinfachen und zu beschleunigen. Als erste grössere Schweizer Bank erhielt sie Ende 2002 das ISO-Zertifikat 9001:2000 für sämtliche Prozesse, Bereiche und Niederlassungen. Mit der Zertifizierung und der regelmässigen Erneuerung dokumentiert die BEKB | BCBE die hohe Qualität ihrer Dienstleistungsstandards.

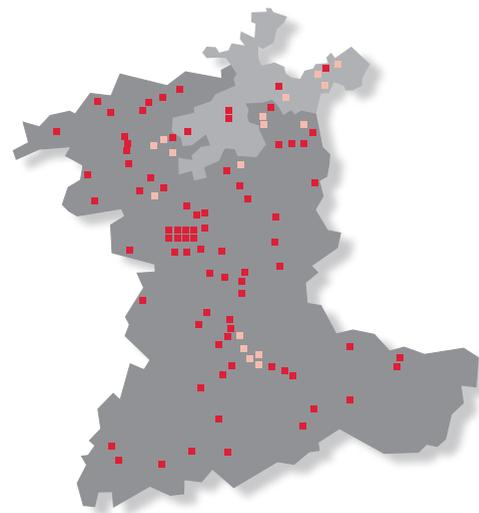
Die Servicequalität und die gelebte Unternehmenskultur, die auf örtlicher Nähe und kultureller Verbundenheit im Denken und Handeln sowie auf Freundlichkeit und Verlässlichkeit beruht, bilden die Basis für eine hohe Kundenzufriedenheit. Eine offene Kommunikation und Eigenverantwortung im Sinne von «Ich bin zuständig» und die «Ja gärn!»-Haltung charakterisieren die seit 1994 gelebten Werte der BEKB | BCBE.

Grosser Beliebtheit bei der Kundschaft erfreuen sich die seit Jahren von der BEKB | BCBE organisierten Familientage. Gross und Klein treffen sich zu Spiel, Unterhaltung und kulinarischen Genüssen. Alljährlich nehmen rund 100 000 Personen an den verschiedensten Veranstaltungen der BEKB | BCBE teil.

Einfluss von politischen und wirtschaftlichen Veränderungen auf das Geschäftsgebiet

Mit dem Übergang des Laufentals zum Kanton Baselland trat die BEKB | BCBE per 1. Januar 1994 die Niederlassungen in Laufen und Grellingen an die Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB) ab. Sowohl die Kundinnen und Kunden als auch das Personal hatten die Wahl, entweder bei der BEKB | BCBE zu bleiben oder zur BLKB zu wechseln. Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung wurde zwischen den beiden Kantonen geregelt.

Nach dem Verkauf der Solothurner Kantonalbank an den Schweizerischen Bankverein im Jahre 1994 dehnte die BEKB | BCBE Anfang 1995 den Geschäftsrayon auf den mit dem Kanton Bern verbundenen Wirtschaftsraum bis zum Jurasüdfuss aus. 1999 eröffnete die BEKB | BCBE den ersten ausserkantonalen Standort: An der Hauptgasse 14 in Solothurn nahm ein Private-Banking-Team seine Tätigkeit auf. In den folgenden Jahren eröffnete die BEKB | BCBE weitere Niederlassungen im Kanton Solothurn. Ende 2009 bieten 34 mit den lokalen Verhältnissen vertraute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an neun Standorten im Kanton Solothurn die Dienstleistungen der BEKB | BCBE an.



Niederlassungsnetz

Kanton Bern

- Niederlassungen
- Mobile Bankstellen

Kanton Solothurn

- Niederlassungen
- Mobile Bankstellen



Attraktive Vertriebswege

Den Kundinnen und Kunden stehen drei Wege zur BEKB | BCBE offen: Niederlassungen und Begegnungszentren, mobile Bankstellen (Standorte) und die Cyberbank.

Die BEKB | BCBE ist im Jahre 2009 mit 77 Niederlassungen in allen Regionen des Kantons Bern und im Kanton Solothurn tätig. Das Kreditgeschäft ist geografisch auf das Kantonsgebiet und den angrenzenden Wirtschaftsraum im Espace Mittelland sowie auf Kundinnen und Kunden ausserhalb des Kantons mit Bezug zum Kanton Bern ausgerichtet. Die Dienstleistungen rund um die Vermögensberatung und die Vermögensverwaltung sowie jene der Cyberbank werden in- und ausländischen Kundinnen und Kunden angeboten.

Ende 2009 bedient die BEKB | BCBE an 16 Standorten im Berner Seeland, im Oberaargau, am rechten Thunerseeufer und in der Region Thal/Gäu im Kanton Solothurn ihre Kundinnen und Kunden mit mobilen Bankstellen. Die für schweizerische Verhältnisse innovative Idee einer Marktbearbeitung mit mobilen Banken geht auf das Jahr 1994 zurück, als nach der Fusion von acht Regionalbanken in die Seelandbank und nach deren späteren Übernahme durch eine Schweizer Grossbank die Chance zur Nutzung eines neuen Vertriebsweges rasch realisiert werden konnte. Die BEKB | BCBE eröffnete mobile Bankstellen in Ins, Büren an der Aare und Wangen an der Aare. Damit konnte sie in diesen Regionen die Nähe zur Kundschaft durch eine persönliche Kundenbetreuung vor Ort verstärken.

Als dritten Vertriebsweg lancierte die BEKB | BCBE im Jahre 1997 im Internet die Cyberbank.

Internet

Seit Herbst 1996 ist die BEKB | BCBE unter www.bekb.ch mit einer eigenen, in drei Sprachen gehaltenen Homepage im Internet präsent. 1997 wurden mit BEKB | BCBE net eine eigenständige, über Internet erreichbare Direktbank ohne Schalter und ein während 24 Stunden virtuell zugänglicher Vertriebsweg eröffnet. Diese neue elektronische Bank, kurz Cyberbank genannt, war eine der ersten Banken dieser Art in der Schweiz. Ein Team mit sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bot Dienstleistungen via Telefon, Fax, Internet oder auf dem Postweg zu günstigen und transparenten Nettopreisen an.

Das Dienstleistungsangebot der Cyberbank wurde kontinuierlich erweitert. Mitte März 2000 lancierte die BEKB | BCBE trade-net.ch, eine Plattform, über die Anlegerinnen und Anleger an den wichtigsten Börsenplätzen der Welt selber online Wertpapiere zu attraktiven Konditionen handeln können. Über das Portal können SIX-Realtime-Börsenkurse abgefragt und auf personalisierten Homepages virtuelle Portfolios zusammengestellt werden. Ein automatisches Kontomanagement und ein Fonds-Investment-Modul ergänzen das Angebot. Ebenso können die Kundinnen und Kunden über diese Plattform ungeachtet der Banköffnungszeiten ihren Zahlungsverkehr abwickeln.

Seit September 2001 bietet die BEKB | BCBE mit money-net.ch eine innovative Lösung für die Budgetplanung und Haushaltsführung an. Diese Dienstleistung wurde in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Schweizer Budgetberatungsstellen entwickelt. Auf dem Internetportal können Kundinnen und Kunden nebst der Abwicklung der Bankgeschäfte ihr persönliches Budget planen, für einzelne Budgetpositionen individuelle Konten eröffnen und eine einfache Buchhaltung führen. Seit März 2005 bietet die BEKB | BCBE Privatdarlehen ausschliesslich über money-net.ch an.

Für die Versicherungsgruppe Die Mobiliar entwickelte money-net.ch das Familienpaket family-net.ch, das eine Familienhypothek, ein Hauskonto, eine Hausratversicherung sowie einen Steuerservice beinhaltet. Diese Dienstleistung wurde Ende 2006 erfolgreich im Markt eingeführt und im Jahre 2009 in ausgewählten Agenturen der Mobiliar an 22 Standorten in der Schweiz vertrieben.

trade-net.ch



money-net.ch



family-net.ch



immo-net.ch



Im März 2009 lancierte die BEKB | BCBE im Weiteren die Internet-Immobilienplattform immo-net.ch, einen für Anbieter und Interessierte kostenlosen Immobilienmarktplatz. Dank der Zusammenarbeit von 15 Kantonalbanken deckt der Immobilienmarktplatz geografisch ein grosses Gebiet der Schweiz ab.

RTC Real-Time Center AG

Die Kantonalbank von Bern führte bereits 1963 die elektronische Datenverarbeitung (EDV) ein, wobei diese, wie damals üblich, im Stapelverfahren (Batch) erfolgte. Da sich das Batch-System längerfristig für den Bankbetrieb als zu wenig leistungsfähig erwies, entschloss sich die Bankleitung im Jahre 1971, eine neue Computeranlage zu evaluieren, die Daten in Echtzeit (real-time) verarbeiten konnte. Weil andere Kantonalbanken und die Bernischen Kraftwerke (BKW FMB AG) vor derselben Herausforderung standen, gründeten die Kantonalbank von Bern (45,7 Prozent Anteil am Aktienkapital), die Aargauische Kantonalbank (17,0 Prozent), die Basler Kantonalbank (11,8 Prozent), die Hypothekarkasse des Kantons Bern (9,2 Prozent) und die BKW FMB AG (16,3 Prozent) am 18. Juni 1973 die RTC Real-Time Center AG. Der Zweck von RTC war es, ein Rechenzentrum für Aktionäre und Dritte zu betreiben, Aufträge auf allen Gebieten der elektronischen Datenverarbeitung zu übernehmen und Beratungen im Bereich Banken und Kraftwerksunternehmen anzubieten. So entstand die Bankenplattform IBIS® (Integriertes Bankeninformationssystem) für Universal-, Retail- und Vermögensverwaltungsbanken, welche RTC nicht nur entwickelte, sondern auch für interessierte Kundenbanken betrieb.

Mit dem Bezug des Betriebsgebäudes im Egghölzli konnte der EDV-Dienstleister 1975 die bis anhin auf verschiedene Standorte verteilten Tätigkeiten zentralisieren. 1995 zog RTC in das grössere, neu erstellte Betriebsgebäude im Liebefeld um. Im Laufe der Zeit kamen weitere Dienstleistungsbezieher zum Kundenstamm hinzu: die Banque Cantonale du Jura, die Migros Bank, die Basellandschaftliche Kantonalbank, die Bundessparkasse und die Verwaltung des Kantons Bern. Mit der RBA-Service AG, der Nachfolgerin der Birag AG, wurde 1996 ein Kooperationsvertrag auf dem Gebiet der Softwareentwicklung abgeschlossen. Dank hoher Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit und Systemverfügbarkeit entwickelte sich RTC zu einem erfolgreichen Anbieter von Gesamtdienstleistungen im Bereich der Bankensoftware.

Die Produkte- und Dienstleistungsentwicklungen, aber auch die Anforderungen der Kunden an die Banken stiegen Jahr für Jahr, was dazu führte, dass mit der Zeit die herkömmlichen hierarchischen Programmstrukturen und Applikationen sowie die bis anhin benutzten Programmiersprachen für die Weiterentwicklung und die



Wartung der Software hinderlich waren. Darum entschieden die verantwortlichen Gremien von RTC im Jahre 2000, IBIS® in einem mehrere Jahre dauernden Projekt (IBISmove) weiterzuentwickeln. Obwohl sich verschiedene Banken noch während der Projektphase zum Austritt aus RTC und damit zu einem Wechsel ihrer Bankensoftware entschieden hatten, wurde das Projekt unter der bankfachlichen Führung der BEKB | BCBE planmässig weitergeführt.

Im Frühjahr 2009 nahm RTC die neue Banking Software IBIS3G® in Betrieb. Die auf der Programmiersprache Java basierende Bankensoftware der dritten Generation wurde technologisch und funktional von Grund auf neu entwickelt und erfolgreich implementiert. Die offene und serviceorientierte Architektur, welche die operativen, analytischen und bewertenden Systeme konsequent trennt, stellte RTC auf drei Standbeine: die Entwicklung von IBIS®-Programmen, den Betrieb des Rechenzentrums und das Application Management. Damit setzt RTC den Weg zum Profit- und Dienstleistungszentrum fort, was der langfristigen und nachhaltigen Ausrichtung der BEKB | BCBE entspricht. Für die Sicherstellung eines stabilen und kostengünstigen Betriebs, für die Weiterentwicklung der Applikationslandschaft IBIS3G®, für das Angebot von attraktiven Arbeitsplätzen im bernischen Wirtschafts- und Lebensraum und für die Nutzung der wachsenden Nachfrage nach Servicedienstleistungen wurde mit Hewlett-Packard (HP) ein starker Partner gewählt. HP übernahm im Frühjahr 2010 die Gesamtverantwortung für die Weiterentwicklung von IBIS3G® und den Betrieb der IT-Anlagen.

Entris Operations AG

Die RBA-Holding (RBA) und die BEKB | BCBE beschlossen im Mai 2007, ausgewählte Verarbeitungsprozesse in eine gemeinsame Produktionsgesellschaft auszulagern. Zu diesem Zweck legten sie ihre Wertschriftenverwaltung und ihren Zahlungsverkehr zusammen und brachten die entsprechenden Mitarbeitenden und Infrastrukturen in eine für die Schweiz neuartige gemeinsame Produktionsgesellschaft unter dem Namen Entris AG mit Sitz in Gümligen ein. In diesem Joint Venture, welches auch Dritten offensteht, wurde die Produktion von rund 50 Banken mit einer Bilanzsumme von etwa 60 Milliarden Franken und einem Depotvolumen von rund 50 Milliarden Franken sowie jährlich 50 Millionen Zahlungsverkehrstransaktionen gebündelt.

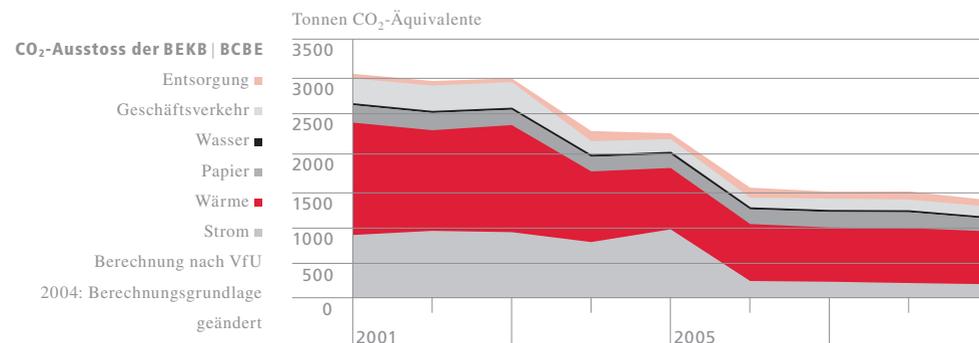
Die Vision der beiden zu je 50 Prozent am gemeinsamen Unternehmen beteiligten Institutionen basiert auf der Idee des Aufbrechens der Wertschöpfungskette zwischen Beratung/Verkauf einerseits und der Verarbeitung andererseits. Die Auslagerung der Unterstützungsprozesse wie Informatik und Abwicklung ermöglicht es den Banken, sich auf das Gewinnen von neuen Kunden und die Pflege der bestehenden Kundenbeziehungen zu konzentrieren. Die Professionalisierung der nachgelagerten Verarbeitung und die Vereinheitlichung der Prozesse in Verbindung mit volumenbedingten höheren Skaleneffekten sollen innert vier Jahren nach der Inbetriebnahme zu Kosteneinsparungen im Bereich der Produktion von rund 20 Prozent führen.

Im Dezember 2007, sechs Monate nach der Gründung der Gesellschaft, nahm die Entris AG (später Entris Operations AG) mit 200 Mitarbeitenden ihre operative Tätigkeit auf. Sie war die erste bankübergreifende operative Verarbeitungsplattform in den Bereichen Wertschriftenverwaltung und Zahlungsverkehr in der Schweiz.

Nachhaltige Produktion

Als erste Kantonalbank formulierte die BEKB | BCBE Ende 2007 ein eigenständiges Nachhaltigkeitsleitbild für die Jahre 2008–2011. Dies war das Ergebnis einer kontinuierlichen Weiterentwicklung des Umweltengagements: vom Energieleitbild 1997–2000 über das Umweltleitbild Betriebsökologie 2001–2004 zum Umweltleitbild 2004–2007. In das neue Nachhaltigkeitsleitbild wurden auch Aspekte und Zielsetzungen bezüglich der Verantwortung der Bank gegenüber den Mitarbeitenden und der Gesellschaft aufgenommen.

Im November 2004 unterzog die externe Zertifizierungsstelle BVQI (Bureau Veritas Quality International) das Umweltmanagement der BEKB | BCBE einer umfassenden Prüfung und zertifizierte dieses nach der ISO-Norm 14001. Im Jahre 2008 erfolgte die Rezertifizierung durch die SQS (Schweizerische Vereinigung für Qualitäts- und Managementsysteme).



Die 2004 von einer Bankengruppe mit der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) eingegangene Zielvereinbarung, die CO₂-Emissionen bis ins Jahr 2010 um 10 Prozent zu reduzieren, hatte die BEKB | BCBE bereits 2006 erreicht beziehungsweise übertroffen. Über die Zielerreichung hinaus führte die BEKB | BCBE ihr Engagement für einen weiteren Abbau der CO₂-Emissionen durch die Umsetzung der geplanten Massnahmen in Bezug auf Strom- und Wasserverbrauch, Mobilität/Verkehr, Papierverbrauch, Entsorgung und emittierte Treibhausgase zielstrebig weiter. So orientierte sie sich bei Renovationsprojekten oder Neubauten an den Minergie-Standards und setzte innovative Lösungen um. Beispielsweise kann-

te im Jahre 2006 bei der Sanierung des Bankgebäudes in Thun die Energieeffizienz durch den Einsatz einer hochwertigen Isolation und von Sonnenkollektoren auf dem Dach, in Kombination mit einer Absorberanlage, erheblich gesteigert werden. Für die innovative und wegweisende Nutzung der Solarenergie zur Kühlung des Gebäudes wurde die BEKB | BCBE von der Solar Agentur Schweiz ausgezeichnet. Seither wurden weitere Niederlassungen mit dem Ziel des Erreichens einer besseren energetischen Effizienz saniert.



Die BEKB | BCBE will über das Jahr 2009 hinaus die Treibhausgasemissionen und die direkte und indirekte Umweltbelastung weiter reduzieren. Mit einer jährlichen Ökobilanz legt sie Rechenschaft über ihre ökologischen Leistungen ab. Dabei richtet sie sich am Branchenstandard «VfU-Kennzahlen» (Verein für Umweltmanagement in Banken, Sparkassen und Versicherungen) und am Greenhouse Gas Protocol aus. Die BEKB | BCBE setzte sich die CO₂-Neutralität im eigenen Wirtschafts- und Lebensraum zum Ziel.

Wichtige Arbeitgeberin und Ausbildungsbank

Die BEKB | BCBE ist in allen Regionen des Kantons Bern und in weiten Teilen des Kantons Solothurn mit Niederlassungen vertreten. Ende 2009 beschäftigt die Bank 1426 Mitarbeitende (teilzeitbereinigt 1193 Personen). Sie ist eine wichtige und attraktive Arbeitgeberin im Espace Mittelland. Viele Mitarbeitende profitieren von einem Arbeitsplatz in der Nähe ihres Wohnortes. Die Altersstruktur der Mitarbeitenden zeigt eine gleichmässige Verteilung über alle Altersgruppen und ein ausgewogenes Verhältnis von Erfahrung und neuen Impulsen durch Nachwuchskräfte und Neuanstellungen.

Altersstruktur der
BEBK | BCBE-Mitarbeitenden
(2009)

| Altersklassen | Anteil der Mitarbeitenden |
|-------------------|---------------------------|
| Bis 19-jährig | 3 Prozent |
| 20- bis 29-jährig | 22 Prozent |
| 30- bis 39-jährig | 24 Prozent |
| 40- bis 49-jährig | 23 Prozent |
| 50- bis 59-jährig | 23 Prozent |
| Über 60-jährig | 5 Prozent |

Die BEKB | BCBE steht zu ihren Mitarbeitenden und bekräftigt die Fortführung der Unternehmenskultur mit Sozialkontrakten. Auch in den schwierigen 1990er-Jahren kam es bei der BEKB | BCBE nicht zu Entlassungen. Der Stellenbestand wurde entweder über die normale Fluktuation, über vorzeitige Pensionierungen oder indirekt über Teilzeitengagements reduziert. Knapp ein Drittel der Angestellten hat Ende 2009 einen Teilzeitarbeitsvertrag. Vor allem Mütter und Wiedereinsteigerinnen schätzen die Möglichkeiten einer Teilzeitbeschäftigung bei der BEKB | BCBE. Der Anteil der Mitarbeiterinnen gemessen am Personalbestand beträgt 44 Prozent (2009).

2008 wurde die BEKB | BCBE Mitglied bei Childcare Service Schweiz, einem professionellen Ansprechpartner für sämtliche Fragen der familienexternen Kinderbetreuung.

Die BEKB | BCBE misst der Aus- und Weiterbildung einen hohen Stellenwert bei. Alljährlich bildet die BEKB | BCBE rund einen Viertel aller Lernenden in der Bankbranche im Kanton Bern aus, wobei der Notenschnitt in der Branchenkunde seit Jahren über dem schweizerischen Mittel liegt. Neben der klassischen Lehre bietet die BEKB | BCBE Mittelschülerinnen und Mittelschülern nach der Matura einen 18 Monate dauernden, von der Schweizerischen Ban-

kiervereinigung zertifizierten Lehrgang für den Einstieg in die Banklaufbahn an. Daneben wurden in den vergangenen Jahren regelmässig 30 Studienabsolventinnen und -absolventen sowie junge Berufsleute auf die Übernahme einer Spezialisten- oder Führungsfunktion innerhalb der BEKB | BCBE vorbereitet.



Die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden wurde in den vergangenen 15 Jahren gezielt ausgebaut und gefördert. Während in den frühen 1990er-Jahren das Personal ungefähr einen Tag pro Jahr für die interne Aus- und Weiterbildung investierte, lag der Durchschnitt im Jahre 2009 bei 4,4 Tagen. Daneben absolvierten zahlreiche Mitarbeitende eine berufsbegleitende externe Ausbildung.

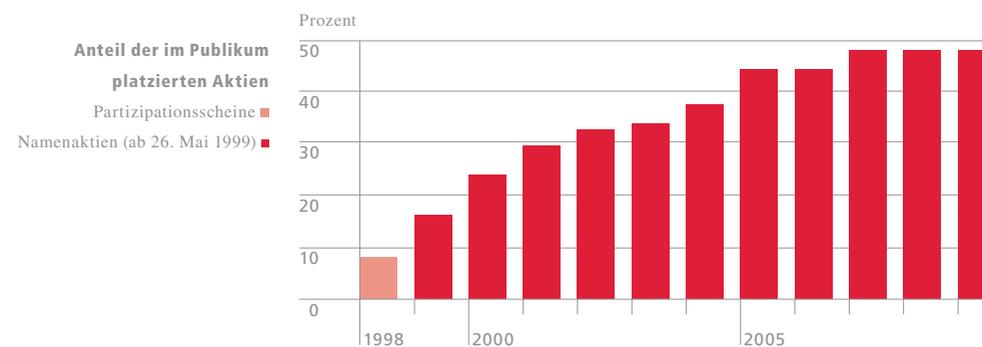


2005 wurden mit «fit at business» und 2007 mit «fit im Verkauf» für die Mitarbeitenden in den verschiedenen Bereichen eigens bankinterne Tests geschaffen. Vermögensberaterinnen und Vermögensberater beispielsweise absolvieren nebst der gezielten Schulung alle drei Jahre einen nach Funktionen abgestuften Wissens-Check, damit sie bezüglich Entwicklung und Neuerungen im Anlagebereich auf dem neuesten Wissensstand sind.

Im Bereich der Personalführung wurde im Jahre 1995 ein bankeigener Personalentwicklungsprozess (PEP) eingeführt. Dieser ermöglicht es den Führungskräften, Potenzialträgerinnen und -träger zu identifizieren, individuell zu fördern und sie gezielt auf Schlüsselfunktionen vorzubereiten und dementsprechend einzusetzen. Ende 2009 befanden sich 8,4 Prozent der Mitarbeitenden im PEP. 47 Prozent der durch Austritte frei werdenden Schlüsselstellen wurden mit Mitarbeitenden aus dem PEP besetzt.

Breite Verankerung im Aktionariat – finanzielle Stärkung des Kantons

Mit dem Eintrag ins Handelsregister am 20. Oktober 1998 wurde die Umwandlung der BEKB | BCBE als erster Kantonalbank in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft vollzogen. Am 26. April 1999 genehmigte die Generalversammlung die Umwandlung der insgesamt 750 000 Partizipationsscheine in Namenaktien mit unverändertem Nennwert von 50 Franken. Gleichentags stimmten die Partizipantinnen und Partizipanten der Umwandlung der Partizipationsscheine (PS) in Namenaktien zu. Damit wurden die PS-Inhaberinnen und -Inhaber mit einem Anteil von 8 Prozent am Aktienkapital die ersten privaten Aktionärinnen und Aktionäre der BEKB | BCBE.



Am 5. Mai 1999 beschloss der Regierungsrat, aus den Beständen des Kantons 25 Prozent des Aktienkapitals bei institutionellen Anlegern, bei Kernaktionären und Mitarbeitenden der BEKB | BCBE sowie, innerhalb der normalen Handelstätigkeit an der Börse, bei weiteren Privaten zu platzieren. In den nachfolgenden Jahren wurden weitere Aktien aus den Beständen des Kantons verkauft. Zehn Jahre nach dem Ja der Bernerinnen und Berner waren rund 50 Prozent der Aktien breit im Publikum platziert. Ende 2009 zählt die BEKB | BCBE mit über 59 000 Aktionärinnen und Aktionären zu den ersten zehn schweizerischen Gesellschaften in Bezug auf die Breite des Aktionariats.

Seit dem positiven Volksentscheid vom 23. November 1997 zur Rechtsformumwandlung der BEKB | BCBE hat sich der Aktienkurs mehr als verdreifacht. Zudem konnte die BEKB | BCBE seit 1996 alljährlich sukzessive die Dividende erhöhen. Der finanzielle Beitrag der BEKB | BCBE an den Kanton Bern ist bedeutend und

macht seit dem Ja der Bernerinnen und Berner zur Umwandlung der Bank in eine Aktiengesellschaft durch Rückzahlungen von Dotationskapital, Platzierung von Aktien, Nennwertrückzahlungen und Bezugsrechtsentschädigungen mehr als eine Milliarde Franken aus. Dazu kommen die Dividenden und Steuern an die Standortgemeinden, die Kantone und den Bund sowie die Entschädigung an den Kanton Bern für die Abgeltung der Staatsgarantie.



Das mehrmalige Ja der Bernerinnen und Berner, des Parlaments und des Regierungsrates zur BEKB | BCBE und die klare Eigentümerstrategie sind Grundlagen für den Weg der Bank: Der Kanton Bern und die bernische Volkswirtschaft sind an einer starken Kantonalbank mit Entscheidungszentrum in Bern interessiert. Dies zu erhalten, liegt im Interesse des Kantons und begründet dessen Engagement gegenüber der BEKB | BCBE. Aus einer Position der Stärke fällt die Staatsgarantie des Kantons gegenüber der BEKB | BCBE schrittweise weg. Die entsprechende Gesetzesänderung wurde vom Grossen Rat im Herbst 2004 beschlossen und trat per 1. Januar 2006 in Kraft. In einem ersten Schritt wurde auf diesen Zeitpunkt die Staatsgarantie auf Spargelder bis 100 000 Franken je Kunde und auf Obligationenanleihen reduziert. Der definitive Wegfall der Staatsgarantie erfolgt Ende 2012. Für Anleihen, die vor diesem Datum ausgegeben wurden, bleibt die Staatsgarantie bis zu deren Endfälligkeit bestehen.

Ausblick



Das Hauptziel der BEKB | BCBE ist und bleibt, der Volkswirtschaft in ihrem Marktgebiet eine gesunde und starke Bank zu erhalten. Grundlage dafür bilden die langfristige Ausrichtung, ein vernünftiges Renditeziel, eine starke Eigenkapitalbasis sowie ein limitiertes und auf lange Sicht ausgerichtetes Entschädigungsmodell. Als bedeutende Arbeitgeberin und als Bank für Klein- und Mittelbetriebe trägt die BEKB | BCBE zur Zukunftssicherung in ihrem Wirtschafts- und Lebensraum bei. Sie will weiterhin mit einer erfolgreichen Unternehmensführung unter professioneller Aufsicht ihren Beitrag zur eigenständigen Entwicklung ihres Marktgebietes und seiner Lebensgrundlagen leisten. Ihre tragenden Säulen sind die Nähe zur Kundschaft, die breite Verankerung bei den Aktionärinnen und Aktionären und damit in der Bevölkerung sowie engagierte, auf Kontinuität ausgerichtete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Geschäftspolitik und die Leitung der BEKB | BCBE zeigen Kontinuität; der langfristig ausgerichtete Weg wird fortgesetzt.

Bankorgane

Kantonalbank von Bern (bis 1990) / Berner Kantonalbank (seit 1991)

Bankrat (bis 1997) / Verwaltungsrat (seit 1998)

Präsidenten Dr. Ernst Jaberg (1978 bis 1986)
Dr. Fritz Hofmann (1986 bis 1992)
Dr. Max Kopp (1992 bis 2003)
Peter Kappeler (2003 bis 2008)
Dr. Jürg Rieben (seit 2008)

**Vizepräsidenten /
stv. Präsidenten** Dr. Paul Legler (1983 bis 1992)
Fritz Heller (1991 bis 1992)
Kurt Niklaus (1991 bis 1993)
François Frôté (1993 bis 2005)
Dr. Jürg Rieben (2005 bis 2008)
Thomas Rufer (seit 2008)

Mitglieder Dr. Werner Martignoni (1974 bis 1986)
Heinz Junker-Pfister (1977 bis 1990)
Peter Gerber (1977 bis 1992)
Dr. Kurt Meyer (1979 bis 1993)
Paul Otto Joss (1980 bis 1992)
Werner Bircher (1980 bis 1993)
Dr. Theodor Fässler (1980 bis 1993)
Hans-Peter Richterich-Imhof (1982 bis 1990)
Wolfgang Marti (1982 bis 1992)
Fritz Reimann (1982 bis 1992)
Dr. Ludwig Meyer (1983 bis 1987)
Hans W. Koenig (1983 bis 1992)
Francis Kummer (1984 bis 1991)
Dr. Ueli Augsburgener (1986 bis 1994)
Odette Bretscher-Bickel (1991)
Bruno Reinli (1991 bis 1992)
Gotthelf Bürki (1991 bis 1993)
Hans Fankhauser (1991 bis 1993)
Fritz Hauri (1991 bis 1993)
Alfred Rentsch (1991 bis 1993)
Frédy Roth (1991 bis 1993)
Margrit Schläppi-Brawand (1991 bis 1993)
Josef Stucki (1991 bis 1993)
Albert Würsten (1991 bis 1993)

Inge Göttler (1993 bis 1995) Mitglieder
Fred Wenger (1993 bis 1997)
Karl Gnägi (1993 bis 1998)
Erwin Walker (1993 bis 1998)
Dr. Max Baltensperger (1993 bis 2001)
Fritz Frohofer (1993 bis 2003)
Dr. Regula Gloor (1993 bis 2003)
Hansrudolf Schaerer (1993 bis 2003)
Käthi Bangerter (1993 bis 2004)
Anton Kräuliger (1993 bis 2004)
Prof. Dr. Richard Kühn (1993 bis 2004)
Alexandre Seravalli (1993 bis 2004)
Fabio Tanner (1993 bis 2005)
Dr. Jürg Rieben (2003 bis 2005)
Konrad Bratschi (2003 bis 2008)
Dr. Dieter Jäggi (2003 bis 2008)
Thomas Rufer (2003 bis 2008)
Kathrin Anderegg-Dietrich (seit 2004)
Prof. Dr. Rudolf Grünig (seit 2004)
Dr. Rudolf Wehrli (seit 2004)
Werner Funk (seit 2005)
Sandra von May-Granelli (seit 2005)
Daniel Bloch (seit 2008)
Dr. Rudolf Stämpfli (seit 2008)

Inspektorat der Kantonalbank von Bern (bis 1990) Revisionsstellen
Arthur Andersen AG (Geschäftsjahre 1991 bis 2002)
Ernst & Young AG (Geschäftsjahre 2003 bis 2009)

Generaldirektion (bis 1997) /
Geschäftsleitung (seit 1998)
Dr. Paul Risch (1971 bis 1987)
Alfred Schneiter (1972 bis 1991)
Kurt Meier (1978 bis 1990)
Rudolf Kammer (1987 bis 1991)
Peter Kappeler (1991), Präsident der Geschäfts-
leitung (1992 bis 2003)
Heinz Hugo Landolf (1991)
Dr. Jürg Rieben (1991 bis 1994)
Dr. André Suter (1991 bis 2004)
Moritz Gerber (1992 bis 1996)
Albert Keller (1996 bis 2000)
Jean-Claude Nobili (2000 bis 2003), Leiter der Geschäfts-
leitung (seit 2003)
Markus Walliser (2001 bis 2002)
Stefan Gerber (seit 2002)
Hanspeter Rüfenacht (seit 2002)
Dr. Walter A. Eggenschwiler (2004 bis 2007)
Johannes Hopf (seit 2005)

Niederlassungen und mobile Bankstellen (Stand Ende 2009)

Bern-Bundesplatz (1834 bis 1906 Bern-Brunngasse)

Hauptsitz

Niederlassung Bern-Bundesplatz (seit 1906)

Region Bern

Niederlassungen in Bern-Altstadt (seit 1988), Bern-Breitenrain (seit 1957), Bern-Bubenbergplatz (seit 1991), Bern-Bümpliz (seit 1934), Bern-City-West (1973 bis 1992), Bern-Egghölzli (1975 bis 1995), Bern-Eigerplatz (seit 1964), Bern-Inselspital (seit 1991), Bern-Länggasse (1981 bis 1996), Belp (seit 1974), Bolligen (seit 1938), Gümmenen (1988 bis 1992), Ittigen (seit 1981), Köniz (seit 1928), Laupen (seit 1986), Moosseedorf-Prodega (1992 bis 1996), Münsingen (seit 1973), Muri bei Bern (seit 1928), Ostermundigen (seit 1935), Ostermundigen-Zentrum (1991 bis 1999), Riedbach (1988 bis 1992), Rosshäusern (1988 bis 1992), Schwarzenburg (seit 1983), Wabern (seit 1953), Worb (seit 1973), Zollikofen (seit 1928)

Niederlassung Biel (seit 1858)

Region Seeland

Niederlassungen in Biel-Bözingen (seit 1976), Biel-Mett (1975 bis 2009), Ins (seit 1995, 1994 bis 1995 mobile Bankstelle), Lengnau (seit 1968), La Neuveville (seit 1910), Nidau (seit 1988), Mobile Bankstellen in Büren a.d.A. (seit 1994), Orpund (seit 1996), Pieterlen (seit 1996)

Niederlassung Lyss (seit 1957)

Niederlassungen in Aarberg (seit 1982), Rapperswil (seit 1975), Mobile Bankstelle in Schüpfen (seit 1996)

Niederlassung Interlaken (seit 1908)

Region Berner Oberland

Niederlassungen in Beatenberg (seit 1965), Brienz (seit 1974), Grindelwald (seit 1925), Hasliberg (seit 1972), Interlaken-Centralstrasse (1991 bis 1992), Meiringen (seit 1914), Mürren (seit 1953), Unterseen (seit 1987), Wengen (seit 1946)

Niederlassung Gstaad (seit 1928)

Niederlassungen in Saanen (1988 bis 1999), Schönried (seit 1962)

Niederlassung Spiez (seit 1969)

Niederlassungen in Adelboden (seit 1937), Frutigen (seit 2006), Kandersteg (seit 1975), Lenk (seit 1971), Oey (seit 1992), Wimmis (seit 1992)

Region Thun

Niederlassung Thun (seit 1862)

Niederlassungen in Burgistein-Station (1988 bis 1992), Hilterfingen (1985 bis 1998), Oberdiessbach (seit 1961), Seftigen (seit 1988), Steffisburg (seit 1968), Thun-Freienhofgasse (1991 bis 1993), Thun-Marktgasse (seit 1992), Wattenwil (seit 1928), Automatenbank in Thun-Süd (seit 2000, 1997 bis 2000 Niederlassung), Mobile Bankstellen in Gunten (seit 1998), Hünibach (seit 1998), Merligen (seit 2000), Oberhofen (seit 2005, von 2000 bis 2005 Niederlassung), Sigriswil (seit 1998)

Region Emmental / Oberaargau

Niederlassung Langenthal (seit 1864)

Niederlassungen in Lotzwil (1987 bis 1992), Roggwil (seit 1929)

Niederlassung Burgdorf (seit 1858)

Niederlassungen in Kirchberg-Alchenflüh (seit 1987), Utzenstorf (seit 1922), Mobile Bankstelle in Koppigen (seit 1995)

Niederlassung Herzogenbuchsee (seit 1910)

Niederlassungen in Niederbipp (seit 1978), Thörigen (1987 bis 2000), Mobile Bankstellen in Wangen a.d.A. (seit 1994), Wiedlisbach (seit 1996)

Niederlassung Huttwil (seit 1921)

Niederlassungen in Kleindietwil (1987 bis 2003), Rohrbach (1987 bis 1992), Sumiswald (seit 2000)

Niederlassung Langnau (seit 1920)

Niederlassungen in Grosshöchstetten (seit 1984), Konolfingen (seit 1928), Zollbrück (seit 1983)

Niederlassung Moutier (seit 1907)
Niederlassung in Malleray (seit 1912)

Region Berner Jura

Niederlassung St-Imier (seit 1858)
Niederlassung in Corgémont (seit 1981)

Niederlassung Tramelan (seit 1909)

Niederlassung in Tavannes (seit 1912)
Automatenbank in Reconvilier (seit 2003, 1991 bis
2003 Niederlassung)

Niederlassung Laufen (1912 bis 1993)
Niederlassung in Grellingen (1971 bis 1993)

Niederlassung Solothurn (seit 2002)

Region Solothurn

Private Banking Solothurn (seit 1999)

Niederlassung Grenchen (seit 2002)

**Niederlassung Hägendorf
(seit 2007, 2003 bis 2007 mobile Bankstelle)**

Niederlassung in Balsthal
(seit 2003, 2002 bis 2003 mobile Bankstelle)
Mobile Bankstellen in Egerkingen (seit 2003),
Härkingen (seit 2009), Oensingen (seit 2002),
Wangen b. Olten (seit 2007)

Betriebsgebäude

Bern-Egghölzli (1975 bis 1995)
Bern-Liebefeld (seit 1995)

Vertriebsweg Cyberbank /
Internetauftritt der BEKB | BCBE

- www.bekb.ch (dreisprachiger Internetauftritt seit Herbst 1996)
- www.trade-net.ch (Online-Plattform für die direkte Abwicklung von Börsengeschäften seit 2000)
- www.money-net.ch (Online-Plattform für die individuelle Budgetplanung seit 2001)
- www.family-net.ch (Online-Plattform für Familienangebote der BEKB | BCBE im Vertrieb durch die Versicherungsgruppe Die Mobiliar seit 2006)
- www.immo-net.ch (Online-Plattform für Immobilien seit 2009)

Kennzahlen

Ausgewählte Bilanzpositionen 1985–2009 (in 1000 Franken)

Aktiven

| Per 31.12. | Forderungen gegenüber Kunden | davon Hypothekarforderungen ¹ | davon Ausleihungen an Öffentlich-rechtliche Körperschaften | Finanzanlagen (bis 1994 Wertschriften) | Bilanzsumme |
|------------|------------------------------|--|--|--|-------------|
| 1985 | 7 204 236 | 5 010 609 | 723 573 | 834 910 | 9 672 840 |
| 1986 | 7 447 476 | 5 349 067 | 562 155 | 980 088 | 10 297 157 |
| 1987 | 7 908 403 | 5 790 234 | 508 311 | 1 158 891 | 11 217 255 |
| 1988 | 8 684 979 | 6 448 869 | 441 443 | 1 340 135 | 11 895 418 |
| 1989 | 10 016 096 | 7 342 328 | 462 475 | 1 306 753 | 12 884 618 |
| 1990 | 11 574 844 | 8 171 156 | 605 367 | 1 309 932 | 14 081 612 |
| 1991 | 18 103 198 | 13 839 833 | 841 574 | 2 443 851 | 22 756 574 |
| 1992 | 17 937 933 | 13 927 340 | 760 293 | 2 038 027 | 22 723 367 |
| 1993 | 11 435 625 | 9 445 218 | 877 401 | 1 965 952 | 20 545 721 |
| 1994 | 11 011 784 | 9 139 932 | 847 846 | 2 125 294 | 18 728 297 |
| 1995 | 11 229 368 | 9 234 747 | 1 020 445 | 2 052 015 | 18 822 538 |
| 1996 | 11 221 163 | 9 262 783 | 1 064 141 | 2 123 491 | 18 441 527 |
| 1997 | 11 240 013 | 9 318 059 | 1 143 400 | 2 169 965 | 17 750 302 |
| 1998 | 11 404 433 | 9 684 938 | 919 641 | 2 248 634 | 17 429 053 |
| 1999 | 11 468 100 | 10 117 781 | 656 562 | 2 184 985 | 17 350 204 |
| 2000 | 12 112 674 | 10 613 627 | 693 029 | 1 869 152 | 17 546 485 |
| 2001 | 12 615 255 | 10 992 191 | 813 567 | 2 184 630 | 17 887 508 |
| 2002 | 12 895 222 | 11 374 797 | 812 403 | 2 447 455 | 19 325 171 |
| 2003 | 13 355 849 | 12 004 229 | 737 411 | 2 599 554 | 20 116 505 |
| 2004 | 14 051 087 | 12 465 554 | 936 264 | 2 816 582 | 20 286 144 |
| 2005 | 13 881 992 | 12 835 009 | 403 538 | 2 856 623 | 20 724 449 |
| 2006 | 14 423 111 | 13 219 213 | 568 215 | 2 260 868 | 21 077 265 |
| 2007 | 14 938 728 | 13 648 988 | 623 077 | 1 978 487 | 21 360 521 |
| 2008 | 16 020 907 | 14 168 075 | 1 027 488 | 2 990 623 | 22 730 029 |
| 2009 | 16 565 126 | 14 930 191 | 699 793 | 3 541 329 | 24 035 517 |

Anmerkungen:

¹ Hypothekarforderungen: Hypothekaranlagen und Darlehen (Feste Vorschüsse) mit hypothekarischer Deckung.

² vor Gewinnverwendung, ohne Reserven für allgemeine Bankrisiken.

³ bis 1997 Dotations- und Partizipationsscheinkapital, 1998 Aktien- und Partizipationsscheinkapital, ab 1999 Aktienkapital.

Jahresrechnungen ab 1995:

Gemäss den geänderten Rechnungslegungsvorschriften vom 1. Februar 1995 (BankG, BankV, RRV-EBK).

Jahresrechnungen ab 2003:

Gemäss den geänderten Rechnungslegungsvorschriften vom 18. Dezember 2002 (RRV-EBK).

Passiven

| Per 31.12. | Kundengelder im engeren Sinne | davon in Spar- und Anlageform | davon Kassenobligationen | Anleihen und Pfandbriefdarlehen | Eigenkapital ² | davon Aktienkapital ³ |
|------------|-------------------------------|-------------------------------|--------------------------|---------------------------------|---------------------------|----------------------------------|
| 1985 | 7 512 174 | 4 649 319 | 1 701 862 | 1 016 575 | 417 533 | 250 000 |
| 1986 | 7 971 959 | 4 863 035 | 1 847 837 | 1 100 575 | 463 329 | 275 000 |
| 1987 | 8 673 188 | 5 273 046 | 2 020 888 | 1 206 575 | 471 328 | 275 000 |
| 1988 | 9 144 277 | 5 606 772 | 2 040 997 | 1 284 575 | 477 642 | 275 000 |
| 1989 | 9 852 544 | 5 242 083 | 2 310 214 | 1 439 575 | 486 958 | 275 000 |
| 1990 | 10 172 988 | 4 967 160 | 2 607 905 | 1 950 075 | 526 977 | 300 000 |
| 1991 | 17 483 576 | 6 097 481 | 3 718 711 | 3 005 175 | 716 638 | 440 000 |
| 1992 | 16 644 335 | 6 079 226 | 3 544 191 | 2 876 575 | 965 050 | 690 000 |
| 1993 | 15 630 569 | 6 848 879 | 3 001 562 | 2 749 025 | 930 955 | 645 000 |
| 1994 | 13 893 728 | 6 858 893 | 2 472 894 | 2 711 750 | 954 277 | 645 000 |
| 1995 | 13 867 036 | 7 327 231 | 2 192 299 | 2 440 900 | 981 133 | 645 000 |
| 1996 | 13 709 801 | 7 599 747 | 1 914 645 | 2 209 300 | 1 012 740 | 645 000 |
| 1997 | 13 187 138 | 7 951 802 | 1 524 136 | 2 070 500 | 1 040 433 | 645 000 |
| 1998 | 12 665 709 | 8 143 989 | 970 758 | 2 363 000 | 861 346 | 445 000 |
| 1999 | 12 018 445 | 8 350 493 | 665 706 | 2 773 500 | 893 265 | 445 000 |
| 2000 | 11 650 441 | 7 885 437 | 703 683 | 2 971 000 | 927 787 | 445 000 |
| 2001 | 12 063 340 | 8 445 915 | 779 576 | 3 043 000 | 967 121 | 445 000 |
| 2002 | 13 098 172 | 9 431 279 | 756 322 | 3 000 000 | 968 511 | 400 500 |
| 2003 | 14 239 987 | 10 452 551 | 530 315 | 3 012 000 | 1 043 952 | 400 500 |
| 2004 | 14 548 726 | 10 973 557 | 414 685 | 2 964 715 | 1 096 245 | 400 500 |
| 2005 | 15 167 335 | 11 302 860 | 392 572 | 2 738 605 | 1 058 805 | 326 200 |
| 2006 | 15 649 112 | 11 091 852 | 452 274 | 2 494 750 | 1 120 241 | 326 200 |
| 2007 | 15 893 238 | 10 921 616 | 604 724 | 2 165 250 | 1 205 720 | 279 600 |
| 2008 | 17 786 332 | 12 771 075 | 960 928 | 1 898 750 | 1 155 932 | 186 400 |
| 2009 | 19 276 111 | 14 324 629 | 754 104 | 1 628 000 | 1 230 806 | 186 400 |

Ausgewählte Ertrags- und Aufwandpositionen 1985–2009 (in 1000 Franken)

Ertrag

| 1.1.–31.12. | Betriebs- ertrag netto | davon Erfolg aus dem Zinsen- geschäft | davon Erfolg aus Kommissions- und Dienst- leistungsgeschäft | davon Wertschriften- ertrag ¹ | davon Erfolg aus dem Handelsgeschäft |
|-------------|------------------------------|---|---|--|--|
| 1985 | 167 090 | 86 868 | 26 439 | 37 424 | 5 964 |
| 1986 | 174 751 | 84 991 | 30 101 | 41 919 | 6 728 |
| 1987 | 180 480 | 77 767 | 34 731 | 49 633 | 7 221 |
| 1988 | 190 944 | 79 806 | 31 136 | 58 516 | 8 481 |
| 1989 | 208 270 | 95 557 | 34 677 | 54 757 | 9 355 |
| 1990 | 237 121 | 112 284 | 40 445 | 69 937 | 8 533 |
| 1991 | 771 339 | 65 172 | 47 857 | 133 942 | 12 805 |
| 1992 | 517 477 | 77 306 | 46 999 | 117 344 | 12 865 |
| 1993 | 347 442 | 125 814 | 55 291 | 111 151 | 13 219 |
| 1994 | 292 377 | 111 923 | 50 957 | 103 584 | 12 736 |
| 1995 | 326 171 | 245 412 | 49 423 | | 14 043 |
| 1996 | 369 360 | 271 549 | 54 167 | | 15 050 |
| 1997 | 390 867 | 275 918 | 67 091 | | 13 891 |
| 1998 | 402 032 | 269 968 | 75 956 | | 16 463 |
| 1999 | 404 170 | 283 717 | 84 097 | | 15 830 |
| 2000 | 428 952 | 290 379 | 94 364 | | 20 415 |
| 2001 | 433 143 | 317 539 | 74 518 | | 19 309 |
| 2002 | 429 118 | 316 229 | 67 246 | | 19 344 |
| 2003 | 418 099 | 292 835 | 66 001 | | 21 743 |
| 2004 | 408 749 | 268 711 | 76 826 | | 19 845 |
| 2005 | 437 861 | 273 246 | 85 699 | | 22 621 |
| 2006 | 447 910 | 278 780 | 98 086 | | 22 632 |
| 2007 | 467 196 | 298 258 | 104 899 | | 27 634 |
| 2008 | 471 337 | 314 661 | 93 708 | | 37 789 |
| 2009 | 497 751 | 348 492 | 85 395 | | 25 425 |

Anmerkungen:

¹ Ab 1. Januar 1995: Zins- und Dividendenertrag aus Finanzanlagen im Erfolg aus dem Zinsengeschäft.

Jahresrechnungen ab 1995:

Gemäss den geänderten Rechnungslegungsvorschriften vom 1. Februar 1995 (BankG, BankV, RRV-EBK).

Jahresrechnungen ab 2003:

Gemäss den geänderten Rechnungslegungsvorschriften vom 18. Dezember 2002 (RRV-EBK).

Aufwand

| 1.1.–31.12. | Geschäfts- aufwand | davon Personal- aufwand | davon Sach- aufwand |
|-------------|-----------------------|-------------------------------|---------------------------|
| 1985 | 106 610 | 80 924 | 25 686 |
| 1986 | 111 587 | 84 176 | 27 411 |
| 1987 | 116 011 | 86 739 | 29 272 |
| 1988 | 123 882 | 91 004 | 32 878 |
| 1989 | 134 394 | 95 761 | 38 633 |
| 1990 | 159 730 | 106 271 | 53 459 |
| 1991 | 197 906 | 133 542 | 64 364 |
| 1992 | 191 647 | 132 414 | 59 233 |
| 1993 | 189 860 | 130 896 | 58 964 |
| 1994 | 194 731 | 131 476 | 63 254 |
| 1995 | 208 281 | 137 823 | 70 458 |
| 1996 | 204 370 | 135 752 | 68 618 |
| 1997 | 195 315 | 131 960 | 63 355 |
| 1998 | 195 143 | 130 242 | 64 901 |
| 1999 | 201 762 | 134 708 | 67 054 |
| 2000 | 206 523 | 138 167 | 68 355 |
| 2001 | 210 720 | 140 383 | 70 337 |
| 2002 | 211 062 | 140 100 | 70 961 |
| 2003 | 210 556 | 138 501 | 72 055 |
| 2004 | 212 254 | 134 519 | 77 735 |
| 2005 | 218 502 | 138 463 | 80 039 |
| 2006 | 221 043 | 140 766 | 80 277 |
| 2007 | 226 185 | 143 588 | 82 597 |
| 2008 | 234 597 | 140 769 | 93 828 |
| 2009 | 242 266 | 146 809 | 95 458 |

Gewinngrössen

| Brutto- gewinn | Jahres- gewinn vor Steuern | Steuern | Jahres- gewinn nach Steuern |
|-------------------|----------------------------------|---------|-----------------------------------|
| 60 480 | 36 351 | 8 364 | 27 987 |
| 63 164 | 37 601 | 8 368 | 29 233 |
| 64 468 | 44 251 | 13 751 | 30 499 |
| 67 062 | 44 329 | 13 264 | 31 064 |
| 73 876 | 45 009 | 10 943 | 34 066 |
| 77 391 | 44 523 | 11 004 | 33 519 |
| 573 433 | 15 148 | 14 228 | 920 |
| 325 829 | –344 933 | 10 448 | –355 381 |
| 157 582 | 23 571 | 3 873 | 19 698 |
| 97 646 | 27 080 | 3 758 | 23 322 |
| 117 890 | 32 407 | 5 551 | 26 856 |
| 164 990 | 37 203 | 5 596 | 31 607 |
| 195 552 | 47 054 | 6 461 | 40 593 |
| 206 889 | 52 145 | 7 012 | 45 133 |
| 202 408 | 66 176 | 16 457 | 49 719 |
| 222 430 | 81 217 | 26 225 | 54 992 |
| 222 424 | 91 374 | 28 900 | 62 474 |
| 218 056 | 96 916 | 28 280 | 68 636 |
| 207 543 | 99 866 | 28 800 | 71 066 |
| 196 494 | 103 847 | 29 100 | 74 747 |
| 219 360 | 121 207 | 36 200 | 85 007 |
| 226 867 | 138 755 | 46 600 | 92 155 |
| 241 011 | 306 248 | 69 900 | 236 348 |
| 236 739 | 140 333 | 27 600 | 112 733 |
| 255 485 | 155 403 | 37 450 | 117 953 |

Übrige ausgewählte Kennzahlen

| Per 31.12. | Betreute Vermögenswerte ¹ | davon mit umfassenden Verwaltungsmandaten ¹ | Personalbestand | Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (teilzeitbereinigt) ² |
|------------|--------------------------------------|--|-----------------|---|
| 1985 | | | 1223 | |
| 1986 | | | 1259 | |
| 1987 | | | 1347 | |
| 1988 | | | 1369 | |
| 1989 | | | 1439 | |
| 1990 | | | 1561 | |
| 1991 | 9,0 | | 1803 | 1574 |
| 1992 | 9,6 | | 1743 | 1514 |
| 1993 | 9,9 | | 1653 | 1481 |
| 1994 | 10,1 | | 1615 | 1462 |
| 1995 | 10,9 | | 1579 | 1434 |
| 1996 | 10,9 | 1,7 | 1543 | 1350 |
| 1997 | 12,6 | 2,1 | 1506 | 1324 |
| 1998 | 14,0 | 2,4 | 1556 | 1348 |
| 1999 | 15,4 | 2,7 | 1549 | 1322 |
| 2000 | 16,7 | 2,8 | 1547 | 1305 |
| 2001 | 15,9 | 3,2 | 1501 | 1264 |
| 2002 | 15,0 | 3,1 | 1497 | 1257 |
| 2003 | 16,3 | 3,6 | 1448 | 1210 |
| 2004 | 17,5 | 4,1 | 1433 | 1193 |
| 2005 | 18,9 | 4,5 | 1441 | 1206 |
| 2006 | 20,1 | 4,8 | 1456 | 1201 |
| 2007 | 20,5 | 4,4 | 1457 | 1210 |
| 2008 | 18,7 | 4,1 | 1409 | 1172 |
| 2009 | 20,3 | 4,4 | 1426 | 1193 |

Anmerkungen:

¹ (Depotwerte) in Mrd. Franken.

² 1991 und 1992 sind die Lernenden zu 30% berücksichtigt, ab 1993 zu 50%.

| Per 31.12. | Anzahl Niederlassungen | Mobile Bankstellen | Cyberbank | Private Banking Solothurn |
|------------|------------------------|--------------------|-----------|---------------------------|
| 1985 | 65 | | | |
| 1986 | 66 | | | |
| 1987 | 72 | | | |
| 1988 | 80 | | | |
| 1989 | 80 | | | |
| 1990 | 81 | | | |
| 1991 | 87 | | | |
| 1992 | 82 | | | |
| 1993 | 80 | | | |
| 1994 | 78 | 3 | | |
| 1995 | 78 | 3 | | |
| 1996 | 77 | 7 | | |
| 1997 | 77 | 7 | 1 | |
| 1998 | 76 | 10 | 1 | |
| 1999 | 74 | 10 | 1 | 1 |
| 2000 | 75 | 11 | 1 | 1 |
| 2001 | 75 | 11 | 1 | 1 |
| 2002 | 77 | 13 | 1 | 1 |
| 2003 | 77 | 14 | 1 | 1 |
| 2004 | 77 | 14 | 1 | 1 |
| 2005 | 76 | 15 | 1 | 1 |
| 2006 | 77 | 15 | 1 | 1 |
| 2007 | 78 | 15 | 1 | 1 |
| 2008 | 78 | 15 | 1 | 1 |
| 2009 | 77 | 16 | 1 | 1 |

Quellenangaben

Grafiken, Tabellen

Seite 34

Quelle: Schweizerische Nationalbank: Statistisches Monatsheft Oktober 2010, O3, lange Reihen, <http://www.snb.ch> (23.12.2010).

Seite 37

Quelle: Bundesamt für Kommunikation BAKOM: Amtliche Fernmeldestatistik 2009, Provisorische Ergebnisse, 25. Oktober 2010, S. 27.

Seite 39

Quelle: Thomson Reuters.

Seite 41

Quelle: Schweizerische Nationalbank: Statistisches Monatsheft Oktober 2010, G1, lange Reihen, <http://www.snb.ch> (23.11.2010).

Seite 51

Quelle: LITRA, Informationsdienst für den öffentlichen Verkehr, Spitalgasse 30, 3001 Bern.

Seite 55

Quellen: Staatssekretariat für Wirtschaft SECO: Bruttoinlandprodukt, historische Reihen, Jahresdaten ab 1948, <http://www.seco.admin.ch> (23.11.2010); Bundesamt für Statistik: Statistisches Lexikon der Schweiz, 05.2 Landesindex der Konsumentenpreise, LIK (Dezember 1982 = 100), <http://www.bfs.admin.ch> (23.11.2010).

Seite 58

Quellen: Schweizerische Nationalbank: Statistisches Monatsheft Oktober 2010, O4_{3a}, lange Reihen, <http://www.snb.ch> (23.12.2010); Wüest & Partner AG: Immobilienindizes, <http://www.wuestundpartner.com> (23.11.2010).

Seite 60

Quellen: Staatssekretariat für Wirtschaft SECO: Bruttoinlandprodukt, historische Reihen, Jahresdaten ab 1948, <http://www.seco.admin.ch> (23.11.2010); Schweizerische Nationalbank: Monatsbericht bzw. Statistisches Monatsheft, verschiedene Jahre, Monatsdurchschnittswerte der Zinsen, eigene Berechnungen.

Rohöl (Brent)

Anzahl Mobilfunkbenutzer

NASDAQ Composite Index

US-Dollar und Euro gegenüber dem Schweizer Franken

Angebotene SBB-Zugkilometer

Bruttoinlandprodukt und Inflationsrate

Angebotspreisindizes für Wohnflächen im Kanton Bern

Bruttoinlandprodukt und Zinsen

Wertberichtigungen, Abschreibungen und Verluste der Schweizer Banken 1991 – 1996

Veränderungen im schweizerischen Bankensektor 1985 – 2009

Alpines Museum Archiv für Agrargeschichte

BEKB | BCBE

«Bilanz»

Chocolats Camille Bloch SA

«Der Bund»

Foto Robert Bösch

Christoph Grünig

iStockphoto

Keystone

Musée d'Histoire de

La Neuveville et Mémoriav

Museum für Kommunikation

Iwan P. Schumacher

SIX Group AG

Staatsarchiv des Kantons Bern

VSKB

Zentrum Paul Klee

Seite 67

Quelle: Eidgenössische Bankenkommision: Jahresbericht 1997, S. 11.

Seite 68

Quellen: Schweizerische Nationalbank: Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1985, Nr. 70, S. 18, 67 (Anmerkung zur Anzahl der Kantonalbanken: Die Kantone BE, GE, VD hatten je 2 Institute); Schweizerische Nationalbank: Die Banken in der Schweiz 2009, S. A2, A3, A10.

Bilder

Seite 24, August Gysi

Seite 20

Seiten 5, 73, 84, 85, 96, 99, 102, 106

Seite 94, Ausgabe 4/2010, S. 64–74

Seiten 22, 23

Seite 79, 143. Jahrgang, Nr. 100, 30. April 1992, S. 19

Seite 25, am 13. Februar 2008 durchstieg Ueli Steck solo (ungesichert) die Eigernordwand in 2 Stunden 47 Minuten, Robert Bösch

Seiten 17, 19, 21, Christoph Grünig

Seite 108

Titelseite, Urs Hubacher, 2009

Seite 26, Photopress-Archiv, Schm.

Seite 27, Yoshiko Kusano

Seiten 31–36, 37 unten, 39, 40, 42, 44–46, 51–56, 58, 60, 62–64, 66, 111

Seite 18, Sammlung Pierre Hirt, Acquadro

Seite 37 oben, Ruedi Fischli

Seite 29, Markus Raetz in seinem Atelier, Iwan P. Schumacher

Seiten 57, 70, 71

Seite 16, FN Griebel G74

Seiten 38, 91

Seite 28, Paul Klee in seinem Atelier, Kistlerweg 6, Bern, April (Ostern) 1938 (Ausschnitt). Fotograf: Felix Klee, Schenkung Familie Klee. Copyright: Klee-Nachlassverwaltung, Bern

Impressum

Herausgeber

BEKB | BCBE
Berner Kantonalbank AG, Bundesplatz, 3000 Bern
Dezember 2010

Verfasser

Reto C. Padrutt

Gestaltung

Design Daniel Dreier, Maya Arber

Druck

W. Gassmann AG, Biel

Auflage

8000 deutsch, 2000 französisch

